

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei im Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration 10 Pf. Postabonnementspreis: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich. Ausland 2 Mk. für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Berechnet für die sechsgehaltene Kolonnenbreite oder deren Raum 10 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 10. September 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die gesicherte Existenz der Eisenbahner.

Viele Tausende von Arbeitern, die in der Industrie, in der Landwirtschaft oder sonstwie ihren Lebensunterhalt suchen, blicken sehnsüchtig nach den Betrieben der Staatseisenbahnen. Wie glücklich wähen sie ihre Arbeitsbrüder, die das Schicksal in diese staatlichen Musterbetriebe führte, wo es keine Arbeitslosigkeit, keine Entlassungen gibt; wo die Arbeiter eine gesicherte Existenz bis ins hohe Alter, ja bis an ihr Lebensende haben. Viele, sehr viele Arbeiter betrachten den Eisenbahnbetrieb als das Ideal einer Arbeitsstätte, und als einen besonderen Glücksfall preisen sie es, wenn sich ihnen die Pforten zu einer Eisenbahndienststelle öffnen. Aber je größer die Hoffnungen, die der Mensch auf etwas setzt, desto größer ist die Enttäuschung. Ueber die Arbeitsverhältnisse in den Eisenbahnbetrieben ist die Arbeiterklasse leider viel zu wenig unterrichtet. In jedem anderen Gewerkschaftsbereich bemühen sich die Sozialpolitiker und die Wissenschaft, die sozialen Verhältnisse kritisch zu beleuchten und selbst die Regierung läßt durch die Fabrik- und Gewerbeinspektoren kritische Darstellungen der Arbeitsverhältnisse in den privaten Unternehmungen veröffentlichen, während sie mit großer Sorgfalt zu verhüten sucht, daß über die Zustände in den staatlichen Unternehmungen Licht verbreitet wird. Den Beamten und Arbeitern ist es streng untersagt, die sozialen Verhältnisse ihres Betriebes öffentlich zu erörtern; jede Betätigung nach dieser Richtung hin gilt als ordnungsfeindlich oder sozialdemokratisch. Und wenn hier und da in der bürgerlichen oder auch in der sogenannten „unparteiischen“ Presse einmal über die Arbeitsverhältnisse in den Eisenbahnbetrieben berichtet wird, dann ist es in der Regel nichts als Lobhudelei, eine Verherrlichung der sogenannten „Wohlfahrts-Einrichtungen“ und ein Herrbild der tatsächlichen Verhältnisse. Da aber die „billige“, „unparteiische“ Presse von einem großen Teil der Arbeiter leider noch immer gelesen wird, so ist es kein Wunder, wenn so viele Tausende sich nach den ägyptischen Fleischtöpfen der preussischen Eisenbahnverwaltung sehnen, um früher oder später zu der Erkenntnis zu kommen, daß Staatsbetriebe keine Musterbetriebe sind.

Zu den „Wohlfahrts-Einrichtungen“ der preussischen Eisenbahnverwaltung gehören insbesondere auch die zur Vertretung der Arbeiterinteressen von amtswegen gebildeten Arbeiterausschüsse. Diese sollen die Verwaltung über die Interessen und Wünsche der ihr unterstellten Arbeiter unterrichten und, soweit dieselben mit den eigenen Auffassungen der Verwaltung nicht übereinstimmen, auf dem Wege geordneter und friedlicher Verhandlungen mit den Vertrauensmännern eine Verständigung herbeiführen. Wer nicht als Arbeiter im Eisenbahndienst beschäftigt war oder ist, hat kaum eine Ahnung davon, welche Bedeutungslosigkeit diese Arbeiterausschüsse haben und welche Gefahr außerdem für einen Arbeiter darin besteht, durch das Vertrauen seiner Kollegen in den Arbeiterausschuss gewählt zu werden. Wie die preussische Eisenbahnverwaltung die Vertreter der Arbeiter achtet und mit welchem Wohlwollen sie die Wünsche der Arbeiter prüft, das hat sie wieder einmal drastisch bewiesen.

Am 31. August wurden vom Anhalter und Potsdamer Güterbahnhof acht Arbeiter plötzlich entlassen. Vor der Lohnzahlung wurden die zu entlassenden Arbeiter vom Anhalter Bahnhof vor den Obergütervorsteher Pust herufen, welcher ihnen eröffnete, daß sie auf Grund des § 2 Absatz 3 der Arbeitsordnung (Vorteilhaftigkeit an ordnungsfeindlichen Bestrebungen) unter Beobachtung der 14 tägigen Kündigungsfrist entlassen würden. Der Lohn für die Zeit bis zum 14. September wurde ihnen sofort ausgezahlt mit der Aufforderung, nun in zehn Minuten den Bahnhof zu verlassen. Um über den Grund der Entlassung näheres zu erfahren, wandten sich die Entlassenen nun an die Verkehrsinspektion. Herr Verkehrsinspektor Höffer empfing die Arbeiter und erklärte auf ihre Fragen, die Verwaltung zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß die Entlassenen einer von der Verwaltung nicht gebildeten Organisation angehören, und daß die Entlassung von höherer Stelle verfügt worden sei. An eine Wiedereinstellung sei deshalb nicht zu denken, selbst wenn die Arbeiter erklärten, keiner ordnungsfeindlichen Organisation anzugehören. Hieraus ließen sich die Gemahregelten beim Eisenbahnpräsidenten Behrendt anmelden. Der Herr hat sie auch freundlich empfangen und ihnen etwa folgendes gesagt: Wir müßten Sie entlassen, weil die untere Verwaltungsbehörde mit Ihnen nicht mehr arbeiten konnte. Nach der Statistik haben Sie einen Durchschnittsverdienst von 4,84 Mark pro Tag und bei Nachtarbeit achtstündige Arbeitszeit. Nun haben Sie die horrenden Anträge gestellt auf 20 Pfennig Lohnerhöhung und achtstündige Arbeitszeit auch für die Tagesarbeiter. Aus Ihrem Vorgehen spricht eine ordnungsfeindliche Gesinnung und da sind wir genötigt, Ordnung zu schaffen. Es tut mir leid, daß verheiratete Arbeiter von der Maßnahme betroffen werden, jedoch haben Sie den Lohn für 14 Tage erhalten und Sie werden inzwischen andere Arbeit finden und wir werden andere Arbeiter bekommen. Wollen wir also in Frieden auseinandergehen, ich wünsche Ihnen lohnende Arbeit und

Bereiten Sie uns keine Schwierigkeiten mehr auf dem Bahnhof.

So der Herr Präsident Behrendt. Jetzt war es den Gemahregelten klar, worin man ihre ordnungsfeindliche Gesinnung erblickte. Herr Behrendt hatte es ihnen in anerkennenswerter Offenheit gesagt. Die Erklärung dafür liegt in folgenden Vorgängen:

Vor kurzem fanden die Neuwahlen der Arbeiterausschüsse statt und es wurden an Stelle einiger Ausschussmitglieder, die glaubten, dieses Amt in Erbpacht zu haben, aber nie etwas im Interesse der Arbeiter taten, neue Vertreter gewählt. Im Gegenzug zu der früheren Gepflogenheit hielten die Neugewählten es für ihre Pflicht, die Wünsche der Arbeiter entgegenzunehmen und zu diesem Zwecke fanden Besprechungen in den Aufenthaltsräumen der Arbeiter statt. Sämtliche Arbeiter des Anhalter Güterbahnhofs waren sich darin einig, daß während der nächsten Wintermonate die vorhandene Arbeit in achtstündigen Tagesdiensten ohne Einstellung weiterer Arbeitskräfte und ohne sonstigen Schaden erledigt werden könne. Deshalb sei es möglich, die Arbeitszeit für den Winter auf acht Stunden herabzusetzen und sie im Frühjahr bei steigendem Verkehr nach Bedarf angemessen zu verlängern. Ferner glaubte man, daß infolge der allgemeinen Linderung und der neuen indirekten Steuern eine Lohnerhöhung von 20 Pf. täglich gerechtfertigt sei. Die Mitglieder des Arbeiterausschusses und deren Erfahrmänner wurden deshalb beauftragt, diese Wünsche in der nächsten Sitzung des Ausschusses der Verwaltung zu unterbreiten. Das geschah und die Antwort der Verwaltung war die Entlassung der Ausschussmitglieder resp. deren Erfahrmänner. Sie, die sich nichts weiter haben zuschulden kommen lassen, als entsprechend den statutarischen Bestimmungen die Wünsche ihrer Kollegen der Verwaltung zu unterbreiten, sie mußten ihren Glauben an das Wohlwollen der Verwaltung mit der Dienstentlassung büßen.

Besser als durch alle wissenschaftlichen und kritischen Abhandlungen werden die sozialen Zustände im Eisenbahnbetrieb durch solche demonstrative Handlungen der Eisenbahnverwaltung beleuchtet. In keinem Privatbetriebe hätten sich die Arbeiter die Maßregelung ihrer Vertrauensleute ruhig gefallen lassen. Nur die Eisenbahnverwaltung kann sich eine solche Willkür erlauben, weil die Bahner in ihrer übergroßen Mehrzahl leider noch jedes Solidaritätsgefühl bar sind. Deshalb ist es die notwendige Aufgabe aller aufgeklärten Arbeiter, bei jeder Gelegenheit die Agitation unter den Eisenbahnern zu betreiben.

Was die Zugehörigkeit der Gemahregelten zur gewerkschaftlichen Organisation betrifft, so haben vier derselben unumwunden zugegeben, Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes resp. dessen Reichssekretion der Eisenbahner zu sein. Einer derselben ist seit 1897 gewerkschaftlich organisiert und seit 1900 bei der Eisenbahn beschäftigt. Die weiteren vier sind unorganisiert oder sie gehören dem von der Verwaltung bisher nicht beanstandeten „Unterstützungsverein für die südlichen Bahnhöfe Berlins“ an.

Wie uns mitgeteilt wurde, ist der Deutsche Transportarbeiterverband bereit, sich auch der unorganisierten Gemahregelten anzuschließen, sofern diese es wünschen und ihnen durch seinen Arbeitsnachweis Beschäftigung zu verschaffen.

Im „Regulator“ vom 9. April d. J. veröffentlichte ein Betriebsarbeiter aus der Eisenbahnwerkstatt Berlin I einige Mißstände und die Redaktion des „Regulator“ bemerkte dazu: „Es bestehen doch überall Arbeiterausschüsse, wenn die in nachdrücklicher Weise und in geordnetem Instanzenwege auf solche Mißstände aufmerksam machen, wird doch sicher Abhilfe geschaffen werden“.

Was wird der „Regulator“, was wird der Hirsch-Dundersche Eisenbahnerverband und was wird der Frierische Eisenbahnerverband, der kürzlich in Berlin unter Ausschluß der Öffentlichkeit seine Generalversammlung abhielt, zu dieser Maßregelung von Arbeiterausschussmitgliedern sagen! Wir sind wirklich neugierig, denn diese Organisationen sind es doch, die so großen Wert auf die Ausschüsse und deren Tätigkeit legen. Sie sind es, die gerade in Rücksicht auf diese „Wohlfahrts-Einrichtungen“ glauben, auf ein uneingeschränktes Koalitionsrecht der Eisenbahner verzichten zu können. Sie werden natürlich nichts dagegen tun und den Eisenbahnern dadurch erneut den Beweis liefern, daß sie nicht gewillt sind, ihre Interessen wirklich wahrzunehmen, und so werden sie in Gemeinschaft mit der Eisenbahnverwaltung darauf hinwirken, daß die Eisenbahner in Massen den Weg finden in die freien Gewerkschaften.

Vom Riesenstreik in Schweden.

Eine kurze Depesche, die uns heute zuzug, besagt über die Lage folgendes:

Stockholm, den 9. September. Die Stockholmer Straßenbahngesellschaft hält ihre schändliche Forderung auf entehrende persönliche Verträge aufrecht. Die Arbeit wird bei ihr daher nicht aufgenommen, bevor eine Verständigung erfolgt ist.

Die Regierung greift nach wie vor nicht vermittelnd ein. Die Lage ist sehr zugespitzt, im übrigen jedoch unverändert.

Die Haltung der Stockholmer Straßenbahngesellschaft, — denn auch die zweite kleine Gesellschaft verlangt persönliche Ver-

träge — ist recht bezeichnend für die Brutalität der schwedischen Bourgeois gegenüber den Arbeitern. In diesen persönlichen Verträgen ist vor allem ein Koalitionsverbot enthalten, das nur die Mitgliedschaft in Vergnügungsvereinen zuläßt, die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft indes verbietet. Dieses Verbot soll durch eine possentielle Redewendung maskiert werden, durch die den Arbeitern unterlagt wird, Organisationen oder Verbänden anzugehören, die dem Personal die Nüchternheit der Pflichten gegenüber der Straßenbahngesellschaft und der Öffentlichkeit anferlegen kann!

Als Nichterfüllung dieser Pflichten betrachtet der Vertrag schon die Kündigung durch die Angestellten, sobald diese von mindestens 25 Proz. vollzogen wird. Eine größere Unerschämtheit ist kaum jemals dagewesen, als dieser brutale Vernichtungsversuch gegenüber jeglichen Organisationsbestrebungen der Arbeiter.

Aber noch mehr. Die Straßenbahngesellschaft fordert von jedem, der einen Vertrag unterschreibt, die Hinterlegung einer Kaution von dreihundert Kronen, die verfaßt, sobald der vertraglich Gebundene an einem Streik oder einer Massen-Kündigung von mindestens 25 Proz. der Angestellten beteiligt ist. Hätte Schweden ein soziales Arbeiterrecht oder bestände nur ein Gesetz, das Verträge gegen die guten Sitten für nichtig erklärt, so wäre eine derartige Forderung der Kapitalisten rechtswidrig, denn das Recht der Kündigung eines Vertrages muß unter allen Umständen dem Vertragsschließenden zustehen. Hier wird es dem einen Teil unterlagt, sofern eine geringe Minorität, ganz gleich ob verabredet oder durch Zufall von dem Recht der Kündigung Gebrauch machen will. Kann denn die Vorniertheit der schwedischen Bourgeois wirklich noch besser nachgewiesen werden?

Die Auszahlung der Kaution soll erst drei Monate nach Beendigung des Dienstverhältnisses erfolgen. Auch gegen eine solche schändliche Forderung bietet das schwedische Recht den Arbeitern keinen Schutz. Die natürliche Folge derartig empörender Unternehmerrutalität muß die Aufnahme einer unruhigen Aktion zur Erlangung eines von modernen sozialen Ideen getragenen Arbeiterrechts in Schweden sein. Die sozialpolitisch interessierten Kreise, die, soweit sie dem Bürgertum angehören, noch keinen rechten Boden unter den Füßen haben, sollten für ihre künftige Wirksamkeit auf diesen Wege einen Lehrgang ziehen. Mit der eigenen Heimbewegung, den Trunksuchtanatorien und den Alkoholverboten wird die soziale Frage in Schweden wirklich nicht gelöst. Ein vernünftiges Arbeiterrecht tut viel dringender not.

Man sollte meinen, eine so brutale auftretende Gesellschaft würde ihren Arbeitern auch etwas bieten. Weit gefehlt. In den ersten zwei Jahren wird ein Lohn von 3,60 Kr. bis 3,75 Kr. pro Tag gezahlt. Nachher „feste Anstellung“ mit einem Monatslohn von 110 Kronen, die nach neun Jahren bis zu 135 Kronen monatlich steigt. Da die Konzession der Gesellschaft im Jahre 1916 abläuft, wird niemand bis dahin zu jenem grandiosen Gehalt gelangt. Es handelt sich hier um eine Lohnreduktion von 10 Kronen monatlich zu gleicher Zeit, wo alle Lebensmittel fortwährend im Preise steigen.

Diese Lohnhöhe zeigt aber auch, wie freivol das Unternehmerrgeschwätz zur Täuschung der deutschen Öffentlichkeit ist, wonach in Schweden höhere Löhne gezahlt werden sollen als auf dem europäischen Kontinent. Stockholm ist eine der teuersten Städte in Europa, wo zu noch die enormen Steuern kommen. Oder setzt vielleicht die Stockholmer Straßenbahngesellschaft die Löhne herab, um den Steuerfuß ihrer Angestellten zu ermäßigen?

Die deutsche Arbeiterschaft ersieht hieraus, weß Geistes Kinder jene sind, mit denen die schwedischen Genossen ihren schweren Kampf führen.

Das Wolffsche Telegraphenbureau meldet über die teilweise Wiederaufnahme der Arbeit nach dem Generalstreiks folgende: Die Wiederaufnahme der Arbeit nach der Einschränkung des Generalstreiks vollzieht sich nur allmählich, da die Arbeitsbedingungen verschieden ausgelegt werden und verschiedene Fachvereine den Weisungen der Streikleitung nicht gefolgt sind. Die Hindernisse, die sich einer Vermittelung der Regierung entgegenstellen, sind also noch nicht beseitigt. Andererseits scheinen die Einigungs-verhandlungen mit verschiedenen Gruppen, die zunächst Schwierigkeiten machten, zu einer Verständigung zu führen. Das Alkoholverbot ist aufgehoben worden, die Bedienung aber trotzdem nicht gestört. Auch die Bürgerwehr ist aufgelöst worden. Verschiedene Behörden haben ihr für die zum Schutze der bürgerlichen Gesellschaft und im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt geleisteten Dienste ihren Dank ausgedrückt. Die militärische Ueberwachung verschiedener Plätze ist eingeschränkt worden und die während des Streiks aus der Provinz in die Hauptstadt berufenen Truppen sind in ihre Garnisonen zurückverlegt worden.

Die Trade-Unions einst und jetzt.

London, 7. September. (Eig. Ber.)

Auf dem 42. Kongress der Trade-Union zu Ipswich hielt (wie wir gestern schon an anderer Stelle kurz meldeten. D. Red.) der Vorsitzende Shackleton die Eröffnungsrede. Er hob vor allem den Umschwung hervor, der sich in den letzten Jahren in der Haltung der Trade-Union in politischen und wirtschaftlichen Fragen vollzogen hat. „Die Arbeiter bitten jetzt nicht mehr die Führer der alten Parteien um Audienzen und um Berücksichtigung der von Arbeiterkongressen gefaßten Beschlüsse. Ebenjowenig beschränken sich die Arbeiter auf reine Gewerkschaftsfragen. Die britische Arbeiterbewegung hat gegenwärtig 68 Parlamentarier, die im Unterhause den Bestrebungen und Wünschen der Arbeiterklasse Ausdruck geben. Der Erfolg der direkten parlamen-

tarischen Arbeitervertretung zeigt sich in den Ergebnissen der parlamentarischen Arbeit, die von den der früheren Parlamente vorstellhaft absteigen. Unter den Kongreßdelegierten befanden sich 33 Parlamentsabgeordnete, 26 Friedensrichter, 2 Bürgermeister, 6 Aldermen und 18 Gemeinderäte. Aber besonders freut es uns, Delegierte von Landarbeiterorganisationen zu sehen. Manche unter uns hatten das Vergnügen, mit Josef Koch, dem ersten Landarbeiterorganisator, zu verkehren, der im Jahre 1873 die erste Landarbeitergewerkschaft schuf. Die Schwierigkeiten waren außerordentlich, dennoch hatten die Landarbeiter von Dorchester damals eine Organisation schaffen können. Heute haben wir verhältnismäßig größere Bewegungsfreiheit, deren sich die Landarbeiter bedienen müßten, eine starke gewerkschaftliche Bewegung in den Arbeiterkreisen zu schaffen.

Die gegenwärtige Parlamentstagung, die noch nicht abgeschlossen ist, war hauptsächlich mit dem Etat beschäftigt. Der Etat muß als eine der größten Finanzreformen unserer Zeit betrachtet werden. In ihm wird zum erstenmal der Versuch gemacht, die wachsenden Staatslasten auf die stärksten Schultern zu wälzen. Die Arbeiter sehen im Etat eine Maßregel, die große Möglichkeiten in sich birgt. Deshalb der Enthusiasmus. Die Sorge für die Veteranen der Arbeit, die Ernährung bedürftiger Kinder, die Behandlung der Arbeitslosen nehmen die Staatsfonds immer mehr in Anspruch; aber erst dieser Etat gibt die Gelegenheit, für die Armen einträglicher zu sorgen, ohne die Armen ungebührlich zu belasten.

Die Alternative zum Etat ist die sogenannte Politik „der Verbreiterung der Steuerbasis“, d. h. der Schuzyoll — eine verfehlte und feindliche Methode, die Staatsfinanzen zu bereichern durch die Besteuerung der notwendigen Lebensmittel. Die Drohungen der Grundherren, daß sie infolge des Etats ihre Beiträge für Wohltätigkeitszwecke beschneiden werden, um nur ihr Leben von Luxus und Freude fortsetzen zu können, werden — wie es sich von selbst versteht — von den Massen abel aufgenommen. Der Etat kann nur zur Wirkung haben, daß die Reichen weniger Lakaien halten werden.

Es soll indes nicht vergessen werden, daß die wachsenden Staatsaufgaben zum Teile dem Anstiege des Armees und Flottenetats geschuldet sind. Im Laufe dieses Jahres wurde eine panische Stimmung erzeugt, so daß man hätte glauben können, die Invasion Englands durch unsere deutschen Freunde wäre eine fast vollendete Tatsache. Wir glauben an diese Gefahren nicht. Ein Krieg zwischen Deutschland und England ist undenkbar, und diese Ansicht wird von den Arbeiterklassen beider Länder geteilt.

Trotz der Staatsberatungen, die fast die ganze Zeit des Parlamentis in Anspruch nahmen, wurden zwei gewerkschaftliche Vorlagen angenommen: die Trade Boards-Bill und die Labour Exchange-Bill: die erstere soll Mindestlöhne in manchen Zweigen der Heimarbeit festlegen; die andere schafft Arbeitsnachweise. — Die Frage der Arbeitslosenversicherung wird höchstwahrscheinlich die kommende Parlamentstagung beschäftigen. Die Arbeiterkassation wird alles tun, bei der Beratung dieser Vorlage die Interessen der organisierten Arbeiter zu schützen.

Schließlich weisen wir auf die Bildungsbestrebungen hin, die von dem gemeinsamen Komitee von Oxford Professoren und von Arbeiterorganisationen gefördert werden. Dieses Komitee wirkt abseits vom Ruskin-College und ist darauf gerichtet, die Arbeiter in den Provinzen durch briefliche Kurse zu unterrichten. Im Berichtsjahre wurden besonders die Zentren — Rochdale und Salford — bearbeitet. Die Essays, die die Arbeiter einreichten, waren — nach Ansicht der Universitätsprofessoren — von hohem Werte; manche Aufsätze waren sogar den besten Leistungen der regelmäßigen Universitätsstudenten gleich. Es wächst eine Arbeitergeneration heran, die die praktischen Erfahrungen der Fabrik- und Minenarbeit mit dem theoretischen Wissen über Sozialökonomie, Wirtschaftsgeschichte, Staats- und Municipalpolitik vereinigen wird.

Das neue Homestead.

Das Blut der niedergeknallten und totgeknüppelten Streiker von McKees Rocks ist über die kapitalistischen Mörder gekommen. Seit die Arbeiter am Dienstag, den 24. August, ihre Toten begraben — 11 Tote und 50 Verwundete forderte die Schacht! — ist ein totaler Umschwung der Lage zugunsten der Streikenden eingetreten. Am 27. August begannen nun auch die Streikbrecher in den Streik zu treten, indem ihrer 470 Mann, die nur mittels Knüttel und Revolver so lange in den Werken festgehalten waren, die Umzäunung durchbrachen und gleich unter Führung Pittsburgs Sozialisten unter freiem Himmel eine Werksänderungs-Versammlung mit den Streikern improvisierten. Dem Auszug der Vierhundertfünfzig folgten Tags darauf abermals weitere 150 Mann, die damit den Betrieb des „Schlachthaus“ wieder gänzlich stilllegten. Statt der erwarteten Strafstrafe erfüllt den Fabrikort jetzt der Jubel von Tausenden armer hungernder und mißhandelter Menschen, die seit langer Zeit wieder einmal glücklich sein können und voll jauchzender Jubelstiller wieder der alten Heimat anstimmen. Aus dem kapitalistischen Justizhaus „entflogen“, begaben sich ganze Scharen der streikenden Streikbrecher stracks nach dem Gebäude der Bundesregierung, um hier unter gauenhaften Schläuberungen ihrer Behandlung in der Fabrik deren Beamten wegen betrügerischer Vorfälle, fürchterlicher Mißhandlungen und Freiheitsberaubung zu verklagen. Nach der Fahnenflucht der Streikbrecher muß sich der Präsident der Werke, Hoffstedt, nunmehr gefallen lassen, daß er sich mit seinem obersten Treiber Sohn auf Anordnung der Regierung in Washington wegen des Verbrechens der „Peonage“ (Sklaverei) zu verantworten hat. Unter den die Untersuchung führenden Bundesbeamten, die das Arbeitsministerium nach Pittsburg entsandte, befindet sich auch ein Beamter der Einwanderungsbehörde auf Ellis Island, da die Gesellschaft auch beschuldigt wird, sich ihre Sklavematerial unter Umgehung der Einwanderungsbehörde aus Europa importiert zu haben. Natürlich lassen die zynischen kapitalistischen Verbrecher es auch nicht an Versuchen fehlen, die Untersuchung zu durchkreuzen. Manche der wichtigsten Zeugen sind unauffindbar, gegen mehrere andere schweben bereits Meineidsverfahren, weil sie sich offenbar durch das Geld der Firmen zu falschen Aussagen verleiten lassen, so gegen einen Arbeiter Vogel aus New York, der vor den Untersuchungsbeamten Loblieder auf die Fabrik sang und sich darauf folgenden feunzeigenden Brief vorhalten lassen mußte, den er kurz vorher an seine Frau geschrieben hatte: „Ich gebe die hiermit eine Beschreibung der Lage, in der ich mich in McKees Rocks befinde. . . Sie nahmen uns vom Zuge und behandelten uns wie Gefangene, indem sie uns ihre Revolver zeigten. Unsere Lagerstätte befindet sich in einer elenden Hütte. Die Pinkertons gehen fortwährend mit Revolvern um uns herum und wir müssen alle ihre Befehle befolgen. Jeden Tag erfahren wir, daß Leute getötet und verwundet werden und wir getrauen uns kaum zu arbeiten oder zu schlafen. . . Ich bin wieder matt und krank und möchte gern zurück, kann aber nicht fort.“ Somit ergeben die Aussagen vor den Untersuchungsbeamten aber, daß die „Arbeitswilligen“ in der Fabrik gefangenhaft blutig geschunden, sogar bei einfachen Wälderreden mit Totschlägern bearbeitet und in Frachtwagen eingesperrt wurden usw.

Manche Zeugen weisen zur erschütternden Bekräftigung ihrer Schilderungen furchtbare Wunden, blutige Hemden oder dergl. vor. Leuten, die entlassen zu werden wünschten, wurde von ihren Schindern bedeutet, daß sie nur in einem Sarge die Fabrik verlassen könnten. Die Untersuchung erstreckt sich auch auf die von den Streikbrechern energisch aufrechterhaltene Behauptung, daß drei von ihnen an erlittenen Mißhandlungen gestorben und die Leichen entweder heimlich beiseite geschafft oder in den großen Schmelzöfen verbrannt worden seien! In den Werken wurden die Streikbrecher nur mit verdorbenen Konserven traktiert, so daß sich jetzt eine Anzahl von ihnen schwer vergiftet in Hospitalbehandlung befindet. Einmal wurde das Verhör abgebrochen, weil zwei Duzend Zeugen infolge des gegenwärtigen Streikbrecherjutters so krank waren, um überhaupt der Verhandlung folgen zu können. Kann das Wort von der „Kapitalbestie“, das oft genug als sozialdemokratische „Hegghose“ demunziert wurde, drastischer gerechtfertigt werden, als durch den vollendeten Bestialismus, womit das amerikanische Stahlkapital gerade seine arbeitswilligen Lieblinge behandelt?

Die von der Bundesregierung begonnene Untersuchung der Zustände in McKees Rocks bedeutet zugleich eine verdiente Brandmarkung der pennsylvanischen Staatsregierung, die sich mit ihrem Gouverneur Stewart völlig in den falschen Herrenhäuten der Zuckerkapitalisten befindet und demgemäß eine behördliche Untersuchung bis zum letzten Augenblick verzögerte, ja, sich jetzt wegen Beteiligung ihrer Polizisten, Konstabler und Richter an der verbrecherischen Brutalisierung der Arbeiter selber in die Affäre verwickelt sieht. Wäre Gouverneur Stewart ein „europäischer Bureaukrat“, so meinte vor kurzem das parteigenössliche „Philadelphiaer Tageblatt“, für den das Motto gilt: „Was nicht in den Akten steht, ist nicht in der Welt“, so ließe sich seine Inaktivität erklären. Er ist aber ein amerikanischer Geschäftsmann (ein Wuchshändler), von dem man schon annehmen sollte, daß er nicht erst geschoben zu werden braucht, um zu handeln. Kein Tag vergeht, der nicht neue Enthüllungen über die Schandwirtschaft in Mac Rees Rocks bringt. Ein Arbeiter hat dort in öffentlicher Versammlung erklärt, daß er seine Tochter und seine Frau einem Vormann (Meister) preisgeben mußte, um seinen Platz zu behalten. Mehrere Priester haben erklärt, daß ihnen derartige nicht neu sei und solche Fälle ihnen öfter zur Kenntnis gekommen seien. Genügt das etwa noch nicht, um die Staatsgewalt zum Einschreiten zu bringen?

Leider hat dasselbe Blatt Veranlassung, auch der amerikanischen „Federation of Labor“, deren Präsident Compers ist, einen Teil der Verantwortung für die Katastrophe von McKees Rocks beizumessen, denn Compers hat die amerikanische Gewerkschaftsbewegung, von deren Ertragskassen er in Europa soviele Wunderbares erzählt, so engherzig gemacht, daß man sich in seinem Hauptquartier um die „Ausländer“, die „Gummis“, überhaupt nicht weiter kümmert, sondern sich begnügt, alljährlich im Staate Pennsylvania, wie in den anderen Staaten „Konventionen“ (Konferenzen) zu veranstalten, deren Ergebnisberechtigung absolut unverständlich ist. Die sozialistische Partei des Landes nimmt sich der Streikenden natürlich nicht nur mit Haß, sondern immer nachdrücklicher auch mit der Lat an. Drei Tage nach der Schlacht kam, brutalen Einschüchterungen Trotz bietend, Genosse Debb mit einem Gefolge berittener Staatstruppen im Automobil auf dem Schlachtfeld an, wo er vor 2000 Streikenden unter freiem Himmel redete. Der sozialistische Bannerträger des Landes warnte die Arbeiter davor, sich von ihrem berechtigtem Jörn übermannen oder provozieren zu lassen, und forderte die Hunderte von polizeilichen und militärischen Zuhörern, deren er sich nebenher noch erfreute, auf, ihn wegen der Brandmarkung ihrer Schande zu verhaften. Sie wagten es nicht.

Die Firma soll bereits zu erkennen gegeben haben, daß sie alle Forderungen der Streikenden zu bewilligen bereit sei; wird es ihr bei den Enthüllungen, die die Untersuchung gebracht hat, doch auch schwer werden, noch „Arbeitswillige“ zu finden, und außerdem hofft sie, damit die Fortführung der Untersuchung zu vermeiden, worin sich der verbrecherische Geldpöbel aber wahrscheinlich täuschen wird. Daß McKees Rocks seine aufrüttelnde Wirkung tut, läßt schon folgender Satz ahnen, womit sogar ein bürgerliches Blatt Pittsburgs eine Betrachtung über diese Kämpfe ausfallen läßt: „Die Pressed Steel Car Comp. und das gewissenlose Ausbeutertum im allgemeinen haben es sich selber und ihrem Uebermut zugesprochen, wenn ein gewaltiges Menetekel vor ihren besigtrunkenen Augen aufsteht.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. September 1903.

Der olle ehrliche Triolist.

„Ein moralischer Mordversuch“ — nichts Geringeres ist an Wilhelm Schäd verübt worden: so kündete es der Deutsche Handlungsgehilfenverband in einem großen und großmütigen Flugblatt, das er gestern auf den Straßen Berlins vertellen ließ. Nichts Dümmeres läßt sich denken als dieser Witz der Thomas, Blobel, Döring, Warting und Konsorten, die da glauben, erwachsenen denkenden Menschen einreden zu können, nur wenn man eine schmutzige Phantasie besitzt, sei man imstande, Meister Schäd's Triolen-Brief „falsch zu verstehen“. Indessen — die Schädianer haben schon so viel Ekelien hinter sich, daß man ihnen auch schier Unglaubliches zutrauen kann, und daher muß immerhin erwogen werden, ob sie sich nicht wirklich von dem bisherigen Renaissance-menschen wieder einmal haben einwickeln lassen.

Nun, die getränkte Unschuld aus Hamburg-Altona hat mehr als einen Triolenbrief auf dem Herdholz; denn dem von uns am Dienstag veröffentlichten Schäd-Schreiben ist eine mündliche Unterredung mit dem zwanzigjährigen Mädchen, und dieser Unterredung ist ein

erster Triolen-Brief

vorhergegangen, der folgenden Wortlaut hat:

Sehr geehrtes Fräulein!

Meine Frau 30 und ich 40 Jahre alt, groß, schlank, suchen eine junge Dame, die gewillt ist, sich uns beiden innig anzuschließen. Gegenseitige Neigung natürlich vorausgesetzt. Sollten Sie grundsätzlich dazu nicht abgeneigt sein, erbitte ich Nachricht bis Montag morgen unter „Triole“, Hamburg, Postamt 36. Sollten Sie mich noch nicht verstanden haben, bitte frei und offen zu fragen. Hochachtungsvoll

M. M.

Herr Schäd, alias „Triole“, alias „M. M.“ (1), soll, so deutet's das obengenannte Flugblatt verschied an — mit der Absicht schwanger gehen, die Presse, die ihn so arg verurteilt hat, zur Verantwortung zu ziehen! Das wäre in der Tat ein Schauspiel für Götter. Sind doch selbst Blätter wie die „Deutsche Tageszeitung“ von dem brünstigen Verbandsvorsteher und Reichstagsabgeordneten weit abgerückt, die „Tägliche Rundschau“ nicht ohne sich einen Unfall auf die sozialdemokratische Presse zu leisten, die den Fall des Herrn Schäd politisch ausgeschlachtet haben soll. Das ist — wie brauchen wir auf unsere Notizen zur Trioleaffäre hinzuweisen — eine plumpe Unwahrheit. So dumm sind wir nicht, und die Waffe selber aus der Hand zu schlagen, mit der wir unseren

politischen Gegnern heimleuchten, wenn sie Vorfälle aus dem Privatleben von Sozialdemokraten verallgemeinern und politisch ausschlachten: eine Methode, die durchaus im Rahmen bürgerlicher Moral liegt, von sozialistischem Denken aber so weit entfernt ist, wie Schäd oder die „Tägliche Rundschau“ von Anstand und Ehrlichkeit.

Das „anständige“ Blatt.

Das „Verl. Tagebl.“ feht seine Kampagne für Ed. Vernstein unentwegt fort. Wir begreifen diese Sympathie und finden sie ganz in Ordnung. Nur sollte das Blatt unserer Meinung nach in seinem Eifer für den Revisionismus nicht so weit gehen, nachträglich den Wahrheitsbeweis dafür zu erbringen, daß die Mitarbeit an dem „Verl. Tagebl.“ unter die Dresdner Resolution falle. Was nämlich das Blatt sich seit einigen Tagen gegen Kaufhaus herausnimmt, gehört wirklich zu den hämischsten und gehässigsten Angriffen, die uns seit langem begegnet sind. Trotz des Herrn Kaufhauses Kaufhaus, daß sein Brief an Lafargue mit einem Urteilsbrief aber auch gar nichts gemein hat, wiederholt das „Verl. Tageblatt“ Tag für Tag wider besseres Wissen die scholle Verleumdung, daß Kaufhaus an dem armen verfolgten Vernstein eine Schusterrei begangen habe. Wir hängen diese niederträchtige Handlungsweise des „anständigen“ Organs niedriger und überlassen es neidisch der „Gemeinschaft der anständigen Menschen“, aus der nach seiner Behauptung Genosse Kaufhaus ausgeschlossen ist. Er müßte sich für diese Gemeinschaft auch gewöhnlich bestend bedanken.

Sächsischer Wahlrechtsraub im Verwaltungswege.

Wir haben bereits mitgeteilt, daß auf Grund einer Ministerialverordnung alle diejenigen sächsischen Landtagswähler, die innerhalb der letzten 15 Jahre einmal mit einem Steuerbetrage im Rückstande geblieben sind, aus den Wählerlisten gestrichen werden.

Dier einige besonders trasse Fälle aus dieser Praxis: Ein Dresdener Einwohner wurde als Steuerrestant angesehen und nicht in die Wählerliste aufgenommen, weil er 10 Pf. Nachgebühren schuldig geblieben ist!

Ein Arbeiter war im Jahre 1903 dreiviertel Jahre krank. Da er kein Einkommen hatte, fiel ihm natürlich das Steuerzahlen schwer. Die Behörde erkannte das an und erließ ihm einen Teil der Steuern. Auch dieser Wähler ist gestrichen worden.

Ein anderer Wahlberechtigter hatte im Jahre 1900 keine Steuern bezahlt, weil er nicht steuerpflichtig war, denn er hatte keine Stellung und kein Einkommen. Er erhielt in jenem Jahre keinen Steuerzettel und ist nicht gemahnt worden. Jetzt hat man ihn aus der Wählerliste entfernt.

Es ist festgestellt worden, daß Wählern, die über 1600 M. Einkommen haben und demzufolge zwei Stimmen haben müssen, eine Stimme abgezogen worden ist, weil sie schulpflichtige Kinder haben! Hierzu wird uns soeben telegraphisch aus Dresden berichtet, daß einer Deputation der Dresdener Wahlkomitees gegenüber, die im Ministerium des Innern wegen der Streichung der Steuerrestanten aus den Wählerlisten vorstellig wurde, der Ministerialdirektor ganz entschieden besitz, daß die Regierung eine derartige Verfügung erlassen habe. Es bleibt also nur übrig, daß entweder die Gemeindevorstände, Bürgermeister und Stadträte aus eigener Machtvollkommenheit die Streichung vorgenommen haben, oder daß die Amtshauptmannschaft nach dieser Richtung hin geheime Anweisungen erlassen hat. Jedenfalls aber kennt man sich im Königreich Sachsen vortrefflich auf russische Manieren aus: Man fingert „administratio“, was man auf andere Weise nicht machen kann oder will.

Von der deutschen Justiz.

Im Wahlkreise Klausthal-Zellerfeld griff am 2. Juni vorigen Jahres in einer Wählerversammlung der Senator Legtmeyer aus Klausthal den nationalliberalen Führer Oberberggrat Ehring festig an und sprach zuletzt von Wahlbeeinflussungen der Rationalliberalen. Der Versammlung wohnten auch drei Bergreferendare bei, die ihrem Vorgesetzten Ehring sofort Bericht erstatteten. Es wurde ein Protokoll aufgesetzt, in dem u. a. behauptet wurde: Senator Legtmeyer hätte folgende Worte gebraucht: „Ein Mensch, der so handelt wie der Oberberggrat Ehring, der mit den Sozialdemokraten liebäugelt und gegen die Geseze und die Ordnung des Staates verhöht, ist schlimmer wie ein Verbrecher und gehört ins Justizhaus.“

Wegen dieser Äußerung wurde gegen Legtmeyer Anklage wegen öffentlicher Beleidigung erhoben. L. bestritt in der Prozeßverhandlung, die am 8. September beim Landgericht Göttingen stattfand, derartige Worte gebraucht zu haben. Er habe nur ganz allgemein gesagt: Staatsbeamte, die dergleichen tun, seien Staatsverbrecher und gehören ins Justizhaus. Die als Zeugen geladenen Bergreferendare hielten ihre Behauptung, daß Ehrings Name dabei genannt worden sei, aufrecht. Alle übrigen Zeugen behaupteten das Gegenteil. Der Staatsanwalt hielt die Beleidigung für erwiesen und beantragte eine Strafe von 200 M. Das Gericht erkannte aber auf Freisprechung. Es nahm als erwiesen an, daß die in der Anklage behauptete Äußerung genau sei, billigte aber dem Angeklagten den Schuß des § 193 zu.

Wenn also jemand von einem Beamten sagt, er liebäugelt mit den Sozialdemokraten und sei deshalb schlimmer wie ein Verbrecher und gehöre ins Justizhaus, so ist er doch der Beleidigung nicht schuldig, weil er das in Wahrheit berechtigter Interessen sagt. Die berechtigten Interessen sind nämlich deshalb stets in solchem Falle vorhanden, weil nach der Ansicht der Göttinger Strafrichter jeder Staatsbürger ein berechtigtes Interesse wahr, der Staatsbeamte, da seiner Ansicht nach mit der Sozialdemokratie liebäugeln, aufs gröblichste beschimpft. Staatsbeamte, die mit der Sozialdemokratie liebäugeln, sind offenbar nach Ansicht der Göttinger Richter nichts Besseres wert!

Das Urteil zeigt wieder einmal, daß nicht bloß die Sozialdemokratie, sondern auch jeder, der mit ihr in einem Falle zusammen wirkt, für so manche deutsche Richter einfach als vogelfrei gelten!

Uebrigens ist wahrscheinlich, daß auf die Bildung des Urteils, das die Richter von Göttingen fällten, eine Aussage besonders einwirkte hat. Sie wurde von dem Gewerkschaftssekretär Guxler aus Goslar abgegeben und lautete, daß damals bei der Wahl aus der nationalliberalen Parteikasse an sozialdemokratische Wahlmänner 50 M. Reisekosten gezahlt worden seien, damit sie an der Abstimmung teilnehmen sollten, und daß dies Geld im voraus habe bezahlt werden müssen, weil die Betreffenden sonst die Reise nicht antreten wollten. Daß damals sozialdemokratische Stimmen für den nationalliberalen Kandidaten Erzing abgegeben worden sind, ist auch im Hannoverschen „Volkswillen“ getadelt worden.

Wir müssen dazu sagen, daß jene sozialdemokratischen Wahlmänner, die das Geld der Nationalliberalen angenommen haben, sich einer schlimmen Verletzung ihrer Parteipflicht schuldig machten. Daß sie dabei wider den Willen der Parteiführer handelten, geht aus der Mißbilligung ihrer Ab-

Stimmung im Hannoverschen Parteiblatt, dem „Volkswillen“, erfreulicherweise deutlich hervor.

Ostelbische Zustände.

Zu der Bluttat in Wolschagen bei Drangfurt im Regierungsbezirk Königsberg (Ostpreußen), über die wir in Nr. 205 vom Freitag, den 8. September, berichteten, wird uns noch mitgeteilt, daß der erschossene Fleischergeselle Worschowski und dessen Freunde gar nicht auf dem Grund und Boden des Besitzers Malowski badeten! Die jungen Leute badeten vielmehr an einer Stelle des Sees, die zu dem Gute des Besitzers Krause gehörte. Besitzer Krause hatte das Baden gestattet, weil die jungen Leute ihm bei den Erntearbeiten behilflich gewesen waren. So stellt sich die Tat des Besitzers Malowski und seines Sohnes also noch ungeheurer dar. Die Staatsanwaltschaft ist jetzt eingeschritten, und auf deren Anordnung wurde endlich Malowski jr., der den tödlichen Schuß auf Worschowski abgegeben hat, verhaftet. Der Vater des Schützen, der den Befehl zum Schießen erteilte, befindet sich aber noch auf freiem Fuß. Uebrigens ist es eine echt bürgerliche Preßfrage, wenn geschrieben wird, daß der schießende Besitzer Sohn über die Tat „untröstlich“ ist. Die beiden Täter liegen ihr Opfer am Boden liegen, nachdem der verhängnisvolle Schuß gefallen war, und erst die Freunde des Erschossenen holt ein Arzt aus der nahen Stadt Drangfurt herbei.

Das Opfer von Wolschagen ist kaum erkaltet, da wird schon wieder aus Westpreußen ein Fall von gleicher Besitzervillwär gemeldet. In der Nacht zu Sonntag wollte der achtzehn Jahre alte Arbeiter Julius Koschmieder aus Gischlau einen Baum des Röhlenbesizers Scheffler in Prangshin bei Danzig übersteigen, um sich den Heimweg abzukürzen. Der Besitzer soll den armen Menschen, ohne zuvor einen Anruf getan zu haben, einfach über den Zaun gelassen haben. Der Revolver schuß durchbohrte den Arbeiter die Brust, und der Schmerzerlegte mußte nach dem Danziger Stadtlazarett geschafft werden, wo er hoffnungslos darniederliegt. Anders als mit Revolver und Kinte scheinen in Ost- und Westpreußen die Besitzer Arbeitern nicht mehr gegenüberzutreten.

Aufdecken von Steuermogelei ist „grober Unfug“.

Unser Parteiblatt „Vörläher Volkszeitung“ veröffentlichte im Mai dieses Jahres einen Artikel, in dem an einigen Beispielen gezeigt wurde, wie der preussische Staat von reichen Leuten um die Steuern bemogelt wird. Jetzt ist dem verantwortlichen Redakteur, Genossen Laubadel, mitgeteilt worden, daß ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet ist. Er soll durch die Veröffentlichung des Artikels „groben Unfug“ begangen haben.

Soll etwa durch solche Prozesse verhindert werden, daß die Steuermogeleien der Reichen öffentlich gebändert werden?

Die Auflösung des Reichsinvalidenfonds.

Nach dem Reichsgesetz vom 1. Juni 1900 geht mit dem 1. Oktober d. J. die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds und des mit diesem verbundenen Hinterbliebenenversicherungsfonds auf das Reichsschatzamt über und hört mit dem gleichen Tage die bisher unter dem Namen „Verwaltung des Reichsinvalidenfonds“ bestehende Behörde zu existieren auf. Die zur Ueberleitung des Invalidenfonds in die allgemeine Reichsverwaltung erforderlichen Anordnungen sind bereits getroffen. Die Uebernahme wird im Laufe der nächsten Wochen stattfinden. Der Invalidenfonds selbst besteht noch aus etwa 125 Millionen Mark, von denen allerdings ein erheblicher Teil schon durch Vorschüsse befreit ist. In den Hinterbliebenenversicherungsfonds, der nach § 15 des Sozialversicherungsgesetzes zur Anbahnung der Witwen- und Waisenversicherung gegründet wurde, ist bekanntlich nur in einem einzigen Jahre die Summe von etwa 47 Millionen Mark gelangt. Auch für das laufende Jahr ist es zweifelhaft, ob irgend eine Ueberweisung an ihn erfolgen kann.

Wie „Insubordinationen“ entstehen!

Ein bemerkenswerter Fall von „Gehorsamsverweigerung“ beschäftigte dieser Tage das Dresdener Kriegsgericht. Am 28. Juli kam der Sergeant Koch vom Mannegegend Nr. 17 in Döbitz in den Stall und ließ die zum Stalldienst kommandierten Mannschaften zum Futterhäuschen antreten. Es fehlte der sonst mit anwesende Gefreite, den der Sergeant unbedingt haben zu müssen glaubte. Er bemerkte nun den Gefreiten Rauchfuß und befahl kurzerhand diesen, obgleich er gar nicht kommandiert war, zum Futterhäuschen! Ganz erstaunt über das Ansehen, unterließ es der Gefreite, dem Befehle nachzukommen. Als der Sergeant den Befehl wiederholte, äußerte er: „Ich bin nicht zum Futterhäuschen!“ Diese Worte soll er in einem „frechen“ Tone und in „unmilitärischer“ Haltung gesprochen haben. Weil nun die übrigen Mannschaften den Vorgang mit beobachteten und weil sich A. angeblich „frech“ betrug, drang der Sergeant erst recht auf Ausführung des Befehls! A. kam der Aufforderung schließlich nach. Als er mit der Arbeit fertig war und sich entfernen wollte, wurde er vom Sergeanten zurückgehalten und zu anderem Dienste befehligt! Diesen Befehl ließ A. anständig unbesorgt. Er ließ in der Erregung über das Verhalten des Sergeanten hin und her, woraus geschlossen wird, daß A. dadurch seine „Auffässigkeit“ zu erkennen geben wollte! Er kam aber schließlich auch diesem Befehle nach. Damit war die Sache jedoch nicht erledigt. Die Angelegenheit wurde gemeldet und A. wegen Achtungsverletzung und Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft angeklagt!

Vor Gericht gab A. an, er habe sich nicht für verpflichtet gehalten, die Befehle auszuführen, da er nicht der kommandierten Gefreite war; er habe das Verhalten des Sergeanten als Schikane empfunden. Der Sergeant erklärte, daß er berechtigt gewesen sei, dem Angeklagten den Befehl zu erteilen. Sonst wurde A. als ein vorzüglicher Soldat geschildert. Nach Lage der Sache wies der Verhandlungsführer den Angeklagten darauf hin, daß möglicherweise der § 98 des Militär-Strafgesetzbuchs (Wenn ein Untergebener durch vorschriftswidrige Behandlung zur Tat gereizt wird, kann die Strafe bis auf die Hälfte ermäßigt werden) in Frage komme. A. schilderte den Sergeanten als keinen „Guten“. Seine Kameraden, wie z. B. Man Leopold, sind von jenem geschlagen worden. Leopold war als Zeuge anwesend und bestätigte, daß er gemißhandelt worden sei. Er hat die Mißhandlung auch gemeldet, es ist aber nichts geschehen! Der Anklagevertreter beantragte unter Ausschluß des § 98 sieben Wochen Gefängnis.

Das Kriegsgericht nahm an, daß der Angeklagte glaubt habe, er werde schikaniert, billigte ihm deshalb den § 98 zu, erkannte aber nichtbedenklicher auf die unglückliche Strafe von — 6 Wochen Mittelarrest! Mit Rücksicht auf die „Gartnäckigkeit“ (!) des Säubers hat das Gericht seinen erheblichen Gebrauch vom § 98 gemacht, nur vor dem Gefängnis hat es ihn schützen wollen.

O welche Lust, Soldat zu sein!

Milde Strafe.

Der Kanonier Weiler von der 6. Batterie des 88. Feldartillerie-Regiments in Rahr (Baden) hat sich vor wenigen Wochen erhängt. Er wurde vom Sergeanten Weber in glühender Sonnenhitze im tiefen Sande der Reibbahn herumgeschleift. Auch im Remontestall ließ Weber den Weiler laufen und springen. Am nächsten Tage meldete sich Weiler krank; es wurde ihm von einem

anderen Sergeanten namens Külle gedroht: Er werde schon in Bewegung gesetzt werden, wenn er nicht wirklich krank sei! Weiler ging darauf auf seine Stube und erhängte sich. — Weber erhielt drei Wochen Mittelarrest.

Spanien.

Die Zensurbarbarei.

Madrid, 9. September. Das Blatt „Correspondencia de Espana“ ist wegen eines Artikels, in dem der Chefredakteur gegen die telegraphische Zensur protestiert, beschlagnahmt worden. Der Artikelsschreiber wird sich vor dem Militärgericht zu verantworten haben. Ein Haftbefehl ist gegen ihn erlassen.

Eine Protestkundgebung.

Paris, 9. September. Mitglieder des Komitees der sozialen Verteidigung veranstalteten in etwa dreißig Automobilen heute nachmittags Kundgebungen auf den Boulevards, um gegen die Gefangenensetzung Ferrors in Barcelona zu protestieren. Sie versuchten, sich nach der spanischen Botschaft zu begeben. Die Polizei gestreute sie und nahm etwa 40 Verhaftungen vor.

England.

Ein Hochverräter.

Mit dem vor Jahren vielgenannten „Oberst“ Lynch, der kürzlich vom irischen Wahlbezirk West-Clare ins Parlament entsendet wurde, zieht ein Abgeordneter von sehr eigenartiger Vergangenheit in das Unterhaus ein. Arthur Lynch widmete sich ursprünglich dem Ingenieurfach, wendete sich aber bald dem Journalismus zu. 1893 wurde er als Parnellit für Galway aufgestellt, aber geschlagen. Nach dem Ausbruch des südafrikanischen Krieges trat er in die Burenarmee ein und organisierte die zweite irische Brigade, welche dem General Botha unterstellt war. Mit dieser nahm er an verschiedenen Gefechten gegen die englischen Truppen teil. Seine engeren Landsleute wählten ihn bei der nächsten allgemeinen Wahl für Galway mit beträchtlicher Mehrheit in das Parlament. Das erregte einen Sturm der Entrüstung in England. Seine Wahl wurde für ungültig erklärt und er selbst nach seiner Rückkehr verhaftet und wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, welche Strafe allerdings in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt wurde. 1904 erhielt Lynch seine Entlassung „auf Urlaub“. Damit war er natürlich noch immer von allen bürgerlichen Vertrauensämtern und vor allem von der Wiederwahl ins Parlament ausgeschlossen. Als jedoch König Edward 1907 den Entschluß faßte, der grünen Insel einen Besuch abzustatten, erhielt auch Lynch völlige Amnestie, womit alle Beschränkungen seiner politischen Rechte aufgehoben wurden.

Türkei.

Die Lage im Innern.

Konstantinopel, 9. September. Die auf der Pforte einkaufenden Nachrichten über die Lage im Landesinnern melden übereinstimmend fortschreitende Verwilderung. Die aufständischen Albanesen in Ragosa haben ihre Waffen abgeliefert. Der Kommandant des Expeditionskorps in Verdim meldet, daß die Mehrzahl der Kurden sich unterworfen und zur Steuerzahlung bereit erklärt haben. Nach Meldungen des Wallis von Jemen sind auch die aufständischen Krader von den Regierungstruppen geschlagen. Ihre Verfolgung führe noch zu vereinzelten Zusammenstößen; die Kraft des Aufstands sei jedoch gebrochen.

Persien.

Der verbannte Schah.

Teheran, 9. September. Der ehemalige Schah ist heute nachmittags nach Rußland abgereist.

Marokko.

Neue Angriffe.

Melilla, 9. September. Die Militeure beschossen gestern Abend Alhucemas. Ihre Geschosse drangen in die Mauern des Theaters ein, verletzten jedoch niemand. Die spanischen Batterien erwiderten das Feuer und beschossen die Laufgräben und die Stellungen der Militeure, die diesen zum Schuß und zum Stützpunkt für ihre nächsten Angriffe dienen. Seit heute früh 7 Uhr unterhält die Infanterie ein langsames Feuer gegen das feindliche Lager. Um 2 Uhr nachmittags zeigten sich zahlreiche Gruppen von Militeuren, die jedoch nach auf sie gerichteten Artilleriefeuer nicht standhielten und sich in Sicherheit brachten.

China.

Das Abkommen mit Japan.

Das Wollfische Depeschembureau meldet offiziell: Nach uns vorliegenden Informationen schließt das japanisch-chinesische Wandschuren-Abkommen weder, wie von einigen Blättern behauptet wurde, eine Militärkonvention zwischen den beiden vertragschließenden Ländern in sich, noch richtet es seine Spitze überhaupt irgendwo gegen eine dritte Macht. Auch die Verhandlungen, die zum Abschluß des Abkommens geführt haben, haben sich ausschließlich auf die in dem Abkommen selbst niedergelegten ausschließlich auf die Wandschuren und Korea bezüglichen Punkte beschränkt.

Aus der Partei.

Lehren der Internationalen Gewerkschaftssekretärskonferenz.

In einer Vertrauensmänner-Versammlung der Metallarbeiter Wiens, die dem Generalstreik in Schweden gewidmet war, sprach als Hauptredner der Genosse Hueber, der Sekretär der österreichischen Gewerkschaftskommission. Er forderte zu schleuniger Vornahme von Sammlungen für die schwedischen Kämpfer auf und führte dann unter anderem aus:

So notwendig diese Sammlungen, erhöhte Leistungen für die schwedischen Arbeiter sind, so wenig haben wir uns vor den anderen Ländern zu schämen. Das reiche England hat 40 Pfund Sterling den schwedischen Arbeitern gewidmet, kaum mehr als 2000 bis 3000 fr. kamen aus Frankreich; nach Deutschland, Norwegen und Schweden kommen gleich die Desterreicher. Die Franzosen, die jeden Augenblick das Wort Generalstreik in den Mund nehmen, haben für die Schweden, die wirklich einmal ernst mit dem Generalstreik machten, nur gute Ratschläge, aber kein Geld. Ich war jetzt in Paris bei der Konferenz der Gewerkschaftssekretäre, aber ich bin froh, rasch wieder von dort weggekommen zu sein. Die französische Arbeiterbewegung hat mir gezeigt, wie gefährlich es ist, wenn die Parlamentarier immer mehr nach rechts rücken, sie haben dann bald die Arbeiter links gelassen. Wir dürfen den Zusammenhang nicht verlieren.

Wir müssen auch da von Schweden lernen. Die feste Einheit der Arbeiterbewegung muß uns wert bleiben, wir müssen uns klar sein, daß der Stimmzettel nicht das letzte Wort sprechen wird. Gewerkschaftlich lehrt uns Schweden die Notwendigkeit weitestgehender Zentralisation der Gewerkschaften. Die Schweden sind da schon weiter als die Arbeiter aller Nationen, viel weiter als die österreichischen Arbeiter und doch wollen sie die Zentralisation noch steigern auf ihrem nächsten Gewerkschafts-

Kongress. Die Schweden haben im Gegensatz zu den Franzosen bewiesen, daß der Enthusiasmus allein nicht ausreicht, daß die zähe Gewerkschaftsarbeit die Voraussetzung der großen imponierenden Leistung ist.

Man solle sich nicht einbilden, daß die Unternehmer in dem Sinne aus dem schwedischen Generalstreik lernen werden, daß sie ähnliche Kämpfe vermeiden werden. Die Unternehmer lassen uns im Gegenteil mit immer größeren Kämpfen rechnen. Das sollten wir uns fest einprägen, das sollte uns veranlassen, uns auf alle Eventualitäten vorzubereiten, eifrig, befestigend, das Klassenbewußtsein stärfend zu wirken.

Die Lehre, die Genosse Hueber aus der Betrachtung der französischen Arbeiterbewegung gezogen hat, ist für die deutschen Genossen sehr wertvoll. Um so mehr, als sie den Einbruch der Pariser Verhandlungen auf einen Genossen widerspiegelt, der, wie der Bericht über die Konferenz zeigt, sowohl durch und durch Gewerkschaftler als auch durch und durch Sozialdemokrat ist, und diese beiden Eigenschaften bei seiner Haltung auf der Sekretärskonferenz stets gleichmäßig zu bekunden gewußt hat. War er doch unter anderen der Wortführer jener Nationen, die sich gegen den Antrag der Franzosen auf internationale Gewerkschaftskongresse in einer Erklärung wandten, in der als einer der Gründe angegeben wurde, daß die Unterzeichner auf dem Standpunkt des gemeinsamen politischen und gewerkschaftlichen Kampfes stehen. Eine Erklärung, der sich die deutschen Vertreter leider nicht angeschlossen haben, wie wir denn überhaupt mit Bedauern haben sehen müssen, daß die deutsche Vertretung in der Befundung des sozialistischen Standpunktes auf der Konferenz nicht die Führung hatte.

Eine faule Ausrede.

Die Chemnitzer „Volksstimme“ sucht den argen Meinsall, den sie sich mit ihrem klöbigen Ausfall auf den „Vorwärts“ selbst bereitet hat, aus der Welt zu — torrigieren. Sie will unseren Nachweis ihrer glänzenden „Fähigkeit“, die sie bewies, indem sie die Veröffentlichung der angeblich so gefährlichen „Vorwärts“-Notiz noch am Tage der Wahl vornahm, durch folgende Ausrede entkräften:

„... Wer noch im 10. Kreise am Wahltag unsere Zeitung hätte lesen wollen, hätte den Wahltermin verpaßt, da sie erst in der 6. bis 7. Nachmittagsstunde herauskommt! ...“

„... El! Deshalb bringt also die Dienstagsnummer der Chemnitzer „Volksstimme“, die die gefährliche „Vorwärts“-Notiz veröffentlicht, auf der ersten Seite folgenden dreißigseitig gefestigten Aufsat:

Die Entscheidungsstunde ist da! Wähler! Parteigenossen! Arbeiter! Bürger! Wenn dieses Blatt in eure Hände kommt, neigt sich die Wahlzeit ihrem Ende zu. Wer noch nicht gewählt hat, alle, renne zur Wahl! Wer sein höchstes Bürgerrecht, das Wahlrecht nicht ausübt, zeigt, daß er der Ehrenrechte nicht würdig ist. Nur ein überwältigender Wahlsieg der Sozialdemokratie kann die Reaktion vor weiteren Schandtaten zurückzudrängen, kann Euch und dem ganzen deutschen Volke nützen. Macht die Steuer-schmach! Vergeltet den nationalen Wahlschwindel! Alle Mann an die Urnen! Wählt den Kandidaten der völkerverfeindenden Sozialdemokratie: Georg Schöpf!

Und deshalb enthält die Nummer noch einige Spalten Polemik gegen ein Wahlflugblatt des Ordnungsbreits und gegen Wahlortikel bürgerlicher Organe! Ausgerechnet deshalb, weil, wie die Donnerstagsnummer der Chemnitzer „Volksstimme“ sagt, der Wähler den Wahltermin verpaßt hätte, „der noch im 11. Kreise am Wahltag unsere Zeitung hätte lesen wollen“!

Wir lassen es bei dieser Probe der „Fähigkeit“ der Chemnitzer „Volksstimme“ bewenden und schieken ihr alle Lebenswünschlichkeiten, die sie in ihrer neuesten Notiz an uns reichlich verschwendet.

Budgetbewilligung in Leipzig.

Auf der jüngsten Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokratie hatte Genosse Fleißner scharfe Kritik geübt an der Haltung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Leipzigs bei der letzten Abstimmung über den städtischen Polizeietat. Die Fraktion zerplitterte sich dabei und einige ihrer Mitglieder stimmten zu. Auf der Landesversammlung fand sich kein Verteidiger dieses Verhaltens, nachträglich hat aber die Fraktion sich in einer Erklärung in der „Leipziger Volkszeitung“ zu rechtfertigen gesucht, worauf Genosse Fleißner ihr an selber Stelle kräftig erwiderte.

Wir haben im „Vorwärts“ mehrfach, so noch bei der Bewilligung des städtischen Budgets durch die sozialdemokratischen Stadtverordneten zu Frankfurt a. M. erklärt, daß unseres Erachtens die Bewilligung eines Gemeindefats nicht unter die Würdiger Resolution fällt und anders zu beurteilen ist, als die Bewilligung eines Staatsbudgets, da die Gemeinde schon nicht unabhängig in der Bewilligung ihres Etats ist. Die Frage, ob ein Gemeindefat anzunehmen oder abzulehnen ist, ist deshalb von Fall zu Fall, nach dem Inhalt des Budgets zu entscheiden.

Unbeschadet dessen ist es aber wohl selbstverständlich, daß Sozialdemokraten den Polizeietat nicht bewilligen können, weshalb die Haltung jener sozialdemokratischen Leipziger Stadtverordneten, die für den Polizeietat stimmten, starken Mißbillen hervorgerufen muß.

Verschiedene Parteiblätter haben denn auch den Fall gegen die Leipziger Sozialdemokratie ausschlagen zu sollen gemeint, die einen mehr spöttisch gegen die „rabulalen“ Leipziger, die derartige an eigenen Herd erleben müssen, andere mit lebhafter moralischer Entrüstung über diese Leipziger, die ständig andere Genossen schulmeistern wollen und dabei selbst soviel Dreck am Stecken haben. Kamentlich die „Dresdener Volkszeitung“ hat in die letztere Kerbe gehauen.

Diese Entrüstung ist, die uns veranlaßt, von der Sache noch nachträglich Notiz zu nehmen. Denn eigentlich ist sie schon erledigt gewesen, als sie publiziert wurde. Und zwar, weil die Leipziger Parteigenossen ihre Pflicht getan und ihre vom Wege abweichenden Vertreter zur Ordnung getuht haben!

Auf Antrag der Leipziger Parteileitung ist folgender Parteibeschluß gefaßt worden:

„Die Parteigenossen empfehlen der sozialdemokratischen Fraktion, den Polizeietat, unbeschadet ihrer Stellungnahme zu den einzelnen Positionen des Etats, die bewilligt werden können, abzulehnen.“

Dieser Beschluß paßt allerdings der Leipziger sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion nicht und in ihrer letzten Erklärung zielte sie auf eine Entscheidung des Parteitag hin, indem sie meinte, es könne erwartet werden, daß nimmere auch der bevorstehende Parteitag sich mit der Sache beschäftigen werde. Darauf hatte die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt, daß ihr diese Erwartung ganz unbegründet erscheine. Für die Leipziger Parteigenossen existiere in diesem Punkte überhaupt keine „Frage“. Hier haben die maßgebenden Parteinstanzen unter Anwesenheit und Zustimmung der Stadtverordnetenfraktion die „Frage“ schon lange gelöst, und das offensichtliche Bemühen der Leipziger Stadtverordnetenfraktion, diese gelöste „Frage“ von neuem wieder aufzurollen, ist total aussichtslos.“

Das paßt nun merklich besser auf die „Dresdener Volkszeitung“ ganz und gar nicht. Sie schreibt dazu: „Als voriges Jahr in ganz derselben Streiffrage die Süddeutschen ihre Budgetbewilligung als Landesfrage betrachteten wollten, da ging ein Spektakel los, der nicht zum Aushalten war. So werden „Prinzipienfragen“ behandelt!“

Die „Dresdener Volkszeitung“ vergleicht hier zwei Sachen, die ganz verschieden sind. Wenn die süddeutschen Parteigenossen vor dem Parteitag in derselben Weise wie die Leipziger Genossen ihre Vertreter angewiesen hätten, das Budget abzulehnen, wenn sie so dem Willen der großen Parteimehrheit entsprochen hätten, so hätte kein Anlaß zur Erörterung der Sache auf dem Parteitag vorgelegen, und der „Spektakel, der nicht zum Aushalten war“, wäre vermieden worden!

Handlanger der Reaktion.

Der Germania-Verband deutscher Bäckerinnungen fordert in einer Petition an den Bundesrat und den Reichstag eine Einschränkung des Streik- und Boykottrechts. So reaktionär dies Verlangen ist, braucht man sich doch nicht darüber wundern, daß es von Arbeitgeberern, noch dazu so rückständigen wie es die Bäckermeister sind, gestellt wird.

Die gelbe Organisation der Bäckergehilfen ist es, die sich auch in diesem Falle als getreuer Schildknappe der Unternehmer aufspielt und gegen die Rechte und Interessen der Arbeiterklasse Sturm läßt. Gleichzeitig mit den Innungen hat der gelbe Bund der Bäckergehilfen eine Petition an den Bundesrat und Reichstag gerichtet.

Das ist denn doch eine ganz unerhörte Behauptung. Bei jedem Streit sieht man, wie die Arbeitswilligen durch die Behörden nicht nur in der weitgehendsten Weise geschützt werden, sondern daß ihrem arbeiterverräterischen Treiben jede nur denkbare Förderung zu teil wird, während das Streikrecht weit über die Grenzen des § 153 hinaus durch die Handhabung von Straßenpolizeiverordnungen und andere polizeiliche Maßnahmen soweit beschränkt wird, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter geradezu als aufgehoben erscheint.

Angesichts dieser allgemein bekannten Tatsachen wagt es eine Gruppe von Arbeitern, zu behaupten, der § 153 der Gewerbeordnung biete den Arbeitswilligen keinen nennenswerten Schutz. Durch was für gesetzliche Maßnahmen die Arbeitswilligen noch weiter geschützt werden sollen, als es heute schon der Fall ist, das wissen die Gelben nicht zu sagen. Sie überlassen es dem reaktionären Teil der gesetzgebenden Körperschaften, die Mittel zu finden, welche der gelben Sumpfpflanze ein üppiges Wachstum garantieren, alle Bestrebungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter aber völlig unmöglich machen.

Wenn die Bäckermeister gesetzlichen Schutz gegen den Boykott verlangen, so sei darauf hingewiesen, daß dem zweifellos bestehenden Boykottrecht, sobald es von Arbeitern angewandt wurde, ebensoviele Hindernisse in den Weg gelegt worden sind, wie der Ausübung des Streikrechts. Als die Berliner Arbeiterschaft den streikenden Bäckern seinerzeit durch den Boykott zu Hilfe kam, da griff die Polizei sofort ein, indem sie auf Entfernung der Plakate drang, durch welche Bäckermeister anzeigten, daß sie die Forderungen der Gesellen bewilligt hätten, und die Gerichte sanktionierten den polizeilichen Kampf gegen die Plakate.

Man sieht also: Eine rückständige Arbeitgebererschaft Hand in Hand mit einer Gruppe von Arbeiterverrätern bemüht sich, um des eigenen Vorteils willen die Rechte der Arbeiterschaft zu vernichten und die reaktionärsten Bestrebungen zu fördern. Von der gelben Sippschaft kann man freilich nichts anderes erwarten.

Berlin und Umgegend.

Die Kaffeehausangestellten rühren sich.

Die neuen Steuern und ihre Folgen auf den Trinkgelberverdienst der Angestellten im Kaffeehausgewerbe beschäftigte eine am Montag früh in den „Germania-Blättern“ togende öffentliche Versammlung aller in den Berliner Cafés Beschäftigten. Der Reichstagsabgeordnete Eichhorn referierte über die allgemeine Wirkung der neuen Steuern und insbesondere wie gerade die Angestellten des Gastwirts- und Kaffeehausgewerbes durch die Abwälzung der Steuern auf das große Publikum dadurch in Mitleidenschaft gezogen würden insofern, als sie zwischen Profitgier der Arbeitgeber und den Abwehrbestrebungen der Konsumenten, infolge des lediglich aus Trinkgeld bestehenden Arbeitsverdienstes den Puffer abgeben müßten.

Referent und die nachfolgenden Diskussionsredner waren sich darin einig, daß das Publikum nicht mit Unrecht die Zahlung des 25fachen Aufschlages der Kaffeesteuer durch die von den Cafétiers getroffene Kaffeepreiserhöhung ablehne und sich einestheils durch Wegfall, andererseits durch Erniedrigung der sonst gewährten Trinkgeldquote schädlos halte. Das Publikum könne doch mit Recht verlangen, daß der Gastwirt und Cafétier ebenso wie jeder andere Arbeitgeber sein Personal den Leistungen entsprechend besolde. Statt dessen gingen aber gerade die Cafétiers von Tag zu Tag raffinierter gegen die Angestellten vor und ließen sich von den Keilern noch eine gewisse Pacht in Gestalt von allerschand Abgaben aus deren Trinkgelberverdienst zahlen, ja, brachten es soweit, daß die Angestellten zu betrüblichen Manipulationen greifen müßten, wenn sie das zum Leben notwendige verdienen wollten.

Die zum Wort gelangenden Redner wandten sich mit aller Schärfe gegen diese Vorgehensweise der Arbeitgeber und berurteilten auch das Gebahren eines hier noch bestehenden gelben Vereins, der fortgesetzt die durch den Zweigverein der Cafésangestellten des Verbandes der Gastwirtsgehilfen erzielten Verbesserungen durch Platzierung zu schlechteren Arbeitsbedingungen wieder zunichte mache. Die gut besuchte Versammlung nahm einstimmig (auch die anwesenden Gelben stimmten mit) folgende Resolution an:

Ein großer Teil der hiesigen Cafétiers haben die vom Schnaps-Block bewilligte Kaffeesteuer dazu benützt, um sich mit einem 25fachen Aufschlag derselben einen noch größeren Profit zu schaffen. Durch diese neue Schröpfung des konsumierenden Publikums haben die Einnahmen der Angestellten, welche noch immer lediglich in Trinkgeld bestehen, berast gelitten, daß es auch in der besten Stellung nicht mehr möglich ist, auf ehrliche Art und Weise eine auskömmliche Existenz zu finden.

Verantw. Redakteur: Emil Unger, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordneten hatten gestern in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien sich zu erklären zu dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der dem Magistrat die Pflicht zuwies, sofort die Verbindung mit der Erziehungsanstalt Mielczyn, dem durch die Enthüllungen des „Vorwärts“ gekennzeichneten Prügelstift in der „Ditmarsk“, vollständig abzubreaken. Diese Forderung entfeuerte eine sehr ausgedehnte und überaus lebhaft debattierte, deren Ergebnis ein geradezu vernichtendes Urteil über Pastor Breithaupt und seine ihn schützenden Gönner war.

Unser Genosse Dr. Alfred Bernstein, der an der Aufdeckung der Mielczynner Greuel hervorragenden Anteil gehabt hat, begründete den Antrag mit einer leidenschaftlichen Anklage. Er beleuchtete nicht nur die ungeheuerlichen Zustände, die er in der von Pastor Breithaupt geleiteten Anstalt vorgefunden hatte, sondern geißelte aufs Schärfste auch die gesamt Mißwirtschaft in der Fürsorgeerziehung. Auf die schweren Vorwürfe, die Bernstein dabei gegen den Magistrat richtete, antwortete Bürgermeister Reide mit der Versicherung des allertiesten Bedauerns darüber, daß in einer Anstalt der Stadt solche Dinge vorgekommen seien. Herr Reide blieb nur übrig, den prügelnden Pastor nahezu völlig preiszugeben. Er wollte es sich aber nicht verjagen, doch noch einen allerletzten Versuch zu machen, indem er auf das Vorleben der Mielczynner Jüglinge hinwies.

Preisgegeben wurde der Herr Pastor dann auch von den Freisinnrednern Cassel, Rosenow und Dove; es war das Klügste, was sie nach Lage der Sache tun konnten. Dagegen fand Stadtrat Münsterberg, der die Anstalt erst zu einer Zeit besucht hatte, wo dort nicht mehr viel festzustellen war, mildere Worte für den in Mielczyn immer noch seines Amtes waltenden Breithaupt. Münsterberg stellte ihm sogar das Zeugnis aus, daß er den Eindruck einer „angenehmen Persönlichkeit“ mache; und gleichzeitig bezeichnete er die Germanisierungspolitik, die der Herr Pastor da draußen in der „Ditmarsk“ mit der Peitsche zu fördern gesucht hat, als etwas durchaus Wünschenswertes. Der Herr Stadtrat schloß mit der Vorlegung eines Programms, das Änderungen in der Ausführung der Fürsorgeerziehung ankündigte. „Die Volkshaus hör' ich wohl!“ spottete ein Zwischenrufer.

Weber die Herren Reide und Münsterberg, noch die Redner der freisinnigen Mehrheit hatten versucht, die Angaben des „Vorwärts“ über Mielczyn zu bemängeln. Genosse Singer erklärte, daß der „Vorwärts“ in der Tat alle seine Angaben aufrecht zu erhalten in der Lage sei. Volle Aufklärung sei nur von einem gerichtlichen Verfahren zu erwarten, darum müsse man fordern, daß der Magistrat den Staatsanwalt anrufe, gegen Breithaupt selbstverständlich. Die zweideutige Haltung, die der Magistrat zu dieser Affäre bisher eingenommen hatte, die mit seinem Wissen betriebene Fretführung der öffentlichen Meinung, die die Würde des Magistrats preisgab, wurde von unserem Redner nach Gebühr geißelt. Schonungslos brandmarkte Singer die Erziehungsmethode des Mannes, den der Magistrat durch sich immer wiederholende Beschwichtigungsnotizen hatte verteidigen lassen.

Dem Bild der Anstalt Mielczyn und ihres Leiters Pastor Breithaupt wurden mit kräftigem Pinsel noch manche verbollständigende Striche hinzugefügt durch Genossen Stadthagen, der selber den Herrn Pastor an der Stätte seines Wirkens aufgesucht hatte. Stadthagen richtete auch in aller Form an den Magistrat die Frage, ob gegen Breithaupt bereits Strafantrag gestellt sei. Bürgermeister Reide nickte dabei lebhaft mit dem Kopfe, so daß man fast annehmen möchte, daß doch der Magistrat sich auf seine Pflicht noch besonnen habe. Unser Redner begründete noch einmal die Notwendigkeit, den mit der Anstalt Mielczyn geschlossenen Vertrag aufzuheben.

Der Ausschuss, dem der Antrag unserer Genossen schließlich überwiesen wurde, wird zu der Ueberzeugung gelangen müssen, daß nicht eine bloße Befreiung des Pastors Breithaupt, sondern ein völliger Bruch mit der hinter ihm stehenden Gesellschaft gefordert werden muß. Die Redner des Magistrats hatten allerdings keinen Zweifel darüber gelassen, daß der Magistrat hierfür nicht zu haben ist.

Im letzten Teil der Sitzung wurde noch über die Einsprüche gegen die Gemeindevählerliste verhandelt. Genosse Borgmann rügte das Verfahren, das bei der Aufstellung dieser Liste befolgt worden ist und auf eine Schädigung der Arbeiterbevölkerung hinausläuft. Er brachte dabei auch zur Sprache, daß bei der Aufstellung der Landtagswählerliste, gleichfalls unter schwerer Schädigung der Arbeiterbevölkerung, geradezu die gesetzlichen Bestimmungen außer acht gelassen worden sind. Die Einsprüche gegen die Gemeindevählerliste werden nun von dem ständigen Wahlprüfungsausschuss noch näher zu untersuchen sein.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Was sagen Sie nun, Herr Peary?

Santiago de Chile, 9. September. (W. L. W.) Der belgische Ingenieur Max Van Rysselberghe, der ehemalige Begleiter Dr. Cooks auf seiner antarktischen Expedition in den Jahren 1897/99 an Bord eines belgischen Schiffes, erklärte, er kenne Cooks Energie und Enthusiasmus für Polarexpeditionen, und fügte hinzu, er wisse dessen Erklärungen vollen Glauben bei.

Die Folgen der Tabaksteuer.

München-Gladbach, 9. September. (W. S.) Wegen der Wirkung der Tabaksteuer kündigte die Zigarrenfabrik von Gustav Raabe in Oberkirchen sämtlichen Arbeitern.

Schön ist das Soldatenleben.

Würzburg, 9. September. (W. S.) Beim Rückmarsch vom Mandersfelder wurden heute nachmittags etwa 30 Mann vom 14. Infanterieregiment vom Ditschlag getroffen. Drei schwer Erkrankte wurden in das hiesige Garnisonlazarett, die übrigen mittels Wagen in ihre Quartiere gebracht. Die Truppen waren seit heute morgen, etwa 9 Stunden, auf dem Marsch.

Aus diesem Grunde sehen sich die Angestellten nunmehr veranlaßt, gegen die weitere Heranziehung der Keilner zu den Geschäftskosten durch die von seiten der Arbeitgeber erhobenen Abgaben, wie Trinkgelbprocente, Bruchgeld, Anschaffung von Streichhölzern, Zeitungen usw. energisch zu protestieren und verlangen die Beseitigung dieser geradezu skandalösen Zustände.

Die Verammelten sehen in dem Zweigverein der Cafés-Angestellten des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen die einzige Interessensorganisation und beauftragen daher dessen Vorstand mit der Ausarbeitung eines Lohntarifes, in dem vor allen Dingen die Abschaffung aller Abgaben, ganz gleich, in welcher Form sie erhoben werden, zu fordern ist.

Um den nur aus Trinkgeldern bestehenden Einnahmen eine gewisse Stabilität zu verleihen, ist für die angestellten Beschäftigten ein kleines Monatsgehalt und für die Ausfühler ein garantierter Lohn zu verlangen.

Einer demnächst erneut einzuberufenden öffentlichen Versammlung ist der fertiggestellte Tarif zur Annahme zu unterbreiten, und wird dieselbe dann auch über die weiter zu ergreifenden Maßnahmen Beschlüsse fassen.

Deutsches Reich.

Streikbrechervermittlung anstatt Unterstützung für die Tabakarbeiter.

Nun hat die Bestimmung des Artikels 11a der Ausführungsbestimmungen zum neuen Tabaksteuergesetz in der Tat schon zu dem geführt, was in Arbeiterkreisen befürchtet wurde.

Die Zigarrenfabrik Wüchmann u. Nolte in Burgdamm bei Bremen unterhält in Werffen bei Bünde (Westfalen) eine Filialfabrik. In dieser Filialfabrik sind — wie wir schon berichteten — die Tabakarbeiter wegen Lohnreduktionen ausständig. Die Firma hat sich nun an das Amt Emigloh gewandt und um Ueberweisung von Tabakarbeitern, die die Staatsunterstützung beantragt haben, nachgesucht. Und dieses Ansuchen hat das Amt nicht etwa abgewiesen. Obgleich die Arbeiter erklärten, sie nähmen keine Streikarbeit an, ließen sie sich dennoch bewegen, sich schriftlich zur Annahme der Arbeit zu verpflichten. In Arbeit getreten ist zwar allerdings noch keiner.

Der Reichstag hat bei der Bewilligung der 4 Millionen und der Bundesrat bei Abfassung der ominösen Gesetzesbestimmung sich die Sache wohl doch nicht so gedacht, daß die Behörden sich als Streikbrechervermittler etablieren könnten, um unterstützungsnachsende Tabakarbeiter Arbeitsstellen zuzuwiesen, die die Arbeiter wegen Lohnunterschieden verlassen müßten. Gegen das Vorgehen des Amtes in Emigloh wird daher sofort bei der Regierung Beschwerde eingelegt werden müssen, um zu verhindern, daß dem bösen Beispiele noch andere folgen.

Denn wenn das Vorgehen gutgeheißen würde, könnten sämtliche arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter zur Streikarbeit verpflichtet werden, und sie würden der Staatsunterstützung verlustig gehen.

Eine gründliche Abfuhr der „Rationalen“.

Daß auch die nationalen Arbeiterorganisationen, sobald sie unbequem werden und Forderungen stellen, das „Wohlfühlen“ ihrer Arbeitgeber in derselben Form zu spüren bekommen, wie die freien Gewerkschaften, trotz Hurrahschreien und sonstiger Gefinnungsäußerung, lehrt folgender Vorfall:

Der Trierer Verband der Eisenbahner hatte auf dem kürzlich abgehaltenen Frankfurter Bezirkstage Forderungen aufgestellt, so u. a. Lohnserhöhung, Einführung der neunstündigen Arbeitszeit für alle Betriebe (Bücherboden, Strecke), Abschaffung der Afford- und Brämienarbeit, Errichtung von Arbeiterausschüssen, und diese der Frankfurter Eisenbahnverwaltung unterbreitet. Darauf ist dem Bezirksvorsitzenden zur Befamitgabe von der Direktion folgendes kennzeichnende Dokument zugegangen:

Frankfurt a. M. Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 15. d. M. und haben von dessen Inhalt Kenntnis genommen. Der Anregung von Ihrer Seite hätte es indessen nicht bedurft, da Vorrichtung getroffen ist, daß wir über die Wünsche unserer Bediensteten durch die Arbeiterausschüsse und, wo solche nicht bestehen, durch die Angestellten selbst und ihre Vorgesetzten unterrichtet werden. In eine Erörterung dieser Wünsche einzutreten sind wir nur mit den Arbeiterausschüssen als den berufenen Vertretern der Interessen unserer Arbeiterschaft in der Lage.

Das heißt doch auf gut deutsch: „Wir wollen mit euch Watschlappen nichts zu tun haben und bleiben Herren im Hause!“

Auf diese moralische Ohrfeige weiß das Trierer Verbandsorgan weiter nichts zu erwidern, als folgende Sätze zu stammeln:

„Das Schreiben ist in seinem Inhalt klar und bedarf keines Kommentars nicht. Wir haben nur leider keine großen Erfolge bei den wirklichen Interessentenvertretern konstatieren können. Öffentlich wird es künftig damit besser.“

Kein Aufbäumen gegen eine solche Behandlung, keine Kritik darüber in ihrer Zeitung, nur Hoffnung auf künftige Besserung bei den wirklichen Interessentenvertretern.

Wenn die Trierer jetzt über schlechte Behandlung klagen, so geschieht ihnen, wie sie es für ihre Arbeiterpersönlichkeit nach Fachabteilungsnummer nicht besser verdienen. Waren sie es doch, die, u. in ihrer Zeitung, trotz religiöser und politischer Neutralität, für die bürgerlichen Kandidaten Propaganda machten.

Wollen die Eisenbahner in Frankfurt a. M. und Umgegend ernstlich eine Verbesserung ihrer Lage herbeiführen, so müssen sie den Trierern den Rücken kehren und sich der Reichsaktion der Eisenbahner anschließen.

Weitere Vereinbarungen zwecks Vermeidung von Arbeiterentlassungen in der Brauindustrie.

In Verhandlungen der Leitung der Zählstelle Leipzig des Brauereiarbeiterverbandes mit der Brauereivereinigung Leipzig wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Die der Bezugsgruppe Leipzig des Brauereibereins Leipzig angehöriigen in Leipzig und dessen Umgebung angefahrenen Brauereien verpflichten sich, bis zum 30. September 1909 keine Arbeiter auszustellen, die durch den Konsumrückgang infolge der Preiserhöhung entbehrlich werden. Ausgenommen hiervon sind jedoch die regelmäßig im Betriebe alljährlich gegen Ende der Sommeraison erfolgenden Ausstellungen. Nach dieser Zeit soll in Ausnahmefällen nur erfolgen, daß Ausstellungen infolge des Konsumrückganges nur erfolgen sollen bei größeren Brauereien, wenn der Konsumrückgang über 15 Proz. bei kleineren, wenn er über 10 Proz. erreicht, und zwar im Verhältnis des Konsumrückganges. Unter kleineren Brauereien sind solche zu verstehen, die bis 2000 Doppelzentner jährlichen Malzverbrauchs haben. Sollte in der Zwischengzeit der Boykott von der sozialdemokratischen Partei als solcher oder den Gewerkschaften ausdrücklich beschloffen oder erklärt werden, so ist die vorstehende Abmachung hinsichtlich. Bevor die Ausstellungen, die für die Zeit nach dem 1. Oktober 1909 vorgesehen sind, in Kraft treten, werden die beiden hier vertretenen Organisationen in nochmalige Verhandlung eintreten. Diese Vereinbarung hat, abgesehen von dem Fall der offiziellen Boykottklärung durch Partei und Gewerkschaft, Gültigkeit bis zum 30. April 1910.

Für den schwedischen Generalstreik.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen ferner für die auspersperren und im Generalstreik stehenden schwedischen Arbeiter ein:

- Liste 7125 Arbeiter v. Neubau Schlingende, Spandau 6,05. 2858 d. Gedr. 13,30. 8029 u. 8030 Buchdruckeri. Postische Rig. 3. Rate 40. ...

- 3061 17. 3062 25,45. 3063 25. 3712 8,80. 3238 Bergemann Rowen- ...

Gelder, welche per Post eingesandt werden, sind an A. Rörster, Engelfuser 15 I zu senden. Alle Sammlungen sind sofort in unserem Bureau, Engelfuser 15 I, Zimmer 23, vormittags zwischen 9-12 1/2 Uhr und nachmittags zwischen 4-7 1/2 Uhr abzuliefern.

Die Listen 3295, 3687, 1104, 7248, 5282, 5285, 1800, 2614 und 6542 sind verloren gegangen und sind beim Vorzeigen anzuhalten. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Der tschechische sozialdemokratische Parteitag.

Wien, 8. September. Der heutige Vormittag war mit der Debatte über das Referat Dr. Schmalzer über: Die nationale Frage und die Sozialdemokratie ausgefüllt. Die Ansichten der Redner gingen ziemlich stark auseinander.

Der zweite Referent, Dr. Rejzner behandelt vornehmlich das Verhältnis der Großbauern zu den Häusern in der Verwaltung der Landgemeinden. Er beantragt eine Resolution, in der die sozialdemokratischen Vertreter in den ländlichen Gemeindevertretungen aufgefordert werden, ihre besondere Aufmerksamkeit der Erhaltung des Ge-

meindevermögens zuzuwenden. Wo Weideland im Eigentum der Gemeinde ist, soll es der ärmeren Bevölkerung unentgeltlich oder gegen eine geringe Gebühr überlassen werden. Ebenso sollen Grundstücke der Gemeinde den ärmeren Inwohnern in Pacht gegeben werden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Ueber das allgemeine, gleiche Wahlrecht für die Landtage und Gemeindevertretungen

referiert Abg. Remec. Er beantragt eine Resolution, worin die Parteivertretung aufgefordert wird, im Einvernehmen mit der Landesregierung alle Vorbereitungen zu treffen, damit eine energische Agitation für die Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes für den böhmischen Landtag, sowie für die Bezirks- und Gemeindevertretungen eingeleitet werde.

Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Bei der Fortsetzung der Verhandlung des Punktes „Organisation“ werden die Anträge der Beratungskommission angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt und der neunte Kongress der tschechischen Sozialdemokratie geschlossen.

Stadtverordneten-Versammlung.

24. Sitzung vom Donnerstag, den 9. September 1909, nachmittags 5 Uhr.

Mit der heutigen Sitzung nimmt die Versammlung, die am 29. Juni in die Sommerferien gegangen war, ihre regelmäßige Arbeit wieder auf. Die Tagesordnung umfasst 88 Nummern, wovon indessen 22 der geheimen Sitzung vorbehalten sind und 18 Rechnungslegungen betreffen. Von den übrigen 48 Gegenständen ist diesmal das Verzeichnis der gegen die Richtigkeit der Wählerliste erhobenen Einwendungen ganz außerordentlich umfangreich, da nicht weniger als 3230 Anträge auf Nachtragung, 92 auf Umtragung und 311 auf anderweitige Veränderungen gestellt worden sind.

Nach 5 1/2 Uhr eröffnet der Vorsitzende die Sitzung. Unmittelbar vorher haben die Abteilungen zwei Ausschüsse gewählt, deren Einsetzung bereits vor den Ferien beschlossen worden war:

- 1. für die Vorlage betreffend die Frage der Neueinteilung der Gemeindebezirke III. Abteilung, 2. für das „Ortsstatut zum Schutze der Stadt Berlin gegen Verunstaltung.“

Im ersten Ausschusse ist die sozialdemokratische Fraktion durch die Stadtv. Borgmann, Bruns, Singer, Tollstedt vertreten. Einem ehrenvollen Nachruf widmet der Vorsitzende dem Anfang Juli verstorbenen städtischen Gartendirektor Rüdiger und dem gestern verstorbenen Polizeipräsidenten Dr. Stubentau.

Für den verstorbenen Stadtv. Dr. Langerhans ist in zahlreiche Ausschüsse, Deputationen usw. Ersatz zu wählen. Für den Ausschuss für Besoldete ist der Vorsitzende Michalek gemeldet, für den großen Rat der Handelsschule Vorsteher-Stellvertreter Cassel. Um die vakante Stelle in der Krankenhausdeputation konkurrieren die Stadtv. Galland und Reimann (A. L.), Dr. Isaac (A. L.) und Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.). Zur Stützungsdeputation haben sich der Vorsitzende Michalek und Stadtv. Pannsch (Soz.) gemeldet, zur Deputation für Kunstgewerbe Stadtv. Galland (A. L.) und Dupont (Soz.). Die Meldungen Galland, Isaac und Reimann für die Krankenhausdeputation werden zurückgezogen. Durch Jurauf werden in die betreffenden vakanten Posten gewählt die Stadtv. Michalek, Cassel, Dr. Kuhlmann; im übrigen werden die Wahlen durch Stimmzettel in der nächsten Sitzung vorgenommen werden. Der tägliche Verpflegungssatz für die städtischen Heimstätten soll vom 1. Oktober d. J. ab von 2,20 M. auf 2,50 M. erhöht werden.

Stadtv. Dr. Wenz (Soz.): Wir lehnen diese Vorlage mit aller Entschiedenheit ab, weil sie uns geeignet scheint, die Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung zu schädigen. Die Vorlage ist offenbar ein neuer Beweis für den neuen Kurs, den der Kammerer

gemacht. Die Ausführung des Planes soll etwa 400 Millionen Mark kosten. Nun scheinen sich aber der Realisierung doch erhebliche Hindernisse in dem Weg zu legen, wie der Kapitän Augineur in der Zeitschrift „La Géographie“ berichtet. Denn, trotzdem Willcocks einen Reingewinn von jährlich etwa 75 Millionen Mark garantieren zu können glaubt, sind in dem finanziell an und für sich schwachen türkischen Reich keine so hohen Summen aufzubringen; und die Heranziehung ausländischer Kapitalien dürfte in diesem Wetterwinkel an der bekannten Eifersucht der dabei interessierten Großmächte vorläufig scheitern.

Musik.

Die Aufführung von A. Lohngings „Wildschütz“ in der Romischen Oper am Mittwoch bedeutet wieder einen Schritt nach vorwärts in dem Bestreben, die gegenwärtige musikalische Bühnenkunst auf Opern aus einer andersartigen Zeit anzuwenden. Das Werk selbst wurde in den letzten Jahren hier oft und oft gespielt - von der „Königlichen“ an bis zur kleinsten Sommeroper. Um so erfreulicher die jetzige Darbietung! Die „Romische“ hatte von Anfang an das schärfste und überausste, naturalistische und übernaturalistische Charakterisieren zu ihrer Aufgabe gemacht, mit den von uns stets belagerten zappeligen Uebertreibungen. Als das größte Verdienst in dieser Richtung haben wir den Gebrauch eines kleinen, nicht als Klasse, sondern als Gesellschaft von Individuen behandelten Chores bezeichnet.

So nun auch hier. Dazu die Einsetzung des Abends: Erica Bedekind als Barontin Freimann. Die „Dresdener Nachtigall“, die wohl berühmteste Vertreterin des Schönheitsgesanges, paßt allerdings in dieses Ensemble etwa so, wie der Wiedermeierhut zum Sportkostüm. So lebhaft die übrigen ihre Gesangstechnik in den Dienst des Geistes zu stellen versuchten und so reichlich beispielsweise unser mächtvoller Volk 2. Mantler in der Vocalrolle die Klangfarben seiner Stimme gemäß der Bedeutung des Gesungenen variierte: so wenig ist dies bei der Nachtigall der Fall. Im Temperament allerdings, in Anmut und Beweglichkeit übertraf sie ihre Partner und sogar das Orchester.

Notizen.

Goethes Handzeichnungen wird das Goethe-Nationalmuseum in Weimar herausgeben. Das Werk soll außer zahlreichen anderen Zeichnungen und Abdrucken von der Hand Goethes, auch seine ersten aus der Leipziger und Strahburger Zeit enthalten. Darunter ist eine Abbildung des Selendiner Pfarrhauses, aus deren Rückseite die Schriftzüge Friederichs Brions zu sehen sind.

Die allgemeine deutsche Biographie soll demnächst zum Abschluß gelangen. In Angriff genommen wurde das große Werk von der Münchener Akademie der Wissenschaften vor fünfzig Jahren. Zum Winter soll nun der fünfundfünfzigste Band erscheinen, der den Text abschließt. Es fehlt dann nur noch das Generalregister, dessen Drucklegung im nächsten Jahre beginnen soll.

Kleines Feuilleton.

Peary und Cool. Peary hat aus Wattle Harbour ein Telegramm abgeschickt, das einen ersten kurzen Bericht über seine Expedition enthält. Dieser Pearysche Bericht unterscheidet sich von den sensationellen Depesche Cooks an den „New York Herald“ durch seine auffällige Trockenheit und Magerkeit. Er enthält im wesentlichen nur Angaben über die Zeitpunkt, an denen bestimmte Breitengrade auf der Schlittenreise von Kap Columbia auf Grant-Land nordwärts erreicht wurden. Danach verließ Peary Kap Columbia am 1. März 1909 und erreichte, wiederholt durch offene Wasser aufgehalten, den Nordpol am 6. April dieses Jahres. Die Rückreise wurde am folgenden Tage angetreten. Am 23. April erreichte man Kap Columbia und schiffte sich am 27. April auf dem „Roosbeek“ wieder ein. Die Schlittenfahrt vom Nordpol bis zum Kap Columbia hat also bloß sechzehn Tage gedauert, womit sich denn ein Bedenken erledigt, das gegen Cooks Angaben geltend gemacht worden ist: die Schnelligkeit der Bewegungen Pearys ist offenbar wenigstens ebenso groß gewesen, wie die Cooks auf seiner Einfahrt. Alle Teilnehmer der Expedition sind wohlbehalten in Indian Harbour eingetroffen, mit Ausnahme des Professors Karwin, der während der Schlittenfahrt vom Nordpol zurück 46 Meilen nördlich vom Kap Columbia erkrankt. Sonst ist an dem lafonischen Bericht Pearys bloß noch bemerkenswert die eigenartige Art, womit er wiederholt von den verschiedenen „Refords“ spricht, die an bestimmten Punkten „geschlagen“ wurden: da wird am 23. März der nordwestliche, am 24. der italienische, am 28. der amerikanische „Reford geschlagen“, gerade als wenn es sich um ein sportliches Ereignis, etwa um ein Rennen, handelte. Von der sonderbaren Ausdrucksweise Pearys ist man hierzulande vielfach nicht besonders erbaud, und ebenso machen ihm viele die Festigkeit zum Vorwurf, womit er Cook angreift, ohne daß er gleichzeitig genügend Beweismaterial für seine Angriffe beibringt. In einer Depesche an seine Frau wiederholt Peary die Behauptung, daß die Eskimos ausgesetzt hätten, mit Cook nie außer Sicht von Land gekommen zu sein. Cook ist Peary die Antwort nicht schuldig geblieben. Er bezeichnet die Angriffe seines Rivalken als Verleumdungen und teilt mit, daß Kapitän Enderup auf Cooks Kosten eine Expedition antreten wolle, um die bewußten Eskimos aufzufuchen und in den Bereich der Zivilisation zu bringen. Damit wäre dann also die Möglichkeit gegeben, diese Zeugen einer Vernehmung durch Inbeteiligte zu unterziehen. Gleichzeitig erklärt sich Cook nochmals bereit, seine Weisheitslehre gelehrten Körperchaften zur Prüfung zu unterbreiten. Er ist am Donnerstag von der Universität Kopenhagen zum Ehren doktor promoviert worden. Auch sonst halten zahlreiche gewichtige Stimmen an seiner Glaubwürdigkeit fest, darunter Polarforscher wie Nordenfjöld, Enderup und Arctowski. Dieser letztere erklärt die ganze Welt für verrückt und Cool für ein Genie, will aber auch nicht entscheiden, ob Cook wirklich am Nord-

in seiner letzten Etatsrede ankündigte, den neuen Kurs, der mit der Erhöhung der Sätze für die städtischen Krankenhäuser begann. Sagt dort vielleicht wirklich eine Zwangslage vor, so keineswegs für die Heimstätten, bei denen von einer Konkurrenz doch nicht die Rede sein kann. Eigentümlich, daß man in der Zeit des Kampfes gegen die Tuberkulose den Eintritt der Tuberkulösen in die Heimstätten erschwert. Wir warten andererseits immer noch auf die Errichtung des großen Tuberkulosekrankenhauses, das längst geplant ist. Weiter ist eigentümlich die Bemerkung der Begründung, daß die Heimstätten den Charakter von „Wohltätigkeitsanstalten“ hätten; das stimmt doch nicht und entspricht auch nicht dem modernen Juge; höchstens daß man von ihnen als Einrichtungen der Wohlfahrtspflege sprechen könnte. Sie sind nahezu ebenso notwendig wie unsere Krankenhäuser. Die Allgemeinheit muß eine Zubehöre zu diesen Einrichtungen leisten, da auch ihr Interesse dabei in Frage steht, man denke nur an die Epidemiegefahren. Die Hauptleidtragenden werden unsere Krankentassen sein, die 4/5 aller Leistungen aufgebracht haben. Die Kreise, aus denen sich die Mitglieder in Krankentassen zusammenschließen, werden ohnehin von der Feuerung und Arbeitslosigkeit aufs heftigste getroffen. Am letzten Ende aber wird der Stadtsäckel doch keine Erleichterung durch die neue Maßnahme erfahren. Die Vorlage ist inhuman, bürokratisch und fiskalisch, ja sie macht geradezu in fiskalischer Hinsicht die „Selbstkosten“ sollen im Laufe der letzten Jahre gestiegen sein. Die Heimstätten für Melancholischen arbeiten außerordentlich billig; im Durchschnitt der letzten fünf Jahre betragen die Selbstkosten 244 M., aber 250 M. sollen hinfort bezahlt werden! Von diesem Verhältnis scheint der Magistrat keine Ahnung zu haben. Es kann doch nicht die Absicht sein, auf Kosten der armen Leute für den Stadtsäckel einen Profit herauszuschlagen. Die Vorlage muß daher abgelehnt werden, wenn man Berlin seinen guten Ruf erhalten will.

Stadtverordneten Dr. Weyl: Nicht nur für die Beteiligten, sondern auch für den Stadtsäckel ist der Zeitpunkt der Einbringung der Vorlage sehr ungünstig; aber die Verhältnisse haben uns gezwungen. Die für die Selbstkosten in der Vorlage gegebenen Zahlen sind durchaus zuverlässig. Bei der Begründung der Anstalten ist ausdrücklich festgelegt, daß sie als Wohlfahrtsanstalten zu gelten haben. Stadtver. Deutsch (soz.-fortschr.) beantragt Ausschuhberatung. Da 1/2 der Kosten von den Krankentassen zu tragen seien, müßte erzwungen werden, ob der finanzielle Effekt für die Stadtkasse so erheblich sei, daß man zu einer solchen Maßnahme greifen müsse. Die Einsetzung eines Ausschusses wird abgelehnt. In der zweiten Beratung bemerkt Stadtver. Dr. Weyl, daß seine Berechnungen für die letzten fünf Jahre und für die Heimstätten für Genußgüter auf den amtlichen Quellen beruhen. Die Begründung spricht eben nicht von Wohlfahrtsanstalten, sondern von Wohltätigkeitsanstalten. Stadtver. Sachs (N. L.): Herr Dr. Weyl greift zwei Anstalten heraus; hier handelt es sich aber um das ganze Heimstättenwesen. Die Arbeitslöhne sind auch gestiegen. (Rufe: Wo denn!) Der Magistratsantrag wird angenommen.

Mielczyński.

Am 23. August haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Arons u. Gen. den Antrag eingereicht: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Fürsorgezöglinge, welche in der Anstalt Mielszky untergebracht sind, sofort zurückzuführen.“ Es ist Ausschuhberatung beantragt.

Stadtver. Dr. Bernstein (Soz.):

Zediglich in dem Wunsche, unseren Mitbürgern zu dienen und ein schweres Unrecht wieder gut zu machen, stellen wir unseren Antrag. Dieses schwere Unrecht wirkt seine schwarzen Schatten auf unsere ganze Verwaltung; es gilt, einen Malek auszulösen. Wir haben schon bei der Beratung der Vorlage wegen Unterbringung der Fürsorgezöglinge in Mielszky unsere Bedenken vorgebracht; Sie haben sie nicht beachtet, und nun ist die Katastrophe da! Ich wünsche ja, es wäre unwahr, was ich ärztlich konstatiert habe, aber es ist wahr, und es ist nicht daran zu rütteln, auch wenn Sie eine ganze Zahl von Experten gegen mich aufstellen würden.

Was soll denn nun eigentlich geschehen? Mit den Prügelgefeinden kann phrasen diskutieren ich nicht; ihnen gegenüber heißt es einfach: handeln! Es herrschen auf dem Gebiete der hohen Politik dieselben Verhältnisse wie auf dem engen Gebiete der kommunalen Pädagogik; es gibt Persönlichkeiten, welche die soziale Bewegung in einem Meer von Arbeiterblut ertränken möchten, und nur der Blick auf die hinter und stehenden Massen bringt diese Herrschaften zur Besinnung. (Unruhe.) Es ist ein Beispiel statuiert worden; dieses Beispiel ist sicher den Wodschwingischen in die Glieder gefahren; die Wodschwingische Schule ist auf's Innerste erschüttert. Ich hoffe, daß Sie unter dem Eindruck dessen, was festgelegt ist, unserem Antrage zustimmen werden. Wir verlangen, daß sämtliche Zöglinge von Mielszky fortgenommen und anderweit untergebracht werden. Ihr Berechtigtheitsgefühl wird Mißstände, welche durch die Sozialdemokratie konstatiert worden sind, nicht mit einer eleganten Handbewegung beiseite zu schieben suchen. Unsere Revisionen liegen im Argen. Nachdem die Mäher in Kolliten festgesetzt war, wurde gefragt, wer zu revidieren bereit sei. Kollege Bruns und ich haben sich zu jeder Revision bereit erklärt, aber freiwillig hat man uns keine Revision übertragen. Am 25. Juni wurde mir ein aus Mielszky entlaufener Jüngling vorgeführt, der schwere Wundmale aufwies und die schwersten Beschuldigungen gegen die Anstalt erhob. In der Deputationsitzung am folgenden Tage war der Restrain der dort gehaltenen Reden; daß sich ein alter Mann von einem raffinierten Fürsorgezögling habe an der Nase herumführen lassen! Ich verlangte Revision, aber es verging ein Monat und mehr. Da erschien

der „Vorwärts“-Artikel,

der wie eine Bombe einschlug, und nun wurde die Revision angeordnet, und ich ging mit einem Magistratsrat nach Mielszky. Dort hatte bereits ein staatlicher Vertreter residiert. Der teilte mir mit, es sei zugegeben, daß der Pastor Breithaupt

an einem Tage einem Zögling 100 Peitschenhiebe verabfolgt

hatte. (Bewegung und Pfuihufe.) Als die Jungen nun einzeln vorführt wurden, warnte Pastor Breithaupt die Revisoren: „Nehmen Sie sich vor dem Jungen in acht! Das ist einer der raffiniertesten Lügner!“ — Ich untersuchte den Betroffenen und bemerkte

unter der Ferse eine eiternde Wunde, herrührend von der Felleisung!

(Bewegung.) Der Junge erzählte eine lange Passionsgeschichte, und als der Magistratsrat meinte: „Junge, wie soll man Dir denn alles glauben?“ sagte ich den Jungen scharf ins Auge: „Junge, sprichst Du die Wahrheit?“ Und das Feuer der Wahrheit leuchtete aus seinen Augen; er sprach die Wahrheit. Legen Sie sich jeder einzeln die Frage vor: „Was geschähe, wenn Dein Sohn so behandelt worden wäre?“ Ich kam zurück in der Ueberzeugung, der

Augiastfall

wird und muß in Kürze ausgelegt werden. Aber nach der Rückkehr eröffnete mir der Vorsitzende der Deputation den Magistratsbescheid: „Die schlichten Jungen sollen fortgenommen werden, die guten bleiben da; an eine Aenderung sonst denkt man nicht.“ Da sprang ich entrüstet vom Stuhle, aber es hieß:

„Wir können nichts ändern!“

Als ich den Oberbürgermeister zu sprechen verlangte, hieß es: „Der ist verzeilt, könnte Ihnen aber auch keine andere Auskunft geben.“ „Ja“, frage ich mich, ist es denn möglich, daß eine Wöhrde, in der so viele Männer mit ihrem Ehrgefühl und strengem Rechtsinn sitzen, sich zum Träger eines solchen Systems macht? — Hier handelt es sich nicht nur um die Interessen der Berliner Wäckerlichkeit, so laute ich mir weiter. Wer spielt die hohe Politik,

die Ostmarkenpolitik?

hinein! Hier haben einflussreiche, fromme Persönlichkeiten die Hände im Spiel.“ (Unruhe.)

„Das System Wodschwingh soll gestrichelt werden“

Das Mielszkyner Institut gehört ja dem „Evangelischen Verein zur Verbreitung des Christentums in den Ostmarken“ — mehr brauche ich nicht zu sagen.

Weiter darf ich wohl hier die Frage aufwerfen: „Wie sieht denn die Aufsichtsbühde zu diesem Generalstab?“ Sie ist die sublimste Wäde aller Weisheit. Sie hat seinerzeit einem Manne den Eintritt in die Schuldeputation verweigert, weil er ein Sozialdemokrat war, aber denen, die aus der Hochschule für Pädagogik hervorgegangen sind, denen vertraut sie diese Jugend weiter an — es ist zum Totkahn! Es herrscht da eine höchst gefährliche Personalunion: der scheinheilige Pfaffe und der Unteroffizier! Auf diesen Anstalten lastet die ganze Schwachveraltete militärischer Anschauungen und der engstirnigen Konfessionalität; alles ringt um die Palme der Unzulänglichkeit. Treten Sie dieser Vereinigung von Pfaffen und Junkertum entgegen!

Bürgermeister Dr. Reide:

Es ist keine leichte Aufgabe, in diesem Augenblick Rede und Antwort zu geben. Dennoch begrüße ich die Interpellation mit Freuden. Namens des Magistrats gebe ich auch von dieser Stelle aus dem allerliebsten Bedauern Ausdruck, daß in einer städtischen Anstalt solche Dinge erlebt worden sind. Der Magistrat hat einstimmig das Verhalten des Leiters der Anstalt verurteilt. Wir haben uns allerdings davor gehütet, das Kind mit dem Bade auszuschütten; wir dürften unsere Entschlüsse nur nach sorgfältigster Erwägung des Vorliegenden fassen. Stadtrat Münsterberg hat die Dinge an Ort und Stelle untersucht und wird sich darüber noch auslassen.

Die erste Runde

dabon hat der Magistrat aus einem Artikel im „Vorwärts“ vom 23. Juli bekommen. Die Untersuchung hat am 26. und 27. Juli stattgefunden, am 30. Juli wurde der Bericht eingereicht. In der nächsten Magistratsitzung kamen die Sachen zur Sprache, faumfelig ist also nicht Verfahren worden. Wichtig ist, daß die Waisenverwaltung die Dinge etwas früher schon kannte: Am 25. Juni erschien ein von Mielszky entlaufener Jüngling im Hause der Waisenverwaltung und gab im Beisein seiner Mutter eine ganze Reihe von Beschuldigungen gegen den Leiter an, besonders die in großem Umfange verhängten Prügelstrafen. Der Vorsitzende der Waisenverwaltung verfügte, daß am 1. Juli ein Magistratsrat und Dr. Bernstein residieren sollten. Aber Dr. Bernstein war seit 30. Juni beurlaubt und teilte erst am 23. Juli mit, daß er da sei. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Sachlich ist es sehr zu bedauern, daß diese 4 Wochen derart verstrichen sind. Revisionen der Anstalt hatten am 19. und 18. Mai stattgefunden, nachdem sie seit dem 15. April mit Berliner Jünglingen belegt war. Die Revisoren haben von der Anstalt Gutes zu berichten gewußt; von Prügeln findet sich in dem Bericht keine Andeutung. Die Waisenverwaltung hatte also lediglich gute Berichte, und demgegenüber stand die Aussage eines entlaufener Jüngling, dessen Angaben ja allerdings, wie sich nachher herausstellte, nicht auf torenen Füßen standen, wie vielleicht denuzt werden konnte. Die Untersuchung hat nun eine übermäßige Zahl von Zählungen

als Tatsache ergeben. Der Magistrat hat sofort Anordnungen getroffen, die eine Wiederholung solcher Vorkommnisse verhindern sollten. Der Magistrat bestand auf der Entfernung des Leiters; ihn zu entlassen oder ihm zu kündigen, haben wir kein Recht. Weiter sollten alle disziplinarischen Maßnahmen genauer festgelegt werden. Fesseln, Schlägen mit einer Peitsche, Arrestkrofen in Kellern wurden unterjagt, die Führung eines Strafbuches angeordnet. Dann sollte die Auswahl der nach Mielszky zu sendenden Zöglinge mit größter Sorgfalt getroffen und dabei beachtet werden, daß Mielszky eine offene Anstalt ist. Weiter glaubte der Magistrat nicht gehen zu sollen. Die Wurzel aller Uebelstände war, daß ein ungeeigneter Mann an der Spitze stand und daß ungeeignetes Material dorthin gebracht war. Der Magistrat war einstimmig der Meinung, daß Pastor Breithaupt absolut ungeeignet für diesen Posten war, ein Mann, der bereits in den ersten Tagen seiner erstenlichen Versuche zum Stod als dem einzig wirksamen Hilfsmittel greift, erklärt damit den Vandalismus seiner Erziehungsmethode; ein Mann, der so wenig in unserem Geiste pädagogisch wirken kann, gehört nicht an solche Stelle. Seine Wahl ist eine unglückliche gewesen. Die Anstalt ist bereit, den Leiter zu wechseln; die hofentlich geeignete andere Persönlichkeit ist bereits gefunden, und Pastor Breithaupt wird in Kürze von der Stätte seiner bisherigen Wirksamkeit verschwinden.

Die Leitung des Stiffts hat es keineswegs an Entgegenkommen fehlen lassen. Für die Zeit, die der Pastor Breithaupt noch dort ist, ist ein Mißbrauch seiner Amtsgewalt nicht zu fürchten. Dafür, daß ungeeignetes Material nach Mielszky geschickt worden ist, haben wir die betreffende verantwortliche Persönlichkeit zur Rechenschaft gezogen. Auch in dieser Beziehung ist jetzt das Nötige geschehen; der Wunsch, daß auch psychiatrisch untersucht wird, ist erfüllt worden. Im übrigen haben wir keinen Anlaß, an dem guten Willen der Leitung des Stiffts zu zweifeln. Tatsächlich haben wir es doch auf diesen Gebieten mit einem recht schwierigen Material zu tun. Es handelt sich nicht um Kinder, sondern um 16- bis 20jährige junge Menschen, und die Straflisten weisen Diebstahl, schweren Diebstahl, Brandstiftung, Exzesse usw. in großer Reihenfolge auf. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Begreiflich ist es, daß, wenn man solches Material in die Hände bekommt, man mit ganz milden Mitteln nicht arbeiten kann. Die Institution für die Anstalt muß immerhin auch Schläge in beschränkter Anzahl als ultima ratio vorsehen, auf die nicht verzichtet werden kann. Befehlt worden ist hier, zum Teil infolge mangelhafter Aufsicht; aber wir hoffen, viel dazu getan zu haben, die Mißstände zu beseitigen.

Die Zurückziehung aller Zöglinge wäre ein bedauerlicher Schritt. Die Anstalt Mielszky ist eine offene Anstalt, wo sich die Zöglinge in Freiheit bewegen; wird sie evakuiert, so müßte dieses Erziehungsmittel ganz ausgegeben werden, und dazu würde ich nicht die Hand bieten. Zur Errichtung einer neuen Anstalt zu schreiten, dazu sind die Verhältnisse nicht angetan. Eine große Anzahl der Zöglinge sagt aus, daß sie wieder geschlagen worden seien, noch gesehen hätten, daß andere geschlagen wurden. (Gelächter bei den Soz.) Die meisten haben ausgesagt, sie fänden es viel besser als in Lichtberg. Lehnen Sie den Antrag ab und versuchen Sie mit dem Magistrat, ob nicht mit dem Geschehenen die notwendige Besserung erzielt werden kann.

Stadtver. Cassel:

Unter meinen Freunden hat nur eine Stimme der Mißstimmung und Empörung über die Vorgänge in Mielszky geherrscht. Daran kann auch der Umstand nicht irren machen, daß die dieser Anstalt überwiegenen Personen zum größten Teil Deutsche sind. Deshalb dürfen sie nicht ein Gegenstand der Mißhandlung und Brutalität sein, sondern der Gescheher will sie nach Möglichkeit wieder zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft erziehen. Wenn diese Aufgabe auch sicherlich eine schwere ist, so muß man sich doch mit Absehen davon abtenden, wenn jemand es wagt, diese seiner Fürsorge anvertrauten zum Gegenstande von Prügelstrafen zu machen. Empörung ist nicht bloß die Uebertreibung der Prügelstrafe und die Fesselung, sondern die Tatsache, daß unbedeutende Mißhandlungen ebenfalls mit schweren Prügelstrafen bedacht worden sind, wozu selbst einem Verbrecher gegenüber kein Anlaß war. Es muß also alles geschehen, solchen Mißständen in Zukunft vorzubeugen.

Der Magistrat hat sich viel Mühe gegeben, Besserung zu erzielen, aber die Frage besteht, ob seitens der Verwaltung alles geschehen ist, um solche Vorkommnisse zu vermeiden, und ich muß bedenken, daß ich dieser Ueberzeugung nicht bin. (Hört, hört!)

Als man den Vertrag machte, hätte man sich vielleicht doch überzeugen sollen, wie es um die Angemessenheit der leitenden Persönlichkeit stand, zumal da der Vertrag uns kein Recht auf Entfernung des Leiters gab. Ich höre auch, daß die Instruktion von Berlin aus zu spät in die Hände des Anstaltsleiters gelangt sein soll; der Punkt bedarf noch der Klärung. Es war überhaupt geboten, die Revision schnell vorzunehmen. Warum hat die Waisen-Deputation kein anderes Mitglied herangezogen, wenn Dr. Bernstein beurlaubt war? (Sehr richtig!) Eine Sicherheit dafür, daß der Anstaltsleiter auch wirklich entfernt wird, hat uns der Bürgermeister nicht geben können. Alle diese Punkte werden in einem Ausschuh am besten geprüft werden können, besonders die Frage, ob wir nicht berechtigt sind, den Vertrag als sofort aufgelöst anzusehen, weil keine angemessene Leitung der Anstalt vorhanden war und ist. Deshalb bitte ich um Annahme des Antrages auf Ausschuhberatung. (Beifall.)

Stadtver. Rosenow (Neue Linke):

Ich bedaure, daß der sozialdemokratische Redner es so hinsteckt, als ob nur die Sozialdemokraten sich energisch gegen die Prügelpädagogik wenden. Wir alle wollen das Uebel ausmerzen. Zu bedenken ist, daß bei diesen Fürsorgezählungen es sich oft auch um geistig minderwertige handelt, die man auf keinen Fall schlagen darf. Der Leiter der preussischen Strafanstalten, Geheimrat Krohn, hat die Prügelstrafe in solchen Fällen aufs heftigste verurteilt. Selbst in preussischen Buchhäusern wird nur bei tatsächlichem Angriff gegen die Leiter geprügelt. Ob die Waisenverwaltung voll ihre Pflicht getan hat, will uns doch sehr zweifelhaft erscheinen. Warum mußte unter allen Umständen gewartet werden, bis Dr. Bernstein von seinem Urlaub zurück war? Was der Bürgermeister vorbrachte, reicht nicht aus, und zu veranlassen, den Antrag Arons abzulehnen. Wir beantragen ebenfalls Ausschuhberatung, um die Mittel zu gründlicher Remedur gründlich zu erörtern.

Bürgermeister Dr. Reide:

Auch ich begrüße den Antrag auf Ausschuhberatung mit Freuden. Der Magistrat hat, so rasch es ging, sich und die Öffentlichkeit mit der Sache und seinen Beschüssen befaßt. Herr Dr. Bernstein war in dieser Sache besonders kompetent und durfte nicht einfach beiseite geschoben werden; er hätte sich übrigens nur eine Tür weiter zu bemühen brauchen, dann hätte er statt des abwesenden Oberbürgermeisters mich, den Vertreter, angetroffen. Das Schlimmste ist, daß die Prügelstrafe wiederholt angewendet wurde, um den Willen zu brechen.“ (Hört, hört!)

Stadtver. Münsterberg:

Die Stadt Berlin hat nach dem Fürsorgeerziehungsgesetz circa 3500 solcher Zöglinge, darunter 2500 männliche, zu übernehmen gehabt, sie wurde mit diesem Material geradezu plötzlich überflutet und hatte die größte Mühe, sie zweckentsprechend unterzubringen. Was Mielszky betrifft, so läßt sich der Entschluß, die Berliner Zöglinge zum Teil dort zu belassen, rechtfertigen. Protokollarisch liegen zahlreiche Aussagen von Zöglingen vor, die von den Mißhandlungen nichts wissen und auch nichts zu wissen brauchen, weil sie sich auf dem Felde befanden, als die Mißhandlungen geschehen; dieselben Jungen haben mir in Gesprächen bestätigt, daß sie dort viel lieber seien als in der geschlossenen Anstalt Lichtberg. Pastor Breithaupt ist im Umfange ein angenehmer Mensch!

Nach den neuen Anordnungen und Instruktionen und nach seinen Erfahrungen am eigenen Leibe (Weiterkeit) ist es ausgeschlossen, daß sich für den Rest seiner Wirksamkeit solche Erzege wiederholen. Die Anstellung eines Mißgeleiters bei der Leitung ist nahezu perfekt. Die Fürsorgeerziehungsgesetzgebung ist nicht sowohl selbst ein Fehler gewesen als vielmehr ihre überhäufte Infraktion.

Die Anstalt in Mielszky wird mit der Ostmarkenpolitik in Verbindung gebracht. Wir können das Prinzip, die jungen Menschen in der Landwirtschaft zu erziehen und zu bessern, an sich nur gutheißen. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Polen! Agrarier!) Die Frage der Errichtung einer eigenen Anstalt wird uns aber ebenso ganz intensiv beschäftigen müssen. (Zustimmung.) Wir werden an die ganze Erziehungspolitik die bessernde Hand anzulegen haben. (Beifall.)

Stadtver. Dove (N. L.):

Für die Behauptung, daß hier Rücksichten auf hochgestellte Personen oder auf gewisse kirchliche Kreise im Spiele sind, ist kein Beweis erbracht. Auch kann hier nicht von einem Zusammenbruch des Systems Wodschwingh die Rede sein. Herr v. Wodschwingh hat doch sehr Verdienstliches geleistet. (Zuruf von Adolf Hoffmann: Und Breithaupt ist sein Schüler!) Das weiß ich nicht. Auf die Aussagen der Zöglinge zugunsten des Pastors Breithaupt ist nicht viel zu geben. Der Ausschuh wird zu prüfen haben, ob die Verwaltung durchweg ihre Schuldigkeit getan hat; auch die Anstalt in Lichtberg sollte man sich einmal genauer ansehen!

Stadtver. Singer (Soz.):

Der Verlauf der Debatte bietet uns alle Veranlassung, zufrieden zu sein. Der Vertreter unseres Antrages wie auch der „Vorwärts“ haben einen vollen Erfolg für sich zu verzeichnen, denn alle Behauptungen sind erwiesen worden. Die Mitteilungen des „Vorwärts“, soweit sie hier nicht erdärtert wurden, werden durch mich in vollem Umfange aufrecht erhalten; die Redaktion würde erfreut sein, wenn der Pastor Breithaupt das Malt der Lagen wollte, namentlich auch wegen der Behauptung, daß eine der dort üblichen Strafen

die Fußknechtade

ist, ein Vorgang, so scheußlich, daß darüber nur eine Stimme des Abscheus herrschen dürfte. Wenn der Magistrat als solcher sofort seine Stellung der Öffentlichkeit gegenüber so eingenommen hätte, wie heute der Bürgermeister sie darlegte, wäre der Bevölkerung eine große Menge Erbitterung und Empörung erspart geblieben. Der Magistrat hätte sofort selbst an die Öffentlichkeit treten müssen. So aber würden wir ja noch heute nichts Beglaubigtes über die Dinge hören, wenn nicht unser Antrag vorläge. Hat doch in der Waisen-Deputation seit jenen Vorgängen noch nicht eine einzige Sitzung stattgefunden! (Hört! hört!) Wenn so verfahren wird, weil Urlaub und anderes dazwischen tritt, dann kann sich die ganze Waisenhausverwaltung begraben lassen. (Weiterkeit und Zustimmung.)

Aus welchen Personen rekrutiert sich denn nun die „Leitung“ des Stiffts? Wer sind sie? Welchen Kreisen gehören sie an? Das muß man doch wissen, wenn man dem schönen Optimismus des Bürgermeisters folgen soll. Wir wissen nur, daß die Anstalt gegründet ist von dem „Evangelischen Verein zur Förderung des Christentums in den Ostmarken“. Wie weit ist ein solcher Verein geeignet für die Zwecke der Fürsorgeerziehung? Die Gründung der Anstalt hat den rein chauvinistisch-politischen Zweck, die Ostmarken zu germanisieren, und in dieser Beziehung schließt sich die Anstalt würdig der Germanisierungspolitik des preussischen Staates an, das heißt: sie brutalisiert! Dann hat sie noch den Zweck, der Landwirtschaft billige Arbeitskräfte zuzuführen. Die „Erfolge“ dieser Anstalt nehmen und jedes Recht, darauf zu vertrauen, daß die Leitung Garantie geben kann gegen die Wiederholung solcher Erzege.

In den Zeitungen ist behauptet, dem Pastor Breithaupt hätten monatelang die Ätten unserer Fürsorgezählungen gefehlt. (Hört! hört!) Das charakterisiert sich als einen der größten Fehler, als eine große Unterlassungsühde, deren sich unsere Waisenverwaltung schuldig gemacht hat.

Herr Breithaupt rühmt sich selbst, ein Schüler Wodschwinghs zu sein; es kann sich hier also sehr wohl um einen Ausfluß des Systems Wodschwingh handeln. (Zuruf: Es gibt auch miltrenere Schüler!) Der Urlaub des Kollegen Bernstein hätte keinen Grund bilden dürfen für einen Ausschuß, es liegt der Fall aber so, daß der Kollege zwar auf der Liste der Beurlaubten stand, aber dem Vorsitzenden der Deputation erklärt hatte, er stehe zur Ver-

fägung, er bleibe in Berlin! (Hört, Hört!) Bernstein selbst hat sich erkundigt, warum die Sache so lange dauere.

Ich bedaure, daß der Bürgermeister sich bedingt für die Prügelstrafe ausgesprochen hat. In Pielzgn ist keine Ueber-schreitung des Züchtigungsrechtes, sondern gemeine Brutalität verübt worden. (Lebhafte Zustimmung.) Ein Beschluß des Magistrats, die Kinder sofort von Pielzgn zurückzuführen, wäre der außerordentlichsten Sympathie der ganzen Bevölkerung begegnet. Die klugen juristischen Erwägungen, die den Magistrat geleitet haben, reichen nicht aus, das Geschehene zu entschuldigen. Der entscheidende Schritt mußte sofort geschehen, koste es, was es wolle. Nur dann hätte der Magistrat seine Würde gewahrt. Der Pastor Breitkopf ist doch kein Fürsorgegögling, der sich bessern soll (Heiterkeit), sondern ein Beamter, der von seinem Posten wegen Unfähigkeit entfernt oder dem die Objekte seiner Pädagogik entzogen werden müßten.

Dem Antrag auf Ausschußberatung schließen wir uns an. Die Behandlung der Fürsorgegöglinge muß, wenn sie erfolgreich sein soll, auf einem ganz anderen Wege erfolgen, als es durch das jetzige Gesetz geschieht. Die Strafregister haben mit lediglich das tiefste Bedauern mit den Unglücklichen eingeleitet, von denen sie berichten; das andere Register, welches Stadtrat Münsterberg leitete, erinnerte lebhaft an die Bestrafung der Soldaten, ob sie Mißhandlungen gesehen hätten, die ihren Kameraden zugefügt würden. (Heiterkeit.) Niemand kann herzlicher wünschen als wir, daß unsere Anregung dazu führe, diesen schauerhaften Zuständen ein Ende zu machen.

Bürgermeister Dr. Heide:

Die Behauptungen bezüglich der Pastorenbank werden durchaus bestritten. Mit einem Akas an die Bürgerschaft — ein ganz ungewöhnlicher Weg — hätte der Magistrat wohl kaum Glück gehabt. Die „Strafkolonne“ ist ja dem Pastor entzogen worden; nur die andere haben wir dort gelassen.

Stadts. Stadthagen:

Der Pastor hat diejenigen in die „Strafkolonne“ geschickt, die geschlagen waren. Einige von denen, die er geschlagen hat, hat er nicht hineingeschickt. Es ist also durchaus ungeschicklich, junge Leute dafür leiden zu lassen, daß der Mann sie gestraft hat. Vermutlich bin ich über die Verlesung der Listen der früheren Strafen; sie ergeben nur, daß diese jungen Leute zur Selbstzucht und Selbstbeobachtung erzogen werden sollen. Ist dafür das richtige Mittel die Verabfolgung von 25, 50, 100 Peitschenhieben? Das ist die Art und Weise, den Rest von Selbstachtung auszu-treiben, die jungen Menschen geradezu zu Tieren zu degradieren. Weshalb hat der Magistrat noch nicht Strafantrag gestellt? Mit dem Magistrat auch die Vormundspflicht über diese jungen Menschen übergeben? Selbst wenn nicht, so wäre es durchaus notwendig, daß amtlich die Staatsanwaltschaft davon in Kenntnis gesetzt wird.

Nachzutragen ist, daß die Vorgänge nicht dem Pastor, sondern doch dem St. St. zur Last gelegt werden müssen. Die „Schwester Olga“, die allerdings in den Akten nicht zu finden ist, hat bei der Prügelei eifrig mitgeholfen! Wenn ein Junge eine Stufe nahm, so war das „Diebstahl“, der mit 100 Peitschenhieben geahndet wird! Und solcher Fälle gab es sehr viele.

Jeder Richter würde die Stadt Berlin für berechtigt erklären, den Vertrag sofort zu lösen. Es haben Alle der Entmenschung statgefunden, wie sie nicht schlimmer gedacht werden können. Mit dieser Stiftung, dieser S. m. S. G., die „den Willen brechen“ wollte, darf die Stadt Berlin nicht partizipieren. Der Vertrag muß gebrochen werden. Was die Kosten betrifft, so stelle ich fest, daß die Einrichtungen dort keineswegs gut sind; es sind nicht Häuser, es sind Ställe, geeignet, Vieh, aber nicht Menschen unterzubringen, kein Außenhofraum für Menschen. Die „Auf-seher“ sind Leute, ausgebildet von der inneren Mission; von Pädagogik keine Spur! Offenlich wird der Ausschuß und der Magistrat zu der Anschauung gelangen, daß die Anstalt ge-schlossen werden muß.

Damit schließt die Beratung. Der Antrag geht in einen Ausschuß.

Es folgt die Vorlage, betr.

die gegen die Richtigkeit der Wählerlisten erhobenen Einwendungen.

Der Vorsteher teilt mit, daß er bei der Massenhaftigkeit des Materials dasselbe bereits dem Wahlprüfungsausschuss zur Bearbeitung überwiesen habe.

Stadts. Bergmann (Soz.): Ich halte dieses Verfahren für ganz natürlich, weil wir nur wünschen können, daß eine recht gründliche Prüfung der einzelnen Einsprüche erfolgt und die Prüfung von 3600 solcher Einsprüche immerhin Zeit erfordert. Daß sich unter den Protestierenden eine so große Anzahl von Steuerrentanten befindet, ist auch mit dem darauf zurückzuführen, daß die Listen nicht völlig korrekt sind und daß ferner auch Leute schon gestrichen worden sind, wenn sie nur Sündung nach-gesucht haben! Charlottenburg befolgt schon längst eine mildere Praxis, indem es auch in Fällen gestundeter Krankenhauskosten die Leute trotzdem in die Listen aufnimmt.

Ein nach meiner Meinung

ungeschiedenes Verfahren

hat der Magistrat eingeschlagen, indem er bei Aufstellung der dies-jährigen Listen für die Stadtverordneten- und Landtagswahlen die neueste Novelle zum Einkommensteuergesetz vom 28. Mai 1900 hinsichtlich ihrer Bestimmungen über das Kinderprivileg außer Acht läßt. Wir können nicht begreifen, wie der Magistrat zu dieser Auffassung kommen konnte, die eine schwere Schädigung für die Wähler bedeutet. Offenlich sieht der Magistrat den

Wähler ein und macht ihn wieder gut; er wird sich doch nicht wieder der Gefesedunkenheit zeigen lassen wollen.

Stadtrat Vohm: Der Magistrat hat nach genauer Prüfung beschlossen, die erwähnten Bestimmungen auf diese Listen diesmal für nicht anwendbar anzusehen.

Die Versammlung heißt das Verfahren des Vorstehers gut und beschließt nach einem Antrag Singer, auch die eben erörterte Frage im Ausschuss prüfen zu lassen.

Für den städtischen Fortschritt und Betrieb soll eine eigene Fortschrittsverwaltung mit einem Oberförster und drei Förstern eingerichtet und auf den Kanalisationsetat über-nommen werden.

Nach 10 Uhr wird, obwohl die Tagesordnung noch nicht erledigt ist, Vertagung beschlossen.

Vom Bierkrieg.

Kumme ist auch in Pielzgn der Bierkrieg ausgebrochen. Die Brauereien haben einen Aufschlag auf Lagerbier von 3 Mark, auf Weißbier von 2 Mark und auf einfaches Bier von 1,50 Mark erhoben. Die Gastwirte hatten dem zugestimmt. Eine am Mittwoch abgehaltene Volksversammlung hat beschlossen, den Aufschlag mit aller Energie zu bekämpfen und den täglichen Biergenuss so lange einzustellen, bis sich die Brauereien und die Gastwirte zur Uebernahme des Mehrpreises bereit erklärt haben. Die weiteren Maßnahmen wurden einem siebengliedrigen Aktionsausschuss übertragen.

In Rühlhausen t. E. wurde in einer gemeinschaftlichen Ver-sammlung des Gewerkschaftsrates, des zu diesem Zwecke bevoll-mächtigten Vorstands des sozialdemokratischen Kreisvereins und einer Vertretung des Verbandes der freien Gast- und Schankwirts Dienstagabend beschlossen, sofort zur vollständigen Ent-haltung von allem Biergenuss öffentlich aufzu-fordern! Der Boykott soll fortgesetzt werden, bis die Ver-handlungen mit den verbündeten Brauereien zu einer befriedigenden Herabsetzung des Bierpreises, der um 2 bis 2,50 Mark pro Hektoliter erhöht worden ist, geführt haben. Zur Leitung der Boykottbewegung und zur Führung der Verhandlungen wurde eine siebengliedrige Kommission eingesetzt.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterin und gewerkschaftliche Organisation.

Mit der gewaltigen Zunahme der weiblichen Arbeitskraft in der Industrie wird die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterin immer mehr zu einer ersten, bedeutungsvollen Frage. In doppelter Hinsicht! Mit der wachsenden Zahl der Arbeiterinnen sinkt die gesamte Lohnsumme, die an die Arbeiterschaft gezahlt wird, weil das Unternehmertum die weibliche Arbeitskraft relativ und absolut schlechter entlohnt als die männliche. Die billige schaffende Arbeiterin ist aber auch eine Gefahr für das Lohnniveau der Männer. Zeigt sich doch, daß in den Industrien, wo die Aus-nutzung der weiblichen Arbeitskraft in größerem Maßstabe erfolgt, der durchschnittliche Lohn eines Mannes und einer Frau zu-sammen ungefähr dem Einkommen entspricht, was für die männliche Arbeitskraft dort gezahlt werden muß, wo Frauenarbeit in großem Umfange nicht üblich ist. Davon ausgehend wird besonders in der Metallindustrie die Frage der Organisation der Arbeiterin brennend, denn in dieser Industrie zeigt sich in den letzten Jahren eine über-raschend große Zunahme der weiblichen Arbeitskraft. Der Metall-arbeiterverband hat ja auch, mit Rücksicht darauf und in Er-kenntnis der großen Bedeutung der Frage, eine Kommission eingesetzt, der als besondere Aufgabe die Agitation und Organisation unter den Arbeiterinnen gestellt worden ist. In welchem Umfange die weibliche Arbeitskraft in die Metall-industrie bereits eingebracht ist, dafür einige Angaben: Gegenüber der Zahlung des Jahres 1895 hatte die Zahl der männlichen Ar-beitkräfte um 88%, Proz. zugenommen, die der weiblichen um 54%, Proz. Die Entwicklung der Maschinenindustrie brachte eine Personalvermehrung von 99 Proz., aber die weibliche Arbeitskraft war um 378 Proz. in der Kopfzahl gestiegen. Gleichzeitig konnte die Metallverarbeitung bei einer Zunahme der Gesamtbelegschaft von 49 1/2 Proz. eine Steigerung der Arbeiterinnenzahl von 91 Proz. konstatieren. Nach den der betriebsstatistischen Vericht-erstattung angehängten Krankenkassen betrug die Zahl der männ-lichen Mitglieder: am 1. Juli 1907 — 8 831 406, am 1. Juli 1909 — 8 887 884. Das ergibt eine Zunahme von 1,69 Proz. In der gleichen Zeit stieg die Zahl der weiblichen Mitglieder von 140 998 auf 153 257 oder um 10,79 Proz. Die Verichterstattung der Betriebs-kassen beleuchtet wieder eine für die Metallindustrie charakteristische Entwicklung durch folgende Mitgliederzahlen:

	1907	1909
Sämtliche Gewerbegruppen	698 086, männlich	900 022
	233 217, weiblich	248 858
Eisen-, Maschinen-,	407 472, männlich	401 819
Elektrizitätsindustrie	27 669, weiblich	33 410

Eine ganz enorme Differenz im Entwicklungsverhältnis der männlichen und weiblichen Arbeitskraft beweisen die Verichte der Krankenkassen, und sind aus den Angaben der Betriebskassen des weiteren ersichtlich. In den letzten zwei Jahren sieht der Zunahme der männlichen Arbeitskraft um 1,69 Prozent eine Vermehrung der weiblichen Arbeitskraft um 10,79 Prozent gegenüber. Angesichts der gewaltigen Heranziehung billigerer und willigerer Ausbentungs-objekte, was gewissermaßen als ein Trumpf der kapitalistischen Ent-wicklung angesehen werden kann, wird auch unter den Arbeiter-innen das Gefühl der Solidarität mehr und mehr erwachen, und so werden sie in die gewerkschaftliche Organisation in immer größerem Umfange hineingebracht werden.

Lesende.

Marienborf. Freitag, den 10. d. M., abends 8 Uhr, bei Lucas, Königl. 14. Besondere Umstände halber findet unser dies-maliger Lesabend bei Lucas statt.

Gerichts-Zeitung.

Zu der Notiz „Dienstbotenabend“ in Nr. 201 vom 29. August des „Vorwärts“ schreibt uns Dr. Blum eine Berichtigung, welche die von uns gegebene Darstellung des Falles noch unglücklicher für Dr. Blum gestaltet. Seine Berichtigung lautet dahin: „Nicht ich wohne bei meinem Vater, sondern mein Vater wohnt bei mir,“ und ferner: „Fräulein Dirks ist von mir nicht, als sie bei mir Dienstmädchen war, ärztlich behandelt worden, sondern als sie die Stellung bei mir, angeblich um sich zu verheiraten, längst verlassen hatte. Dann drängt sich doch sofort die Frage auf: „Warum hat das Mädchen ihren Lohn nicht erhalten, als sie die Stellung verlassen hatte? Warum mußte sie erst der Lohnforderung wegen klagen? Und was die Wohnungsverhältnisse angetrifft, ob der Sohn beim Vater oder der Vater beim Sohn wohnt, so ist dazu zu bemerken, daß es sich nur darum handelt, wer das Mädchen für den Dienst engagiert habe. Und darüber war die Zeugenaussage von Dr. Blum sehr un-sicher. Die Vermieterin wußte nicht davon, daß Blum junior und nicht Blum senior der Dienstherr sei.“

Das Sensationsdrama,

das sich Ende vorigen Jahres vor den Schranken des Reichsgerichts abgespielt hat, hat in dem nunmehr beendeten Strafverfahren seinen Ausklang gefunden. Wie erinnerlich sein wird, war im November vorigen Jahres der stellunglose Kaufmann Oswald Großer vor dem Reichsgericht in einem mit seinen Geschwistern seit Jahren geführten Prozeß erschienen, um dessen Ausgang abzuwarten. Obwohl er bestimmt auf eine glückliche Wendung des bis dahin in allen Phasen zu seinen Ungunsten entschiedenen Prozesses zu rechnen sah, hatte er für den Fall, daß mit der Zurückverweisung seiner Revision alle seine Hoffnungen begraben würden, zwei Revolver mit nach Leipzig genommen, um sich und seine Frau zu erschießen. Als der Präsident des Reichsgerichts nach der Beratung wieder mit allen Richtern im Gerichtssaal erschien, um das von Großer befristete Urteil, das seine Revision zurück-wies, zu verkünden, feuerte, wie seinerzeit berichtet wurde, Großer mehrere Schüsse auf die Richter ab. Ein Reichs-gerichtsrat wurde nicht unerheblich verwundet, der als Gerichts-schreiber fungierende Kanzleirat aber sanft, tödlich getroffen, vom Stuhl und hauchte auf der Stelle sein Leben aus. Großer selbst wurde unter dem dringenden Verdacht des Mordes verhaftet. In dem hierauf eröffneten Untersuchungsverfahren stellte Medizinalrat Dr. Thümmler den Antrag, Großer auf seinen Geisteszustand in einer öffentlichen Irrenanstalt zu untersuchen, da verschiedene Verdachtsmomente für seine geistige Unzurechnungsfähigkeit zu sprechen schienen. Großer wurde auf Beschluß der Straf-kammer der Anstalt Sonnenstein zur Beobachtung über-wiesen. Geheimrat Weber begutachtete, daß Großer zwar in der Aufregung gehandelt habe, aber nach dem bisherigen Aktenmaterial nicht als unzurechnungsfähig anzusehen wäre. Der Staatsanwalt erhob sodann nach Schluß der Voruntersuchung die Anklage auf vorfällige Tötung. Großer erhielt diese Anklage mit einer Erklärungsfrist von drei Tagen im Gefängnis zugestellt. Sein Verteidiger erreichte in einer Beschwerde eine Verlängerung der Erklärungsfrist, da die gewährte Frist von drei Tagen zu einer sorg-fältigen Bearbeitung des in fünfmonatiger Untersuchung gesammelten Belastungsmaterials nicht ausreichend wäre, und reichte weiteres Material ein. Die Strafkammer entsprach diesen An-trägen und überwies nach Aufnahme der von dem Verteidiger angebotenen weiteren Beweise die Sache nochmals zur Prüfung dem Geheimrat Weber. Dieser gab nunmehr sein Gutachten dahin ab, daß Großer wahrscheinlich zur Zeit der Tat unzurechnungsfähig gewesen ist und hielt dieses Gutachten nach Aufklärung einiger schein-baren Widersprüche aufrecht. Hierauf stellte der Anwalt des Großer unter Hinweis auf eine in Band 21 enthaltene Entscheidung des Reichsgerichts, die für die schwebende Frage von grundsätzlicher Be-deutung ist, den Antrag: den Angeklagten außer Verfolgung zu setzen. Die Strafkammer hat jetzt diesem Antrage entsprochen und Großer ist aus der Haft entlassen worden.

Unterzahlungen in Höhe von circa 27 000 M.

fährten gestern den 29jährigen Buchhalter Robert Dunkelmann vor die 4. Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist schon einmal im Jahre 1905 wegen Diebstahls zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden. Er erhielt bei der hiesigen Filiale einer ausländischen Maschinenfabrik eine Anstellung als Buchhalter und schwang sich zu einem Vertrauensposten empor, in welchem täglich große Geldsummen durch seine Hände gingen. Durch falsche Buchungen verlor er der Angeklagte nun in der kurzen Zeit von Dreiviertel-jahren sich die Summe von etwa 27 000 M. anzueignen, die er zum großen Teil auf den Rennbahnen ausgab. — Das Gericht verurteilte ihn mit Rücksicht auf den großen Vertrauensbruch dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Fahrverbot.

HERMANN TIETZ

ALEXANDERPLATZ

LEIPZIGER STRASSE

FRANKFURTER ALLEE

Soweit Vorrat:

1 Waggon italienische Pfirsiche .. Pfund	19 Pf.	Original-Korb Pfund	17 Pf.
Prima blaue Pflaumen ... 5 Pfund	30 Pf.	Italienische Tafeläpfel .. 5 Pfund	65 Pf.
Pa. Werdersche Tomaten 5 Pfund	40 Pf.	Grosse Kochäpfel 5 Pfund	55 Pf.
1 Waggon Prima Weintrauben Kiste ca. 8 1/2 Pfund	1 ³⁰		

Junge Brathühner	Suppenhühner	Grosse junge Tauben	Junge Enten
Stück .. 75, 85 Pf. 110 130	Stück ... 175 185 210 235	Paar 110	Stück .. 210 235 275 300
Junge Gänse	Prima Hirschwild	Ragout	Blatt
Pfd. 58 Pfennige, 65 Pfennige.	35 Pf.	65 Pf.	Keule 90 Pf. Rücken 100

Landtagswahlen!

Auf die heute abend 8 Uhr stattfindenden Versammlungen machen wir besonders aufmerksam und bitten für regen Besuch zu wirken.

5. Landtagswahlbezirk:

„Sandsouci“, Kottbusser Straße 6.

6. Landtagswahlbezirk:

Kellers Festjale (Zuh. Freyer), Koppenstraße 29.

7. Landtagswahlbezirk:

Prachtjale des Ostens, Frankfurter Allee 151/152.

12. Landtagswahlbezirk:

Prachtjale Nordwest, Wielestraße 24.

Tagesordnung: „Die bevorstehenden Landtagswahlen“.

Referenten: die Genossen Vorgmann, Heumann, Hirsch und Adolf Hoffmann. Die Wahlkomitees.

Partei-Angelegenheiten.

Brig-Budow. In der am Sonntag, den 12. September, nachmittags 2 Uhr, stattfindenden Sondervorstellung in der Urania: „Messina“ sind Billets zu haben im Käuferverein Brig, Werderstraße 33. Der Preis (inkl. Garderobe) beträgt 60 Pf. Der Vorstand.

Stralau. Dienstag, den 14. d. M., abends 8 Uhr, findet in den Markgrafenjalen, Markgrafendam 34, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. „Die Ausplünderung des Volkes durch die neuen Steuern“. Referent: Parteisekretär Rud. Bühler. 2. Diskussion. Parteigenossen und Genossinnen, agitiert für Massenbesuch, besonders unter den Frauen.

Sonntag, den 12. d. M., früh 8 Uhr, Handzettelverbreitung zu dieser Versammlung in allen Bezirken. Die Bezirksleitung.

Kossen. Parteigenossen! Versammelt Euch am Sonntag, vormittags 8 Uhr, im Lokale des Genossen P. Kurzner zwecks Agitation unter den dem Wahlverein noch fernstehenden Gewerkschaftsmittgliedern. Der Vorstand.

Bezirk Waldmannslust. Sonntag, den 12. September, nachmittags 4 Uhr, findet bei Bergemann in Stolpe die Mitgliederversammlung des Wahlvereins für sämtliche Orte des Bezirks statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Udo über das Thema „Kirche und Schule“. 2. Vereinsangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die Sparkasse der Stadt Berlin

hat ein paar schlimme Jahre hinter sich. Im letztvergangenen Rechnungsjahr 1908/09 (vom 1. April 1908 bis zum 31. März 1909 Rechnung) sind zwar die ersten Anzeichen einer wiederbeginnenden Besserung bemerkbar geworden, aber günstig ist das Ergebnis noch lange nicht zu nennen. Gegenüber dem vorhergehenden Rechnungsjahr 1907/08 haben die Einzahlungen sich gemehrt, aber noch immer blieb die Summe der Einzahlungen betragsmäßig unter der Summe der Rückzahlungen. In 1908/09 (bzw. in 1907/08) wurden eingezahlt 64 108 408 M. (55 924 400 M.) und zurückgezahlt 70 005 087 M. (77 618 975 M.), so daß sich ein Rückzahlungs-Mehr von 5 896 679 M. (21 694 575 M.) ergab. Es haben die Einzahlungen sich um 8 182 008 M. erhöht, gleichzeitig die Rückzahlungen sich um 7 613 888 M. ermäßigt, mithin ist die Differenz zwischen Einzahlungen und Rückzahlungen um 15 795 896 M. heruntergegangen.

Das bedeutet für das letzte Jahr ein erheblich weniger ungünstiges Ergebnis als für das vorletzte. Man muß hier aber berücksichtigen, daß frühere Jahre fast regelmäßig ein Mehr an Einzahlungen gebracht hatten und daß z. B. in 1906/08 schon 63 Millionen Mark Einzahlungen gegenüber nur 50 1/2 Millionen Mark Rückzahlungen gebucht wurden. Da fehlt denn doch noch sehr viel daran, daß bereits von einer Wiederkehr des normalen Zustandes der Sparkasse geredet werden dürfte. Es wäre auch falsch, aus der beginnenden Besserung des Ergebnisses der Berliner Sparkasse sogleich den Schluss zu ziehen, daß für das Gros der Bevölkerung Berlins — und insbesondere für die Arbeiterbevölkerung — die Erwerbsverhältnisse sich bereits wieder nennenswert gebessert hätten. In den letzten Jahren hatten diejenigen Sparer, die man schon mehr als „kleine Kapitalisten“ bezeichnen kann, ihre Gelder aus der Sparkasse herausgezogen und sie den Banken übergeben, weil diese höheren Zins zahlten. Das war eine Hauptursache der Verringerung des Sparkassenverkehrs gewesen. Jetzt kehren viele zur Sparkasse zurück, weil die Banken heute nicht mehr so hohen Zins hergeben, daß es sehr verlockend scheinen könnte, Ersparnisse bei ihnen anzulegen.

Wachstum verdient auch die Zahl der Sparer — oder vielmehr der Sparbücher; denn es fehlt sicher nicht an Sparern, die zwei und mehr Sparbücher ihre eigenen nennen. Die Gesamtzahl der Sparbücher war schon in 1907/08 heruntergegangen, von 822 755 auf 800 961, also um 21 774. Hier ist auch in 1908/09 die Abwärtsbewegung noch nicht zum Stillstand gekommen, vielmehr haben die Sparbücher sich weiter auf 782 634 vermindert, noch um 18 347. Dagegen hat das gesamte Guthaben der Sparer, das in 1907/08 gleichfalls eine Minderung — von 327 1/2 Millionen Mark auf 314 1/2 Millionen Mark — aufgewiesen hatte, diesmal sich wieder gemehrt, um etwa 2 1/2 Millionen Mark auf jetzt 317 Millionen Mark. Trotz des oben angegebenen Rückzahlungs-Mehrs von annähernd 6 Millionen Mark ist diese Guthabens-Mehrung möglich geworden, weil dem Guthaben der Sparer bei dem Jahresabschluss 8 610 623 M. Zinsen zugeschlagen werden konnten. In früheren Jahren war freilich zu ähnlich hohen Zinszuschlägen noch das damalige Einzahlungs-Mehr gekommen, so daß das gesamte Guthaben z. B. in 1905/06 um fast 12 1/2 Millionen, in 1904/05 sogar um 15 Millionen wuchs.

Militär oder Arbeitslose.

Auf dem „Flugplatz Berlin-Johannisthal“ werden zurzeit circa 1000 Morgen Wald niedergehauen, die Stubben ausgerodet, das Terrain eingeebnet und für die Flugbahn hergerichtet. Bei diesen Arbeiten werden annähernd 100 Arbeiter im Afford beschäftigt. Der höchste Arbeitslohn beträgt bei neunständiger Arbeitszeit für ein Paar gut eingearbeitete Arbeiter je 4,50 M. pro Tag. Die Fürsorge für die Arbeiter ist eine ganz mangelhafte, denn auf dem ganzen Arbeitsplatz gibt es z. B. kein Wasser; wer solches haben will, muß nach dem 20 Minuten entfernten Johannisthal auf fremde Gehöfte gehen und dort Wasser erbeteln. 40 Minuten hin und zurück nach einem Trunk Wasser, was spielt dies für die Unternehmer für eine Rolle; keine, denn die Arbeiter arbeiten ja im Afford, es kostet ihre Zeit, die Verwaltung hat keinen Schaden

davon. Jetzt soll nun plötzlich, wie es heißt, der Flug aus irgendwelchen Gründen bis 26. September fertig werden. Anstatt nun eine große Zahl aus der Armee der Arbeitslosen heranzuziehen, holt man sich 150 Vaterlandsverteidiger in Gestalt zweier Kompanien Pioniere, die gleich ihr Handverzeug, das aus den Mitteln der Steuerzahler bestritten wird, mitbringen und die auch gleich nachts auf dem Arbeitsplatz kampieren. Offiziere, Feldwebel und Unteroffiziere führen dabei die Aufsicht.

Weiße die Militärbehörde von diesem Vorgang? Welche Instanz hat die Erlaubnis dazu gegeben, daß aktive Mannschaften zu solchen privaten Dienstleistungen kommandiert werden? Eine private Angelegenheit ist es auch dann, wenn auch das Unternehmen von einem Major (v. Hülse) und einem Grafen Oliging geleitet wird. Zwar wird es den betreffenden Herren leichter geworden sein, Militär zu rekrutieren, als anderen Sterblichen, indes auch sie sind doch nur Privatunternehmer, und die Militärverwaltung sollte sich scheuen, mit Rücksicht auf die Tausende von Arbeitslosen auch solchen Privatunternehmern zu Hilfe zu kommen, die sich mit Leichtgläubigkeit genügend Arbeitskräfte zur Durchführung ihres Unternehmens verschaffen können. Man komme nicht mit der Einwendung, daß es sich hier auch um eine militärische Übung handelt, davon kann gar keine Rede sein, es muß vielmehr im Interesse des Dienstes sowohl als im Interesse der brotlos herumirrenden Arbeitslosen gefordert werden, daß das Militär sofort zurückgezogen wird.

Es ist unbegreiflich, daß dieselbe Militärverwaltung, die immer behauptet, eine Verkürzung der Dienstzeit sei nicht möglich, da sonst keine genügende Zeit zur Ausbildung der Mannschaften zur Verfügung stünde, ruhig zuseht, wie Mannschaften gezwungen werden, Arbeiten zu leisten, die mit dem eigentlichen Dienst nichts zu tun haben, und damit hungernden Arbeitern das Brot wegnehmen.

Der neue Herr Kriegsminister hat hier Gelegenheit zu zeigen, ob er Verständnis für die Not des Volkes hat, auch dann, wenn hohe Militärs dadurch in ihren privaten Interessen geschädigt werden.

Die Bestattung der verstorbenen Genossin Pauline Stagemann fand gestern unter überaus zahlreicher Beteiligung, besonders der Genossinnen, auf dem Friedhofe der Stadtgemeinde Berlin in Friedrichsfelde statt.

Nachdem ein Freund der Familie in schlichten, von Herzen kommenden Worten der Entschlafenen als Gattin, Mutter und Freundin gedacht, legte Genossin Dittke Vaader den Dankeskranz der Frauen Deutschlands nieder, in tief empfundenen Rede der organisatorischen Tätigkeit, dem regen Eifer und Pflichtgefühl der Heimgegangenen gedenkend. Genossin Vaader pries besonders das unermüdete Interesse, welches die Geschiedene sich bis ins höchste Alter für die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats bewahrt hatte, und stellte die Heimgegangene als leuchtendes Vorbild für Alt und Jung hin.

Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend, der Verein für Frauen und Mädchen, die gewerkschaftlich organisierten Frauen, der Wahlverein des fünften Kreises und viele, viele andere waren gleichfalls mit Kränzen und Blumensträußen zur Stelle, der Toten ihre Liebe und Verehrung zollend.

Mit dem stimmungsvollen Chorliede Goethes „Über allen Gipfeln ist Ruh“ schloß die Feierlichkeit. Dann wurde der Sarg aufgehoben und wiederum deckte die kühle Erde eine der Vorkämpferinnen des Proletariats, eine der ersten, welche die Organisation der Frauen propagiert und in praktische Wirksamkeit umzusetzen suchten.

Ehre ihrem Andenken!

Aus der Heimstättenverwaltung.

Gelegentlich der Etatsberatung hatten unsere Genossen wiederholt auf einen Uebelstand hingewiesen, der in den Heimstätten für Genesende Mankensburg, Uffhald und Heinersdorf die Kranken zwingt, bei ihrem Eintritt in die Heimstätten sich mit ausreichender Kleidung sowie mit Leibwäsche zu versehen. Nach der Hausordnung der Heimstätten für Brustkranke erhalten hier die Pflegerin Kleidung und Leibwäsche von der Verwaltung geliefert. Die Ärzte klagen häufig, daß vielfach die elenden, heruntergekommenen Kranken mit schmutziger, gelblicher Kleidung dort erscheinen. Da keine Anstaltskleidung geliefert wird, verschwinden Hautkrankheiten als Folge von Unsauberkeit überhaupt nicht. Einer Anregung des Genossen Dr. Wehl entsprechend hat nunmehr das Kuratorium der Heimstätten in seiner letzten Sitzung beschlossen, auch die Heimstätten für Genesende mit Wäsche und Kleidungsstücken auszustatten.

Der Bau der neuen Brücke für die städtische Straßenbahn über den Hofen am Tempelhofer Ufer macht auch eine Überlegung des letztgenannten Strahenzuges erforderlich. Jetzt sind die Vorarbeiten hierzu in Angriff genommen und gleichzeitig wird damit eine Verbreiterung des Fahrweges des Tempelhofer Ufers vorgenommen, indem die Bürgersteige um zwei Meter zurückgelegt werden. Diese Verbreiterung des Fahrweges ist bei dem außerordentlich starken Verkehr nach dem Potsdamer Güterbahnhof schon längst als eine dringende Notwendigkeit empfunden worden. Durch die Hochlegung des Strahenzuges wird auch die Steigung nach der Schöneberger resp. Königin-Augusta-Brücke beseitigt.

Mummel in der Steuerverwaltung.

Der Geschäftsgang in unserer Steuerverwaltung ist ein recht langsamer. Das merken vor allen Dingen diejenigen Leute, die um Stundung oder Erlass von Steuern infolge schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse einkommen. Ehe sie Antwort erhalten, ist oft schon der Vollziehungsbeamte in der Wohnung gewesen, um zu pfänden. Ein grelles Schlaglicht auf die Zustände in dieser Verwaltung wirft ein Fall, der uns dieser Tage berichtet wurde. Im Hause Stallhreiberstraße 4 bei den Eltern wohnte ein junger Mann namens Erich G., der im Dezember vergangenen Jahres starb. Der Tod des jungen Mannes wurde pflichtschuldigst beim Standesamt und bei der Polizei gemeldet und muß auch von der Polizei der Steuerverwaltung mitgeteilt worden sein, da die letztere doch nicht gut tote zur Steuer heranziehen kann. Nichtsdestoweniger erklärten im Februar bei den Eltern des verstorbenen dreißigjährigen jungen Mannes der Steuererheber mit der Steuerquittung, die aber im Hinblick auf den erfolgten Tod des Steuerzahlers zurückgewiesen wurde. Dann kam der Mohnzettel und schließlich ein Vollziehungsbeamter, der sich nach dem Nachlasse des Verstorbenen erkundigte, jedenfalls um ihn zu pfänden. Das Vermögen war vergebens. Nach einigen Monaten kam wieder der Steuererheber, um die Steuer fürs nächste Quartal einzuziehen, und wieder mußten die Eltern mitteilen, daß der Steuerzahler längst begraben sei. Inzwischen war auch die Steuerveranlagung fürs neue Jahr eingelaufen, welche aber nicht angenommen wurde unter dem Hinweis, daß Adressat verstorben sei.

Am 7. September, also zifa dreiviertel Jahre nach dem Tode des jungen G., kam nun auch die Kirche mit der Veranlagung zur Kirchensteuer. Auch die Annahme dieser Ver-

anlagung wurde vertweigert. Abgesehen davon, daß durch diese Veranlagungen in den Eltern des Verstorbenen immer wieder schmerzliche Erinnerungen wachgerufen werden, muß man sich doch über die geschäftliche Verleumdung von Steuerangelegenheiten die sonderbarsten Gedanken machen. Bekanntlich befinden sich viele Personen deshalb nicht in der Wählerliste zur Stadtverordnetenwahl, weil sie angeblich Steuerrestanten sind. Wenn etwa die Langsamkeit des Meldebestandes in unseren Steuerbüros auch so gelbt wird, wie im vorliegenden Falle, muß man den Angaben des Wahlbüros mit schweren Zweifeln begginnen.

Eine Heldentat. An der Ecke der Rosenfelder und Neuen Schönhauser Straße stieß gestern ein jugendlicher Radfahrer, ein Arbeitsbursche im Alter von 18 Jahren, mit einem feingekleideten Herrn derart zusammen, daß beide stürzten. Wen die Schuld traf, ließ sich im dortigen Verkehrsgewühl nicht bemerken. Ehe noch der halbblinde Radfahrer sich erheben konnte, stürzte sich der elegante Herr auf den jungen Menschen und schlug auf dessen Kopf seinen Spagierstock kurz und klein. Er konnte schließlich von anderen Personen, die über diese Nothet empört waren, nur mit Mühe von weiteren Tätlichkeiten abgehalten werden. Ein Schuhmann stellte die Personalien des eleganten Knechtens fest, der hoffentlich entsprechend bestraft wird. Ausnahmsweise kam der Schuhmann so schnell, daß der Straßenheld die ihm vom Publikum zugedachte „Reinigung“ nicht mehr einsteden konnte.

Eine lebende Feuerfalle. Ein schreckliches Brandunglück hat sich gestern morgen in der Alten Jakobstraße zugetragen. Die 37 Jahre alte Ehefrau Pauline Uena, Alte Jakobstr. 6 wohnhaft, hatte beim Feueranzünden eine Flasche Spiritus benutzt. In dem Augenblick, als sie die Flasche an die Ofentür herandrachte und unvorsichtigerweise auf die glimmenden Funken Spiritus aufgießen wollte, schlug eine Flamme aus dem Ofen und traf die Flasche, die im nächsten Moment explodierte. In wenigen Sekunden stand Frau U. in hellen Flammen. Lichtlos brennend eilte die Bedauernswerte auf den Korridor und schrie um Hilfe. Mehrere herbeieilende Nachbarn erstickten die Flammen durch Umwerfen von Luchern und Decken. Inzwischen hatte Frau U. aber am ganzen Körper und im Gesicht so schwere Brandwunden erlitten, daß sie in völlig hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus am Urban eingeliefert werden mußte. Die Kleider waren ihr vollständig heruntergebrannt und die Haare total verengt.

Ein Berliner Fahrradmarde ist bei einer Gastrolle, die er in dem Dorfe Rangow, an der Gröbter Bahn, gab, festgenommen worden. Dort wurde in der vorigen Woche ein Zweirad gestohlen. Am Dienstag sah der Bestohlene einen Mann, der auf der Maschine durch das Dorf radelte, ließ ihn festnehmen und übergab den Dieb der Gendarmen. Wie sich herausstellte, war der Verhaftete ein Arbeiter aus Berlin, der auf einer neuen Diebesfahrt begriffen war. Die benachrichtigte Kriminalpolizei stellte fest, daß der Verbrecher in Lichtenberg eine Schlafstube besaß, außerdem aber auch einen leer stehenden Schuppen gemietet hatte, in welchem ein größerer Lager zusammengestellter Zweiräder vorgefunden wurde. Die Maschinen waren zum größten Teil auseinander genommen, um unentdeckt gemacht zu werden. Zweifello hat der festgenommene schon seit längerer Zeit in der weiteren Umgebung Berlins fortgesetzt Fahrraddiebstähle ausgeführt.

Die Arbeitslosigkeit. In der Spree hat der 31 Jahre alte Kellner Paul Schwarz den Tod gesucht und gefunden. Er war seit längerer Zeit ohne Beschäftigung. Vergeblich bemühte er sich, Arbeit zu erhalten. Nachdem er mehrere Tage wohnungslos in Berlin herumirrend umhergewandert, nahm er sich in der Verzweiflung das Leben; er stürzte sich am Volkstheater Ufer in die Fluten der Spree und ertrank.

In der Dahlemer Expresskaffee hatten wir am 8. September mitgeteilt, daß Herr Bruhn, der Herausgeber der „Wahrheit“, den Journalisten Schweder verklagen will, weil er in ihm den Verfasser einiger Korrespondenzen benennt, in denen die Beziehungen Dahlemer zur „Wahrheit“ näher gekennzeichnet waren. Im Anschluß hieran veröffentlichten wir eine Zuschrift, in der gesagt wurde, daß dieser Konflikt zwischen zwei ehemaligen antisemitischen Freunden sehr interessant sei, daß Herr Bruhn Herrn Schweder, den seinerzeitigen Kammlus des Herrn Dahlemer, in den vier Jahren sehr begünstigt habe und daß auf ausdrückliche Veranlassung Schweders zwei Berichtshatter aus einer Antisemitenversammlung hinausgeprügelt worden seien. Daraufhin ersucht uns Herr Schweder um die Mitteilung, daß er niemals zu den Freunden Bruhns gehört habe, niemals der Kammlus Dahlemer gewesen sei und auch niemals Veranlassung gegeben habe, daß zwei Berichtshatter aus einer Antisemitenversammlung hinausgeprügelt worden seien, weil er befürchtet hätte, die genannten Journalisten (Wohlsberg und Krause-Görner) könnten ihm Konkurrenz machen.

Unser Gewährsmann hält seine Angaben, die er weniger Herrn Schweders willen, als zur Charakterisierung des Herrn Bruhn und seiner Anhänger gemacht hat, aufrecht. Ein Irrtum könne höchstens unterlaufen sein, ob die genannte Versammlung von Herrn Bruhn präsiert wurde.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Geschäftsfuhrer erfolgte vorgestern in der Swinemünder Straße. Unweit des Vintaplatzes fuhr ein Kraftwagen mit solcher Gewalt gegen einen Geschäftswagen, daß beide Befahrer eine Strecke fortgeschleudert und erheblich beschädigt wurden. Der in dem Automobil fahende Kaufmann Max Harting, Gramstraße 21 wohnhaft, wurde auf den Fahrdamm geschleudert und nicht unerheblich am Kopf und im Gesicht verletzt. Ebenso stürzte die auf dem Vord neben dem Anführer fahende zwanzigjährige Ida Heisermann, Loryingstraße 31, von dem Geschäftswagen herunter und zog sich schwere Verletzungen zu. Beide Führerle mußten außer Betrieb gestellt werden.

Wegen unheilbarer Krankheit haben sich zwei Personen das Leben genommen. Die 64 Jahre alte Arbeiterin Auguste Stolle aus der Herzlerstraße 17, die schon lange innerlich litt, lehnte gestern morgen von Verwandten, bei denen sie vierzehn Tage zu Besuch gewesen war, zurück und vergiftete sich nachmittags mit Lysol. Ihre Pflanzkammerin fand sie tot auf dem Fußboden liegen. Der 39 Jahre alte Buchdrucker Gustav Grimm aus der Urbanstraße 106, der unverheiratet war, glaubte auch, daß sein Leiden unheilbar sei und stürzte sich in seiner Wohnung durch einen Revolveranschlag in die rechte Schläfe.

Eine traurige Kufflarung hat das Verschwinden des Kaufmanns Billi Gutheil aus der Regnier Str. 84 gefunden. Er wurde bereits seit vierzehn Tagen von seinen Angehörigen vermisst. Gestern wurde die Leiche des Verschwundenen aus dem Schiffahrtskanal gebandelt.

Verschunden ist seit dem 27. August die elfjährige Tochter des Württembergers Emil Ladevög. Dieselbe verließ am genannten Tage die elterliche Wohnung in Lichtenberg, Kieper Weg 16, um nach der in Treptow in der Pappelallee, Kolonie „Weiße Kelle“ gelegenen Laube zu gehen. Seit dieser Zeit fehlt jede Spur von dem Mädchen. Die Vermisste ist schmächtig, hat blaue Augen, blondes Haar und trug ein graugestricheltes wollenes Kleid, eine schwarze Schürze, schwarze Strümpfe, schwarze Schnürschuhe und einen braunen Hut mit blau-garniertem Band.

Personen, die über die Vermisste irgendwelche Auskunft geben können, werden gebeten, dies bei den Eltern unter angegebener Adresse zu melden.

Wer ist die Tote? Aus dem Teltowkanal geflanzt wurde gestern in der Nähe der Wiesendörfer Brücke die Leiche einer unbekannten Frau von etwa 20 bis 25 Jahren. Man brachte sie nach der Gasse des Wiesendörfer Friedhofes. Die Frau war 1,68 Meter groß, hat dunkles Haar, graue Augen, vollständige Zähne und eine volle untere Lippe. Sie trug ein grau gestreiftes Jackett und eine schwarzweisse gestreifte Bluse. Ihre Wäsche ist A. O. gezeichnet.

Feuerwehrbericht. Wegen eines größeren Wohnungsbrandes wurde am Donnerstagvormittag der 19. Zug nach der Mittelstr. 9/10, Ecke der Friedrichstraße, gerufen. Möbel usw. brannten dort. Die Feuerwehr mußte kräftig löschen, um eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Der Brand soll angeblich durch Unvorsichtigkeit entstanden sein. Wegen eines Küchenbrandes erfolgte ein Alarm nach der Friedberger Straße 15. Kohlen usw. brannten dort. In der Vergmannstr. 57 war in einem Mädchenzimmer Feuer ausgebrochen und in der Christburger Straße auf dem Hausflur. Hier brannte Berg und dort Papier u. a. Ferner hatte die Feuerwehr in der Brangelftr. 18, Streifher Straße 45, Werfstr. 12 und an anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.

Die Charlottenburger Stadtverordneten traten am Mittwoch zu ihrer ersten Sitzung nach den Ferien zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beschäftigte sich die Versammlung mit der bekannten Gymnasiafentragodie, das heißt mit dem Selbstmord zweier Schüler des Realgymnasiums in der Schillerstraße. Soweit es ihnen möglich war, gaben sowohl Bürgermeister Matting als auch der stellvertretende Vorsteher Stadt Dr. Hubatsch, der Direktor jener Anstalt, Auskunft. Man kann aber nicht sagen, daß dadurch Klarheit über die Sache herbeigeführt ist. Nur soviel scheint aus der Debatte mit ziemlicher Bestimmtheit hervorzugehen, daß die Angriffe, die in einigen bürgerlichen Blättern gegen die Leitung der Schule und speziell gegen einige Lehrer erhoben sind, jeder Berechtigung entbehren. Die beiden Schüler werden wohl das Geheimnis ihres Selbstmordes mit ins Grab genommen haben.

In solcher Reihenfolge nahm die Versammlung hierauf eine Reihe von Vorlagen an, darunter die Vorlage betreffend Abschluß des Vergleichs mit dem Polizeipräsidenten wegen Erstattung der aus Anlaß des Festalles Sachs gegahlten Entschädigungen für vernichtete oder unbrauchbar gewordene Sachen. Zum Brandenburger Stadtag, der am 20. und 21. d. Mts. in Mirdorf stattfindet, wurden delegiert die beiden Vorsteher und je ein Vertreter der vier Fraktionen. Als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion wird Genosse Hirsch am Stadttage teilnehmen.

Einem Ausschuss überwiesen wurde die Vorlage betreffend Hebernahme der Latonsteuer seitens der Stadtgemeinde. Es handelt sich darum, daß der Magistrat verlangt, daß die Latonsteuer für die von der Stadtgemeinde ausgegebenen und noch ausstehenden Binscheinbogen von der Stadt getragen werden. Der Gemeinde Charlottenburg erwachsen aus diesem Teil der Reichsfinanzreform für das Rechnungsjahr 1909 nicht weniger als 30 583,60 M. Urflohen.

Nächster Punkt der Tagesordnung war der von unseren Genossen gestellte Antrag, der Magistrat möge sich mit aller Energie um die Erwerbung eines geeigneten Grundstücks zur Anlage eines Gemeindefriedhofes bemühen. Genosse Dr. Vorchardt erinnerte in seiner Begründung des Antrages an die Besprechung der Anfrage, welche unsere Genossen in der gleichen Angelegenheit schon im Juni an den Magistrat gerichtet haben; Bürgermeister Matting erklärte damals, der Magistrat habe seine weitere Stellungnahme zur Frage des Gemeindefriedhofes davon abhängig gemacht, daß nach dem Stahnsdorfer Friedhof bessere Verkehrsbedingungen geschaffen werden, und daß für die Verteidigung Andersgläubiger auf diesem Friedhofe dauernd ein besonderer Block zur Verfügung gestellt werde. Genosse Dr. Vorchardt hob scharf hervor, daß die Dissidenten mit einer solchen Regelung der Frage nicht einverstanden sein könnten, es sei ein engherziger und das moderne Empfinden verletzender Standpunkt, bei der Aufstellung der Toten eine Scheidung nach dem Glauben stattfinden zu lassen; mindestens müsse verlangt werden, daß das Konsistorium bindende Zusicherungen bezüglich der Ausübung der Polizeigewalt auf dem Friedhofe bei Verteidigungen von Dissidenten gebe, so daß eine würdige Form des Begräbnisses gewährleistet werde, ohne daß ein Friedhofsdirektor störend in den Verlauf einer Bestattungsfeier eingreifen könne. Aber selbst wenn dies zugestanden werde, bleibe doch bestehen, daß der Stahnsdorfer Friedhof von Charlottenburg so weit entfernt liege, daß eine pietätvolle Gräberpflege ganz unmöglich sei.

Bürgermeister Matting mußte letzteres zugeben, erklärte aber, ein näher gelegenes Terrain habe der Magistrat beim besten Willen nicht finden können; auch bezüglich der Verteidigung von Dissidenten teile er persönlich den Standpunkt unseres Genossen Vorchardt, doch sei der Stahnsdorfer Friedhof nun einmal ein kirchlicher, und wie könnten von der Kirche einen Verzicht auf die Ausübung der Polizeigewalt in ihrem Sinne nicht verlangen.

Genosse Vogel wies darauf hin, daß Charlottenburg sehr wohl in der Lage sei, ein für einen Gemeindefriedhof geeignetes Terrain zu finden, es braucht nicht einmal gekauft zu werden, denn es sei schon im Besitze der Stadt; die Jungfernheide sei keineswegs durcheinander sumptig, sondern besitze weite Stellen, die sich prächtig zur Anlage eines Waldfriedhofes eignen, z. B. im Jagden 8 zwischen dem Gensengensheim und dem Spandauer Schiffsfahrkanal; Waldfriedhöfe aber seien die schönsten, die es überhaupt gibt, wie der bei Mänchen und in Orheim bei Hamburg beweisen.

Stadtv. Volkmann (lib.) erklärte seitens der Liberalen die Zustimmung zu unserem Antrage, doch stimmte er im übrigen dem Bürgermeister zu, d. h. also, er will in Wirklichkeit auf eine weitere Tätigkeit des Magistrats in der Friedhofsangelegenheit verzichten.

Im Schlußwort erklärte Genosse Dr. Vorchardt, wenn im Magistrat keine Anschauung über die Art der Verteidigungen Andersgläubiger geleitet werde, so sei es um so bedauerlicher, daß der Magistrat bei seinen Anträgen an das Konsistorium es von vornherein für selbstverständlich halte, daß diese Behörde auf dem engherzigen Standpunkt stehen bleiben werde; wenn er überhaupt eine Anfrage an das Konsistorium in dieser Angelegenheit richtete, so hätte er es für selbstverständlich halten müssen, daß dem modernen Empfinden entsprechende Bestimmungen getroffen werden, wenn der Stahnsdorfer Friedhof irgendwie als Ersatz eines Gemeindefriedhofes betrachtet werden sollte.

Darauf wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen. Die Einsprüche gegen die Möglichkeit der Gemeindefriedhofsanlage wurden debattelos nach den Vorschriften des Ausschusses erledigt. Eine ganze Reihe von Einsprüchen, namentlich solcher Personen, die irrtümlicherweise als Schlafwandler geführt wurden, konnten berücksichtigt werden.

Nachdem die Versammlung dann weiter die Mitteilung des Magistrats über den Jahresabschluß der Stadtverwaltung für das letzte Verwaltungsjahr durch Annahmehnahme für erledigt erklärt und einige Etatsüberschreitungen genehmigt hatte, überwies sie zwei wichtige Vorlagen: die Vorlage betreffend die Errichtung einer Anstalt zur Behandlung von Tuberkulösen und die Vorlage betreffend den Neubau einer Oberrealschule in der Schillerstraße, Ausschüssen zur Vorberatung.

Der Gesangverein Charlottenburger Liedertafel (M. d. A.-S.-V.) feiert am Sonnabend, den 11. September, in großer Saale des Volkshauses, Köpenickerstr. 3, sein diesjähriges Stiftungsfest, bestehend in Gesang, Konzert, Agitation und Ball. Da dieser Verein bei unseren Parteifesten stets mitwirkt, so ist ihm ein guter Besuch auch seitens der Parteigenossen zu gönnen.

Der Vorstand des Wahlvereins.

Mirdorf.

Achtung, Parteigenossen!

Heute abend 8 Uhr findet in den Bürgerkäfen, Bergstraße 147, eine öffentliche Versammlung statt, in der ein Herr Thomas Berlin über: „Die Lügen der Sozialdemokratie“ sprechen wird.

Pflicht unserer Genossen ist es, recht zeitig und zahlreich zu erscheinen!

Alfred Schulz, Emil Boeske.

Friedenau.

Ein Selbstmordversuch, welcher jedenfalls noch ein gerichtliches Nachspiel haben wird ereignete sich am Mittwochabend gegen 1/4 Uhr in der Widmarstraße. Ein bei dem Oberpostinspektor Fränkel in Stellung befindliches Dienstmädchen stürzte sich aus der dritten Etage des Hauses Widmarstr. 22 auf den Hof und erlitt einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen. Sie wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Kreiskrankenhaus Lichterfelde gebracht. Das Mädchen, welches aus Ragdeburg stammt, war erst seit 1. d. M. hier in Stellung. Leute aus der Nachbarschaft wollten, bevor das Mädchen die Tat ausführte, Hilfe rufen aus der Wohnung vernommen haben. Es steht zu erwarten, daß eine strenge Untersuchung über den Vorfall eingeleitet wird.

Aus der Gemeindevetretung. Trozdem im hiesigen Ort schon seit einem Vierteljahr keine Gemeindevetretung stattgefunden hat, war die letzte äußerst schwach besucht. Es zeigt dies deutlich das Interesse der Herren an den Arbeiten für das Gemeinwohl. Bürgermeister Schnakenburg teilte mit, daß eine vom Gemeindevorstand unterstüht, von mehreren Vereinen aus Wilmersdorf und Friedenau an die Eisenbahndirektion gerichtete Eingabe, welche eine öftere Zugfolge für den Südring verlangt, abschlägig beschieden sei. Er sei der Ansicht, daß man sich mit diesem Bescheid nicht zufrieden geben soll, da diese Antwort wohl nur das Resultat statischer Erhebungen sei, und es in der Praxis doch ganz anders aussehe. Ein Beschluß in dieser Sache wurde nicht gefaßt.

Zu dem am 8.—10. September in Zürich stattfindenden Kongress für öffentliche Gesundheitspflege schlug Bürgermeister Schnakenburg vor, zwei Gemeindevetretter zu entsenden. Die Kosten für diese Delegation würden sich auf 530 M. belaufen. Da die Tagesordnung des Kongresses wichtige sozialpolitische Fragen enthalte, sei die Beschickung notwendig. Dieser Vorschlag fand bei den Herren wenig Gegenliebe. Zur Begründung ihrer ablehnenden Haltung führten sie an, daß bei der Beratung der Gesundheitsregulierung der Lehrer und Gemeindevetretter kein Mann fehle dürfe. Man sieht, um eine für die Allgemeinheit nützliche Sache zu bereiteln, entdecken diese Leute, die nicht unter schlechten Wohnungsverhältnissen u. dgl. zu leiden haben, plötzlich ihr warmes Herz für die Beamten. Bei einem Huldigungsummel für irgendeinen Potentaten wäre man sicherlich nicht so knauserig gewesen, da hätten mindestens vier Mann zum Knäueln in Betracht werden können. Sodann wurde die im praktischen Geschäftsleben schon lange übliche Venerbung des Ortsnamens beschlossen. Der Ort wird also in Zukunft Berlin-Friedenau heißen. Bei dieser Gelegenheit glaubte der Führer des Friedenauer Kommunal Liberalismus, Herr v. Brodow, auch einmal sein Licht leuchten lassen zu sollen. Er betonte, daß die Namensänderung schon im Interesse der Dienstbotenfrage notwendig sei. Wenn die auswärtigen Dienstboten etwas von Friedenau lesen, so glauben sie, es liegt weit ab, wenn aber Berlin dabei steht, so vermuten sie gleich in der Nähe eine Kafeme. Es liege sich auf diese Art vielleicht auch dem Mangel an Dienstboten abhelfen. So Herr v. Brodow — ein rechter, echter Freisinnsmann. In geheimer Sitzung wurde beschlossen, den Posten des Gemeindevorstehers für Friedenau auszuscheiden. Das Gehalt, einschließlic des Wohnungsgeldzuschusses, beträgt 9000 M., steigend von 3 zu 3 Jahren auf 12 000 M. Die Wahl erfolgt auf 12 Jahre.

Mariendorf.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich vorgestern abend gegen 6 Uhr auf der Chauffeestraße. Der sechsjährige Sohn Paul des in der genannten Straße Nr. 82 wohnenden Steinruders Jume lief beim Spielen über den Fahrdamm und geriet dabei unter den Motorwagen Nr. 1960 der Straßenbahnlinie 96B. Obwohl der Wagenführer sofort die Gefahrbremse zur Anwendung brachte, konnte er doch nicht verhindern, daß der Knabe eine kurze Strecke mitgeschleift und unter den Schuylrahmen des Wagens gedrückt wurde. Am das verunglückte Kind zu befreien, mußte der Wagen angehoben werden. Paul Jume hatte eine schwere Brustverletzung erlitten und starb auf dem Transport zu einem in der Nähe wohnenden Arzt.

Treptow-Daumschulweg.

Die Einführung der Wertzuwachssteuer in Treptow-Daumschulweg.

Der Antrag unserer Genossen, die Wertzuwachssteuer nach dem Schneberger Muster im hiesigen Ort einzuführen, hat eine Kommission der Gemeindevetretung mit dem Gemeindevorstand einige Wochen beschäftigt. Die Schneberger Ordnung wurde gegen eine Stimme abgelehnt und beschlossen, einen neuen Entwurf, welcher nicht die hohen Sätze aufweist, der Gemeindevetretung zur Annahme vorzulegen. Nach diesem Entwurf soll eine Wertzuwachssteuer erhoben werden, wenn der Wertzuwachs mehr als 10 Proz. des früheren Erwerbswertes beträgt. Die Höhe der Steuer steigt mit der Höhe des Wertzuwachses und zwar auf 5 Proz., wenn der Wertzuwachs mehr als 10 bis 20 Proz. des früheren Erwerbswertes beträgt, und endet mit 25 Proz., wenn der Wertzuwachs mehr als 160 Proz. des früheren Erwerbswertes ausmacht. Bei bebauten Grundstücken ermäßigen sich die Steuerhöhen, wenn seit dem früheren Umfasse mehr als 10 Jahre verfloßen sind, um 20 Proz. des Steuerbetrages, bis auf 40 Proz. des Steuerbetrages bei mehr als 30 Jahre. Der Bürgermeister gab eine nähere Erläuterung der Wertzuwachssteuerordnung und empfahl die Annahme. Gemeindevorsteher Ridel erklärte sich gegen die Einführung, nach seiner Meinung würde der Grundbesitz zu sehr belastet. Genosse Karow hielt die Wertzuwachssteuer für eine der gerechtesten Steuern; die Prozenzätze seien nur zu niedrig. Nach Lage der Sache würden er wie seine fraktionslosen Kollegen für den Entwurf stimmen. Redner ging noch auf die für das Jahr 1912 in Aussicht genommene Reichwertzuwachssteuer ein und meinte, daß es fraglich sei, ob sie Gesetz würde, und wenn es dennoch geschehe, müssen die Gemeinden entsprechend entschädigt werden. Gemeindevorsteher Klapp, selbst Grundbesitzer, trat den Ausführungen Ridels entgegen und empfahl die Annahme der Steuer. Die namentliche Abstimmung ergab 8 Stimmen für und 4 Stimmen gegen den Entwurf.

Dem schon oft von Anwohnern der Höpener Landstraße gestellten Antrage, der Höpener Landstraße von der Gabelung mit der Treptower Chauffee bis zur Parkstraße aus postalischen Gründen einen anderen Namen zu geben, wurde zugestimmt. Die Straße erhält die Bezeichnung „am Treptower Park“. Die Straße zwischen Treptower Chauffee und Neue Krug-Allee, welche nach keine Bezeichnung hatte, heißt „Al-Treptow“. Als Schiedsmann-Schlichter für Treptow I wurde Herr Volzhändler Demken gewählt. — Das zur Überlegung des Landtages und zur Befestigung des Anlids in der Stehholzfrage notwendige Gelände wurde dem Eisenbahnfiskus zum Selbstkostenpreis überwiesen. — Die in der Pumpstation befindliche Zentimeterwaage wird gegen eine mäßige Gebühr zur öffentlichen Benutzung freigegeben. — Die Feststellung der Gemeindevetretung für 1907 ergab neben einzelnen Etatüberschreitungen einen Ueberschuß von 65 000 M., welcher zum größten Teil durch Steuern aufgebracht worden ist. Der vor längerer Zeit beschlossene Bau einer Bedürfnisanstalt in der Vouchestraße, Ede Jordanstraße, für Männer und Frauen, soll in Angriff genommen werden. — Für die Hühneranstalten sind von den Gemeindefiskalern 2414 Karren zu den ermäßigten Preisen von 5 und 10 Pf. in diesem Sommer entnommen worden. Für das zum Bürgerseize in der Daumschulwegstraße notwendige

Vorgartenland, welches einige Besitzer zur Verbreiterung desselben nicht hergeben wollten, ist in einzelnen Fällen das Enteignungsverfahren eingeleitet worden. Dasselbe ist jetzt zum Abschluß gelangt; es erhalten die Besitzer für den Quadratmeter 2 M.

Spandau.

Eine Anklage wegen verleumdender Beleidigung hatte der Arbeiter Reinhold Bonito am hiesigen Feuerwerk-Laboratorium erhalten. Er sollte, nachdem er 4 Jahre in der Fabrik gearbeitet, entlassen werden, weil bekannt geworden war, daß er früher einmal eine Vorstrafe erlitten. Bonito äußerte sich nun zu dem Meistergehilfen Agt: Wenn ich entlassen werde, dann zeige ich auch den Chemiker Dr. Hölle an, denn dieser hat sich von Arbeitern des Instituts während der Arbeitszeit Privatarbeiten machen lassen und auch dazu Material der Fabrik verwendet. Infolge dieser Äußerung wurde die Anklage erhoben. Der Angeklagte gab die Tat selbst zu, wollte aber den Beweis der Wahrheit antreten und hatte dafür eine Reihe von Zeugen, fünf Arbeiter des Feuerwerk-Laboratoriums benannt. Keiner der Zeugen wollte jedoch etwas wissen, obwohl der Angeklagte behauptete, die Zeugen hätten ihm erklärt, sie wüßten dies und hätten auch selbst Arbeiten gemacht. Sämtliche Zeugen waren bereits vorher von einem Offizier des Feuerwerk-Laboratoriums benommen worden und hatten hier auch beklundet, sie wüßten nichts. Das Gericht nahm an, der Angeklagte habe sich an dem Chemiker Hölle für die Entlassung rächen wollen und verurteilte ihn zu 3 Monaten Gefängnis.

Vermischtes.

Ueber eine Schießaffäre auf einem Gut wird aus Wittow auf Rügen berichtet: Das Gut Wollin auf Rügen, unweit Arkona gelegen, war in diesen Tagen der Schauplatz einer Schießaffäre, der zwei Menschenleben zum Opfer fielen. Mehrere Angestellte des Gutes Wollin demonstrieren nach einem Streite die Türen und Fenster des Gutshauses. Seitens der Familie des Gutsbesizers Stutz wurde auf die Angreifer scharf geschossen. Der Rutscher Stutz wurde sofort niedergestreckt; er schleppte sich nach der Leutestube und starb nach wenigen Minuten. Ein Knecht erhielt mehrere Schüsse in den Hals und mußte, schwer verwundet, ins Krankenhaus geschafft werden. Ein dritter Knecht wurde noch am Arme leicht verwundet. Der Schwägerbruder des Gutsherrn, der die todringenden Schüsse abgegeben hatte, wurde verhaftet. — Am Montag gegen 9 Uhr abends stand das ganze Gut mit Ausnahme des Wohnhauses in Flammen. Alle Scheunen und Viehställe samt dem ganzen Viehbestand außer einigen Pferden sind verbrannt. Es wird Brandstiftung vermutet.

Folgenschwerer Automobilunfall. Stuttgarter Meldung zufolge ist vorgestern abend bei Juffenhäusern ein Automobil, das mit dem Kammerdiener und dem Zimmermädchen eines Stuttgarter Privatiers besetzt war, infolge Versagens der Bremse umgestürzt. Die Insassen kamen unter den Wagen zu liegen. Der Chauffeur wurde schwer verletzt; er ist auch noch gestern früh betäubt gewesen. Der Kammerdiener hat ein Bein gebrochen, das andere schwer verletzt. Das Zimmermädchen trug einen Armbruch davon und erlitt außerdem eine Gehirnerschütterung.

Ein Kind verbrannt. Einer Meldung aus Gleiwitz zufolge handierte in Zabrze in Abwesenheit der Mutter das vierjährige Töchterchen eines Bergmannes am Herdfeuer. Plötzlich zünden die Kleider des Kindes Feuer und hüllten es vollständig ein. Die zurückkehrende Mutter fand nur noch eine glühend verbrannte Leiche vor.

In der Grube verunglückt. Nach einer Meldung aus Gelsenkirchen wurden auf Schacht 4 und 5 der Zeche Zollverein zwei Bergleute durch herabstürzende Gesteinsmassen verunglückt. Nach einviertelstündiger Rettungsarbeit ist es gelungen, einen der Arbeiter zu retten; von dem anderen fehlt noch jede Spur. — Pariser Meldung zufolge ist in den Kohlenminen von La Lucette bei Lavat ein Förderkorb in die Tiefe gestürzt. Zwei Arbeiter sind tot, vier schwer verletzt.

Kautschuk Marktbericht der holländischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktsorten. Marktfrage: Preis: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise unverändert. Bild: Zufuhr knapp, Geschäft regt, Preise unverändert. Gattage: Zufuhr nicht genügend, Geschäft etwas lebhaft, Preise gut. Risse: Zufuhr mäßig, Geschäft lebhaft, Preise im allgemeinen befriedigend, für Schiele hoch. Sutter und Risse: Geschäft still, Preise ansehend. Gemälte, Oils und Säfte: Geschäft genügend, Geschäft schleppend, die notierten Preise waren kaum zu behaupten.

Wetterungsüberblick vom 9. September 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temperatur in Grad C
Stettin	763 R	2 bedeckt	14	Damparanda	758 SB	2 bedeckt	10				
Danzig	764 SB	2 bedeckt	12	Petersburg	762 NB	1 bedeckt	15				
Berlin	763 R	2 heiter	14	Schlag	767 N	4 wollig	12				
Frankfurt a. M.	762 RD	3 halb bed.	14	Aberdeen	763 SB	2 Dunst	8				
Hamburg	761 SB	2 heiter	14	Paris	761 N	3 bedeckt	11				
Wien	763 DSD	1 wolkenl.	14								

Wetterprognose für Freitag, den 10. September 1909.

Trocken, vielach heiter und am Tage ziemlich warm bei mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 8. 9.	seit 7. 9. am 8. 9.	Wasserstand	am 8. 9.	seit 7. 9. am 8. 9.
Remel, Mühl	122	-1	Saale, Großh.	52	-3
Treptow, Anst. d. B.	103	-1	Spree, Spandau	84	-1
Weiße, Hagen	80	+2	Spree, Rattenow	16	-2
Ober, Mühl	85	+1	Spree, Spremberg	62	0
„ „ „	59	+3	„ „ „	40	-3
„ „ „	73	-3	„ „ „	107	+2
„ „ „	8	-1	„ „ „	36	0
„ „ „	23	-2	Rhein, Reginiansau	448	+10
„ „ „	23	-2	„ „ „	204	-6
„ „ „	61	-10	„ „ „	190	-4
„ „ „	173	0	„ „ „	38	-2
„ „ „	48	-5	„ „ „	93	-2
„ „ „	56	-5	„ „ „	22	+1

) + bedeutet Hoch, — Fall, — ? Unregelmäßig.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 50. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Zur sechzigjährigen Einigung. — Zum Barckling. — Von R. Kautsch. — Die Antikontrollen und die Politik. — Von Adolf Baum. — Die Verschlechterung der Unfallversicherung. — Von Hermann Räder, Arbeitersekretär (Berlin). — Die moderne Arbeiterbewegung und die Arbeiter-Vergewaltigungs- und Sportvereine. — Von Ray Schneider (Straßburg). — Zu einer Reorganisation der Parteischule. — Von A. Runge (Götting). — Notizen: Der Entwurf von Volksschulen und Gemeindefiskalbüros. — Von Richard Schreier, Jütland. — Reichstagsantrag. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. — Abonnenten stehen jederzeit zur Verfügung. — Zusätzliche Mitteilungen. — Von Adolf Friedrich, Herzog zu Mecklenburg. Bericht über den Verlauf der deutschen wissenschaftlichen Zentralrats-Expedition 1907—1908. Sechste Lieferung. In 28 Lieferungen a 50 Pf. Verlag von Altmeyer u. Biermann, Leipzig.

Befoldungsstellen für die höheren, mittleren und unteren Beamten des Deutschen Reichs und des preussischen Staates. Gültig vom 1. April 1909. Verlag Clemenroth, Berlin SW. 11. 1 Bl.

Das Haus des Bampyr. Von G. Schloffer. 2,50 M. — Ein Mensch. Roman von E. Dalgro. 2,50 M. — Der kalte Groß. Roman von E. Dalgro. 5 M. — Der kalte Groß. Roman von E. Dalgro. 5 M. — Deutsches Wohnungsrecht. Ein Leitfaden vornehmlich für Mieter und Vermieter von H. Rubelsberger, Rechtsanwält. Geb. 1,50 M.

Deutsches Erbrecht. Ein Leitfaden für Erblasser und Erben von H. Rubelsberger, Rechtsanwält. 35. 2. Aufl. München. Geb. 1,50 M. Grundgebanten eines Luftrechts. Von Dr. R. Reichmann. 1 M. — Wenn gehört die Volksschule? Von Dr. R. Reichmann. 1,50 M. G. Reinhardt, München.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 10. September.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Cavalleria rusticana. Die Puppenfee.
Kgl. Schauspielhaus. Man spielt nicht mit der Liebe.
Neues kgl. Opernhaus. Geschlossen.
Deutsches. Faust.
Kammertheater. Die Sünde.
Anfang 8 Uhr.
Veffung. Der König.
Neues. Emilia Galotti.
Berliner. Einer von unsre Leut.
Neues Schauspielhaus. Geschl.
Vorstellung. Freie Volkshäuser.
Thalia. Prinzessin.
Rommische Oper. Ramon Lescaut.
Neuburg. Gretchen.
Krebbel. Die Revolutionshochzeit.
Trianon. Liebesgemitter.
Lustspielhaus. Im Klubfessel.
Kleines. Royal.
Volkstheater. La Traviata.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Eben. Der liebe Bauer.
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Doktor Klaus.
Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz.
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Die Stützen der Gesellschaft.
Puffen. Emilia Galotti.
Berthold Hofe. Im Café Noblesse.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Gottes Caprice. Mobilisierung.
Der gewisse Augenblick. Anf. 8 1/2 Uhr.
Eben. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Gedr. Gernseld-Theater. Frau Elms Friseur. Reine - Deine Tochter.
Roads Theater. Maria Stuart.
Vollg. Spezialitäten.
Vollgarten. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Karl Haberland-Theater. Spezialitäten.
Cassio. Untel Cohn.
Prater. Der verschwend.
Urania. Taubenstraße 49/49.
Abends 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Sternwarte. Spezialitäten. 57/58.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Lustspiel in 5 Akten v. Ad. Arronge.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Erfolg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Macbeth.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Eine Diebeskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Welt, in der man sich langweilt.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Ehre.

XV. Saison.
Circus Busch.
Sonnabend, den 11. September,
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Eröffnungs-Abend.
Die Circuskassen sind täglich von 10 Uhr an geöffnet.
Billets sind ferner zu haben: beim Invalidendank,
Unter den Linden 84 und in der Billett-Abteilung des Warenhauses A. Wertheim, Leipziger Straße 132/133. 97/9

Brauerei Friedrichshain
Am Königstor.
Freitags
Eintritt frei ohne jede Nachzahlung.
Gr. bayerisches Volksfest.
Der berühmteste Festwirt
Schorsch Ehrenguber
mit seiner Originaltruppe (ca. 60 Pers.) a. München.
Bayer. Spezialgericht. Gr. Fischessen. Port. 50 Pf.
Bei ungünstiger Witterung im großen Saal.
Tanztranchen. Anfang 6 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 49/49.
Abends 8 Uhr:
Die Insel Rügen.

WINTERGARTEN
Täglich:
Henry Bender
und das mit stürmischem Beifall
aufgenommene
Eröffnungs-Programm!
U. a.: Morris Cronin. Mlle. Sédova.
The 6 Cutlys. Geschw. Kida. Truly
Shattuck. Belleclair Bros. Mlle
Marquis. 3 Patteracos!
„Leben und Treiben im Freien.“
Ballett-Divertissement.
Zepplins Landung in Tegel.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder umt. 10 Jahr. die Hälfte.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Das großartige
September-Eröffnungs-Programm.
?? The Motolady ??
Großstadtzauber
mit Direktor Rob. Dill in der
Hauptrolle.
Anf. 7 Uhr. Entree 50 Pf. bis 2 M.
Vorzugsarten in allen Garder-
und Zigarrengeschäften.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Einer von unsre Leut'.
Morgen: Das Lebensfest.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 12. September:
Große
Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang der Vorstellung 7 Uhr,
Konzert 8 Uhr.
Kasseneröffnung 8 Uhr.
Montag, den 13. September:
Soiree der „Lustigen Sänger“.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Im Klubfessel.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Vorzugsarten
haben wochentags Gültigkeit.
Entree 15 Pf.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 184.
Anf. 8 Uhr. Ende u. 10 Uhr.
Im Café Noblesse.
Ephudentomödie. 13 Akte v. G. Schiller.
Auf der Gartenbühne, Anf. 4 1/2 Uhr:
Theatervorstellung. Spezialitäten.
Radwettkämpfe. — Damenringkämpfe.

Ohne jede Anzahlung
Gegründet 1890.
vorkaufe ich
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(Ormal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 95/19
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

APOLLO Theater
8 Uhr: Die vollständigsten neuen
Spezialitäten.
9 Uhr 15: **Séverin**
in **Conscience**, Rantomime
in 4 Akten.
Burd 600 mal in Paris, 2 Jahre
lang in Amerika, Monate hindurch
in Sten usw. mit beispiellosem Erfolg
aufgeführt.

Casino-Theater
Kollpinger Straße 57. Täglich 8 Uhr:
Düffel Cohn
Düffel Cohn
Düffel Cohn
Düffel Cohn
Düffel Cohn
Sonntag 4 Uhr: Katermann.

Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Kerker. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Ohne jede Anzahlung
Gegründet 1890.
vorkaufe ich
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(Ormal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 95/19
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Herrnfeld Theater
Romanbantenstr. 57. T. U. 4, 5063.
Die erfolgreichsten
Koch-Komödien

Ohne jede Anzahlung
Gegründet 1890.
vorkaufe ich
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(Ormal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 95/19
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Meine - Deine - Tochter
Frau Elms Friseur
mit Antoin und Donat Herrnfeld.
Vorverkauf 11-2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Ohne jede Anzahlung
Gegründet 1890.
vorkaufe ich
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(Ormal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 95/19
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Königstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72 (Ecke Wegandstr.)
Wiederankunft von
Franz Sobanski.
Gänzlich neues Programm.
Dora Lund, Roth Roffy, Erwin
Emmerich, Renne u. Clown Dolly.
Nach der Vorstellung Mittwoch,
Sonnabend, Sonntag: **Tanz.**

Zum Frühstück,
zur Mittags- oder Abendkost
ist es unser
Schmorffisch
— kalt oder warm — gern gegessen.
Schmorffisch wird täglich frisch in unserer Prateret
hergestellt.
In allen unseren Verkaufsstellen per Pfund mit 50 Pf. zu haben.
Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“.
Größtes Fischgeschäft der Welt.

LOISEL THEATER
Abends 8 Uhr: Reueinführung:
Emilia Galotti.
Ein Trauerspiel in 5 Akten v. Lessing.
Sonnabend: Von sieben die Göt-
liche.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Emilia
Galotti. 8 Uhr: Gefallene Engel.
Montag: Von sieben die Götliche.

Zum Frühstück,
zur Mittags- oder Abendkost
ist es unser
Schmorffisch
— kalt oder warm — gern gegessen.
Schmorffisch wird täglich frisch in unserer Prateret
hergestellt.
In allen unseren Verkaufsstellen per Pfund mit 50 Pf. zu haben.
Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“.
Größtes Fischgeschäft der Welt.

Sozialdemokrat. Wahlverein des 6. Kreises.
Herbst-Fest
am Sonnabend, den 11. September 1909, in den „Germania-
Prachtsälen“, Chausseestraße 110.
Ein bunter Abend.
Mitwirkende: Frau Mirjam Horwitz-Ziegel (Gesang), Herr Fritz Richard (Rezitation),
Herr Franz Hoffelder (Cello), Neues Tonkünstler-Orchester (Dirig.: Herr F. Hoffelder).
Nach dem Konzert: **Tanz.** Herren zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 8 1/2 Uhr. × × × × × × × × × × × × × × × × Billett 50 Pf.

Passage-Theater.
Das führende
Variété-Programm
Berlins!
Claire Waldoff.
Sibirische Sträflinge,
Lieder in Ketten,
und 12 erstklassige
Variété-Attraktionen!!!

Täglich ausverkauft!
U. T.
Täglich ausverkauft.
Cook, der Nordpol-Entdecker.
Zeppelin und S. M. der Kaiser
und das Riesenprogramm.
Die Segel-Regatten in Cowes
muß jeder Segler gesehen
haben!
Union-Theater
Alexanderplatz
im Grand-Hotel
II. Eingang Neue Königsstraße.

Sanssouci, Kollbuser
Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Neues Programm.
Elite-Soiree Tanz-
tranchen
von
Hoffmanns Nordd. Sängern
Die modernsten Schlager!
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Passage-Panoptikum.
Täglich zu sehen: Die
Traum-Malerin
Wilhelmine Assmann
Bilder aus d. Jenseits!
Malsitzungen im Trance
finden tägl. v. 11-1 U.
u. von 3-1/2 U. statt.
Zutritt jederzeit.
Ohne Extra-Entree.
Eintr. 50 Pf. Kind., Soldaten 25 Pf.

W. Noacks Theater
Oranienstr. 16, a. Rosenhaller Thor.
Täglich ausverkauft!
Die Venetianerin.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: Mathilde. Sonntag
3 Uhr: Maria Stuart. 7 Uhr: Die
Venetianerin.

Nur 50 Pf.
kostet das Buch
Aus deutschen
Strafkammern
in sechs Episoden
von **Rochefflomme.**
Zu beziehen durch:
Expedition des Vorwärts,
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Das großartige
September-Eröffnungs-Programm.
?? The Motolady ??
Großstadtzauber
mit Direktor Rob. Dill in der
Hauptrolle.
Anf. 7 Uhr. Entree 50 Pf. bis 2 M.
Vorzugsarten in allen Garder-
und Zigarrengeschäften.

Karl Haverland
Theater
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Anfang heute 8 Uhr.
Das Neueste vom Neuesten
sind die wunderbaren
14 September-Spezialitäten.

Wichtigste Bezugsquelle für
Hygienische
Bedarfs-Artikel
Drogerie Zaremba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
— Ein Versuch —
führt zu dauernder Kundenschaft.

Folies Caprice.
Mobilisierung.
Bunter Teil.
Der gewisse Augenblick.
Vorverk. 11-2. Anfang 8 1/2 Uhr.

Brunnen-Theater
Bodestraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Das Bild der Mutter
Vollständ. m. Ges. in 8 Akten v. Seelen.
Kasseneröffnung 8 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Keine Mietskaserno,
sondern gemütliche, geschmackvolle
Heime u. doch billig! 2 u. 1 B.
mit u. ohne Bad u. Balkon.
Kaffee-Friedrichstraße 78/79
zu Mieten. Bei anschließendem
Kontrakt 1 Monat frei.

Casino-Theater
Kollpinger Straße 57. Täglich 8 Uhr:
Düffel Cohn
Düffel Cohn
Düffel Cohn
Düffel Cohn
Düffel Cohn
Sonntag 4 Uhr: Katermann.

Walhalla
Variété-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Ter.
Anfang 8 Uhr.
Die großartigen
September-Spezialitäten

Fette Gänse, nur erste
junge
ab. 65 Pf.
Gänserümpfe, 1/2 Gänse.
Enten,
fleischvoll und fett, von Kart 1,80.
Hühner,
fette Suppenhühner, 1ge. Brathühner
in besonders schöner Auswähl.
Wegner, 50. Marlanenstr. 34.

Ohne jede Anzahlung
Gegründet 1890.
vorkaufe ich
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(Ormal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 95/19
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Berliner Prater-Theater
Kustanienallee 7-9.
Täglich:
Der Verschwendter.
Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Vorkäufliche Anzüge
und **Paletots** aus feinsten
Maststoffen, früherer Preis
60-90, jetzt 20-40,
werden täglich im
Kavalier-Klub
Unter den Linden 61,
verkauft.

Ohne jede Anzahlung
Gegründet 1890.
vorkaufe ich
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(Ormal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 95/19
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Volksgarten-Theater
Badstr. 8, Gesundbr., Ballermannstr.
Heute, Freitag, 10. Sept., ringen:
Weber gegen Schwarz.
Schmidt gegen Madrall.
Pettinski geg. Laurent le Roucher.
Entscheidungskampf:
Michailoff gegen Apollonio Calasso.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Ohne jede Anzahlung
Gegründet 1890.
vorkaufe ich
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(Ormal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 95/19
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Ohne jede Anzahlung
Gegründet 1890.
vorkaufe ich
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(Ormal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 95/19
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Ohne jede Anzahlung
Gegründet 1890.
vorkaufe ich
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(Ormal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 95/19
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Ohne jede Anzahlung
Gegründet 1890.
vorkaufe ich
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(Ormal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 95/19
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Ohne jede Anzahlung
Gegründet 1890.
vorkaufe ich
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(Ormal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 95/19
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Ohne jede Anzahlung
Gegründet 1890.
vorkaufe ich
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(Ormal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 95/19
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Ohne jede Anzahlung
Gegründet 1890.
vorkaufe ich
Pianos
erstklassiges Fabrikat
(Ormal prämiert Staats-
medaille) in allen Holz-
und Stilarten von
wunderbarer Tonfülle.
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung,
ohne jeden Preisaufschlag. 95/19
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.
Berlin, Ansbacher Str. 1
Conrad Krause Nachf., Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.
Auch Sonntags geöffnet.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bodent.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

